Montag, 10. März 1986 - D ***

Azel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 58 - 11. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

POLITIK

Athen: Griechenlands sozialistischer Ministerpräsident Papandreou, von einer Protestwelle gegen seine rigorose Sparpolitik bedrängt, hat – unter dem Druck des linken Parteiflügels – eine völlig unerwartete Öffnung zu den beiden kommunistischen Parteien des Landes vollzogen. (S. 7)



Portugal: Mario Soares (Foto) hat vor dem portugiesischen Parlament seinen Amtseid als neuer Staatspräsident geleistet; in einem internationalen Rahmen, wie ihn Lissabon bislang nicht erlebt hat. Aus Washington kam Vizepräsident Bush, aus Bonn kamen Außenminister Genscher und der SPD-Vorsitzende Brandt. (S. 7)

UNO: Die US-Regierung hat die Sowjetunion aufgefordert, in den nächsten zwei Jahren das Personal ihrer Botschaften bei der UNO von jetzt 275 auf 170 Personen zu verrringern. (S. 10)

Menschenrechte: Den westlichen Regierungen hat die *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte* vorgeworfen, die KSZE-Folgekonferenzen nicht ernst genug zu nehmen. Diese nachlässige Haltung müßten Widerstandskämpfer in Osteuropa zum Teil mit dem Leben bezahlen.

Dialog: Die FDP will künftig verstärkt das Gespräch mit den Kirchen suchen. FDP-Vorstandsmitglied Brunner: die Kirchen gehören zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Kräften. (S. 4)

Datenschutz: Bundesinnenminister Zimmermann hat Kritik von Datenschützern an den neuen Sicherheitsgesetzen zurückgewiesen. Durch die neuen Gesetze gebe es „keinen unkontrollierten Datenverbund" zwischen Polizei und Verfassungsschutz.

Südafrika: Angesichts des internationalen Waffenembargos hat Südafrika *einen eigenen Kampf*hubschrauber gebaut und jetzt vorgestellt. Er soll mit 20-Millimeter-Kanonen ausgerüstet werden.

Philippinen: Die neue Regierung in Manila unter Corazon Aquino will sich offensichtlich in den nächsten Tagen selbst zur „Revolutionsregierung" erklären, eine neue Verfassung verkünden und für November Kommunalwahlen ansetzen. Zwölf Generale wurden von der Regierung „unter Aufsicht" gestellt. (S. 7)

HEUTE IN DER WELT

WIRTSCHAFT

Börse: Die Madrider Börse, jahrelang der Geheimtip vieler Börsianer im internationalen Wertpapierhandel, läuft inzwischen Gefahr, sich zu übernehmen. Eine Woche kletterten Kurse und Umsatzzahlen in einem bisher nicht gekannten Maß. In den ersten sieben Wochen dieses Jahres betrug der Tagesumsatz der Madrider Börse, die 80 Prozent des spanischen Marktes ausmacht, im Schnitt rund 2,6 Milliarden Pesetas. Das sind etwa 42 Millionen *Mark*. (S. 12)

Neue Heimat: Die prekäre Lage des Konzerns setzt in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen neue Maßstäbe in der gesellschafts- und wohnungspolitischen Dimension – rund eine Million Menschen wohnt in Bauten dieses größten europäischen Wohnungsbaukonzerns. Zehn Milliarden Mark öffentliche Gelder flossen in seine Kassen. (S. 13)

Energiesteuer: Die SPD will Benzin, Diesel- und Heizöl sowie Strom und Erdgas mit einer zusätzlichen Steuer belasten, die jährlich knapp fünf Milliarden *Mark einbrächte*. Daraus soll das von ihr vorgeschlagene Sondervermögen „Arbeit und Umwelt" zur Förderung des Umweltschutzes finanziert werden. (S. 11)

KULTUR

Fernsehen: Hat das Fernsehen eigentlich immer Recht? Dieser – naheliegenden – Frage gingen auf dem ersten „Trans-Media-Kongreß" der fernsehkritischen Initiative „Bürger fragen Journalisten" Experten nach. Die Fernsehberichterstattung ist bei uns außer Kontrolle geraten, war ein Fazit der Diskussionen. (S.17)

Film: Sidney Pollacks für elf Oscars nominierter Film „Jenseits von Afrika" – ein hinreißendes Stück epischen Kinos. Meryl Streep in der Hauptrolle als Karen Blixen gelingt wiederum eines jener einfühlsamen Frauenporträts, *mit denen sie zur „First Lady"* der amerikanischen Schauspielkunst avancierte. (S. 17)

SPORT

Ski: *Weltmeister im Skifliegen* wurde in Bad Mitterndorf (Österreich) der einheimische Favorit Andreas Felder. Er egalisierte mit 191 m den Weltrekord des Finnen Nykänen. Akimoto (Japan), Findeisen („DDR") und Berg (Norwegen) stürzten schwer. (S. 14)

Handball: Der zweimalige Olympiasieger Jugoslawien schlug im Endspiel um die Weltmeisterschaft in Zürich Ungarn mit 24:22 (12:12). (S. 15)

Fußball: Beim Bundesligaspiel gegen Schalke 04 erlitt der Kölner Nationalspieler Pierre Litbarski (Foto) einen doppelten *Riß des* Kreuzbandes im Knöchel. Littbarski kann frühestens 14 Tage vor der Weltmeisterschaft in Mexiko wieder mit dem Training beginnen. Sein WM-Einsatz ist damit so gut wie ausgeschlossen. (S. 15)



AUS ALLER WELT

„Ehrenwert": Querverbindungen zwischen Mafiosi und Freimaurern auf Sizilien sorgen für Aufsehen. *Entdeckt* wurden die Kontakte im Zuge der Ermittlungen gegen den internationalen Rauschgifthandel. Jetzt wird gefragt, ob auch Richter zu den Logenbrüdern zählen. (S. 18)

Phantombild: Bei der Fahndung nach dem *Mörder von Schwedens* Ministerpräsident Palme hatte die Polizei mit einer Fotomontage bislang wenig Erfolg. – Phantombilder werden in der Bundesrepublik seit Anfang der 70er Jahre benutzt, auch wenn das Verfahren *problematisch ist*. (S. 18)

Der Kanzler markiert Grenzen für Kompromisse mit Ost-Berlin

Kohl: Prinzipien der Einheit der Nation dürfen nicht angetastet werden

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat wenige Tage vor seinem „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland" Klarstellungen zur Deutschlandpolitik gegeben, deren Adressaten sowohl die Führung in Ost-Berlin als auch die SPD und der eigene Koalitionspartner FDP sein dürften. Kohl gab mit einer Rede vor dem Kongreß des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) zu Protokoll, daß eine Politik „pragmatischer Fortschritte" in der Zusammenarbeit mit Ost-Berlin nur „bei völliger Klarheit der Grundsätze" zu bejahen sei. Eine substantielle Änderung des Verhältnisses zur „DDR" kommt für Kohl nicht in Frage.

Der Regierungschef und CDU-Vorsitzende grenzte seine Gesprächsbereitschaft über Grundsätze der Deutschlandpolitik mit dem Satz ein: „Man kann mit uns keine Änderung herbeiführen. Die Position muß ganz klar sein. Wir sind nicht käuflich in den Prinzipien der Einheit der Nation." Der Kanzler erhielt für dieses Bekenntnis starken und lang anhaltenden Beifall seines jungen Auditoriums. *Er ging nicht ausdrücklich auf* Vorschläge sozialdemokratischer Politiker ein, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes aufzuheben, und äußerte sich auch nicht zu der während des Sindermann-Besuchs bei der FDP wieder laut gewordenen Forderung nach Herstellung offizieller Beziehungen zur Volkskammer in Ost-Berlin. Seine Ausführungen wurden aber als Mahnungen an alle Seiten verstanden, die einer Formalisierung der Kontakte zum Schein-Parlament der *„DDR" das Wort* reden oder zur Erfüllung der Geraer Forderungen des SED-Generalsekretär Erich Honecker bereit sind. Die Frage der Staatsbürgerschaft steht in diesem Katalog obenan.

Bereits im vergangenen Herbst hatte der CDU-Vorsitzende erkennen lassen, daß er die Deutschlandpolitik und hier insbesondere die Haltung zum Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz zu einem der entscheidenden Themen des Bundestagswahlkampfes machen möchte. Bei einer Feierstunde zum 40jährigen Bestehen des CDU-Landesverbandes *Westfalen-Lippe*, der am Wochenende im neugegründeten Landesverband Nordrhein-Westfalen aufgegangen ist, hatte Kohl zu dem Vorschlag des ehemaligen sozialdemokratischen *Bundesjustizministers*, die Präambel des Grundgesetzes zu ändern, erklärt, wenn auch die Lösung dieses Problems Generationen in Anspruch nehmen könne, so werde sich die CDU nie mit der Teilung Deutschlands abfinden. Er wiederholte diese Haltung sinngemäß vor dem CDU-nahen Studentenverband in Bonn.

Es sei notwendig, mit der kommunistischen Regierung in Ost-Berlin zu sprechen, sagte Kohl, um für die Menschen in beiden deutschen Staaten und ihren Beziehungen zueinander Erleichterungen zu erreichen. „Doch bei allen diesen Gesprächen werden wir zu keinem Zeitpunkt vergessen, daß wir eine Demokratie sind, die DDR aber eine kommunistische Diktatur." Diese klare Politik habe im übrigen „alle Erfolgschancen". Dies habe nicht zuletzt der Besuch Sindermanns bewiesen.

Rau setzt im Wahlkampf auf Emotion

Das SPD-Konzept soll auch CDU-Anhänger ansprechen / „Nationale Kraftanstrengung"

PETER PHILIPPS, Hannover

SPD-Kanzlerkandidat Johannes *Rau hat auf dem Kongreß der* „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (AfA) in Hannover die Wahlkampfkonzeption der Sozialdemokraten für 1986/87 schärfer herausgearbeitet: Der CDU *soll der Anspruch* bestritten werden, noch „eine Volkspartei" zu sein.

Bei der Bundestagswahl im Januar 1987, so Rau unter dem Beifall der rund *310* Delegierten der AfA, „lautet die Frage tatsächlich: Wer ist die eigentliche Mehrheitspartei, wer ist die Volkspartei in der Bundesrepublik Deutschland". Daneben will Rau der *Koalition das Etikett einer Politik* anheften, die die „Solidarität mit eiskalten Begriffen wie Sozialneid geradezu einfriert". Die SPD hingegen soll als Partei dargestellt werden, die „gegen die *konservative Politik der sozialen* Kälte, der Ausgrenzung und Spaltung unser Leitbild der solidarischen Gesellschaft" setze. „Versöhnen statt spalten", wiederholte der Kanzler*kandidat seinen Slogan von Ahlen*.

Rau scheute sich nicht, von „Heimat" zu sprechen, die durch „eine große nationale Kraftanstrengung" für die nachfolgende Generation gesichert werde, wenn die Umweltschäden beseitigt oder verhindert würden. Ähnlich wie Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel dies seit Monaten tut, erinnerte auch Rau in Hannover an den „Geist der Nachkriegszeit", der *zur Bewältigung der Arbeitslo*sigkeit und der Umweltschutzprobleme mobilisiert werden müsse. In einem ähnlichen Geist müsse es zu einem „Pakt der ökologischen, techno*logischen* und ökonomischen Vernunft" im Land kommen.

Der dreitägige Kongreß der AfA machte deutlich, wie stark die SPD durch einen engeren Schulterschluß mit den Gewerkschaften alle Reserven für 1987 zu mobilisieren sucht.

Aber, *so der Kanzlerkandidat, um* mehrheitsfähig zu werden, müßten auch andere Gruppen in die Partei integriert werden: Die „kleinen und mittleren Unternehmer, die das Ge*fühl haben, daß sie von Bonn im* Stich *gelassen* werden", und die technische Intelligenz. Rau und die SPD-Spitze versuchen offenbar, über die Innnen- und Sozialpolitik eine ähnliche emotionale Woge in Bewegung zu setzen, wie dies Brandt 1972 mit der Ostpolitik und der Ankündigung, daß unter seiner Kanzlerschaft „die Demokratie erst richtig beginnt", gelungen war. Rau: „Die Sozialpolitik der Sozialdemokraten soll dazu beitragen, daß Solidarität als Leitbild der *Gesellschaft* lebendig erlebbar wird". Und, wie es schon seine Kandidatenkür mit der Ortswahl Ahlen verdeutlichte, dabei sollen sehr stark auch sozial engagierte bisherige CDU-*Anhänger angesprochen* werden.

Der SPD-Politiker zitierte in Hannover Karl Arnold aus dem Jahre *1947 als Richtschnur* für sozialdemokratische Absichten: „Es muß ein Ende haben mit der auf jedem Menschen, sei er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, lastenden Angst, für immer seine Arbeitsstätte zu verlieren".

Merkwürdigkeiten im Fall Schuwalow

ms. Bonn

War er ein Spion, der in die USA überlaufen wollte? Wurde er unter psychischen Druck gesetzt, nach Moskau zurückzukehren? Jedenfalls gibt es „Merkwürdigkeiten" im Verhalten des sowjetischen Staatsbürgers *Viktor Schuwalow, bislang lei*tender Angestellter einer sowjetisch-deutschen Handelsfirma mit Sitz in Bergisch Gladbach. Schuwalow war am 22. Oktober 1985 bei einem Verkehrsunfall verletzt *und in das Kran*kenhaus in Bergisch Gladbach gebracht worden. Plötzlich verlangte die sowjetische Seite, er müsse nach Moskau „verlegt" werden.

*Schuwalow widersetzte sich, infor*mierte die Ärzte, die wiederum die Polizei benachrichtigten. Danach wurde das für die Spionageabwehr zuständige Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln eingeschaltet. Es führte „intensive Gespräche" mit Schuwalow, wie es hieß. Aber es ergaben sich keine Anhaltspunkte für eine Agenten-Tätigkeit des Russen, der sich, wie er wiederholt sagte, „bedroht" fühlte. Zur weiteren Behandlung wechselte Schuwalow dann in das Bundeswehrzentralkrankenhaus in Koblenz und *später zur Nachbehandlung ins* Krankenhaus in Siegburg. Kontakte mit der sowjetischen Führung verweigerte er.

Plötzlich stellte Schuwalow Antrag auf Asyl in den Vereinigten Staaten, ohne diesen Antrag näher zu begrün*den. „Ich will in die USA", erklärte er* auf wiederholtes Befragen. Über das Auswärtige Amt wurde die amerikanische Botschaft von dem „Fall" unterrichtet, sie knüpfte an die Genehmigung des Asylantrages *eine* Bedingung. Schuwalow, so lautete die Forderung, müsse in einem Gespräch mit einem Vertreter der sowjetischen Botschaft und unter Zeugen mitteilen, daß es sein Wunsch sei, in die USA zu gehen.

Der Grund für diese Vorsicht der amerikanischen Botschaft lag auf der Hand. Ihr waren noch die Erfahrungen mit dem KGB-Überläufer Jurtschenko im Sommer 1985 präsent. Jurtschenko hatte sich zunächst in die USA abgesetzt, dann aber erklärt, er sei betäubt und entführt worden. Anschließend war er in die Sowjetunion zurückgekehrt. Inzwischen *gibt es unbestätigte Berichte, wonach* Jurtschenko hingerichtet worden sein soll.

Schuwalow jedenfalls erklärte sich mit dem von amerikanischer Seite gemachten Vorschlag, seine Ausreisewünsche in die USA einem Beamten *der Sowjetbotschaft mitzuteilen*, einverstanden. Zu der Begegnung kam es dann am 6. März im Auswärtigen Amt. Das Kanzleramt und das Bundesinnenministerium waren über den „Vorgang" *informiert*. Bei dem Gespräch zog Schuwalow plötzlich ein Papier aus der Tasche, mit dem er seine früheren Einlassungen auf den Kopf stellte: Er sei gegen seinen Willen in Deutschland festgehalten worden und er wolle sofort in die Sowjetunion ausreisen. Bonn hatte keine Handhabe, *ihn zurückzuhalten*.

Gleichwohl ist bekannt, daß auf Schuwalow mit Briefen aus der eigenen Familie „psychischer Druck" ausgeübt worden ist. Ein solches Verfahren gehört zur Vorgehensweise des KGB.

Astronaut Young klagt die Nasa an

Memorandum: Die Besatzungen wurden bei Weltraumflügen katastrophalen Risiken ausgesetzt

FRITZ WIRTH, Washington

Unter den amerikanischen Astronauten ist John Young eine lebende Legende. Er hat mehr Raumflüge als jeder andere Amerikaner hinter sich, war auf dem Mond und saß 1981 als Kommandant in der ersten Raumfähre, die ins All geschickt wurde. Sein Wort hat also Gewicht und diese Gewichte hängen zur Stunde der amerikanischen Weltraumbehörde Nasa wie fast tödliche Lasten am Hals.

Denn John Young teilte jetzt in einem zwölfseitigen *Memorandum* der Nasa seine Sorgen und Befürchtungen über vergangene Flüge und die Zukunft des Shuttle-Programms mit. Gestern wurde dieser Warnbrief von der Nasa veröffentlicht. Seine Anklage: Die Weltraumbehörde hat zahlreiche Astronauten *„katastrophalen Risiken* ausgesetzt, nur um ihren Startfahrplan einzuhalten".

Youngs Schlußfolgerung: „Wenn das Management-System der Nasa nicht stark genug ist, um Starts von *Weltraumfähren zu stoppen, um* Sicherheitskorrekturen vorzunehmen, dann werden weder das Programm, noch unsere verbliebenen drei Raumfähren, noch deren Besatzungen überleben."

Der Astronaut führt dann eine Serie von Beispielen an, die belegen sollen, daß bei manchen technischen Störungen in Sicherheitsfragen Kompromisse gemacht wurden, die das Leben der Astronauten gefährdeten. „Es gibt hier heute eine Reihe sehr glücklicher Leute unter uns", schreibt Young und meint damit jene *Astronauten, die heil aus dem All* zurückkamen, obwohl sie in nicht hundertprozentig sicheren Raumfähren saßen.

SEITE 2:
Die schockierenden Fehler

Youngs Brief spiegelt die wachsende Verärgerung und Betroffenheit unter den amerikanischen Astronauen wider, die sich seit der „Challenger"-Katastrophe ausgebreitet hat. Sally Ride, die erste amerikanische Astronautin, die das „Challenger"-Unglück untersucht, erklärte, daß sie angesichts der Enthüllungen im Augenblick nicht wieder bereit sei, in eine Weltraumfähre zu steigen; der Astronaut Henry *Hartsfield beklagte sich darüber, daß* die Nasa die Flugbesatzungen in falsche Sicherheit gewiegt habe.

Der neue Direktor des Shuttle-Programms, *Admiral Richard Truly*, reagierte schnell auf das Memorandum Youngs: „Ich stimme mit John Youngs Hauptforderung überein: Flugsicherheit muß unsere absolute Priorität sein. Wir werden keine Fähre mehr starten, bevor nicht alle Sicherheitsprobleme im gesamten Nasa-System überprüft worden sind."

DER KOMMENTAR

Kunstherz

GÜNTER ZEHM

Einen „herzchirurgischen Krimi" hat Professor Emil Bü*cherl die Einpflanzung* des ersten deutschen Kunstherzens genannt. Die Operation war in dieser Form nicht geplant gewesen. Dem Patienten sollte nur mit einem Bypass geholfen werden werden – fast ein Routineverfahren in der heutigen *chirurgischen Praxis. Doch* während des Eingriffs versagte das Herz und erholte sich nicht mehr. Es stand auch kein organisches Spenderherz zur Verfügung, und so wurde schließlich der Apparat installiert, „auf Zeit", wie es heißt, *nämlich solange, bis ein Spender*herz gefunden sei.

Das erste deutsche Kunstherz ist nicht in planvoll experimenteller Absicht eingesetzt worden, sondern in einer dramatischen Rettungsaktion als Hilfe in höchster Not. Das läßt aufatmen. Wie man nämlich aus amerikanischen Experimenten weiß, ist das Kunstherz in seiner jetzigen Form noch kein *wirklicher „Ersatz". Es* legt dem Patienten ein Martyrium auf und macht ihn faktisch zum Versuchskaninchen der Chirurgie. Die Ärzte müssen sich also zwei- und *dreimal* fragen, bevor sie sich zu einer Implantation entschließen. Jeder übereilte Forscherehrgeiz wäre nur von Übel.

Daß die deutschen Ärzte hier möglicherweise noch mit mehr Skrupel entscheiden als ihre Kollegen anderswo, gereicht ihnen zur Ehre. Die einschlägige Forschung wird dadurch nicht beeinträchtigt, wie gerade die erfolgreiche Arbeit von Bücherls Berliner Herz-Zentrum beweist. Tierversuche waren es, die zur Konstruktion eines besonders leichten, auf den Herzkammerdruck besonders fein reagierenden Aggregats führten.

Über das Für und Wider einer möglicherweise ausufernden Geräte- und Ersatzteil-Medizin können die Chirurgen allein nicht entscheiden. Solange sie Menschen, die sich helfen lassen wollen, auch wirklich helfen können, gebietet ihnen ihr Eid, auch die *letzten Ressourcen und Erkennt*nisse für diesen großen Zweck zu mobilisieren.

Herzpatient in Berlin wohlauf

DW. Berlin

Der erste Deutsche mit einem künstlichen Herzen befand sich gestern zwei Tage nach der aufsehenerregenden Operation im Berliner Universitätsklinikum Charlottenburg, in guter Verfassung. Das künstliche Organ arbeite einwandfrei, der Zustand *des Patienten sei stabil*, erklärte Professor Emil Bücherl. Nächster Schritt werde der Austausch des Kunstorgans gegen ein „Spenderherz" sein. Europaweit werde jetzt nach einem *passenden Transplantat gesucht.*

Seite 3: Weitere Beiträge

1986 das „Jahr des Verbrauchers"

DW. München

Das Handwerk wird nach den Worten von Bundeswirtschaftsminister Bangemann 1986 einer der Hauptnutznießer von 60 bis 70 Milliarden Mark zusätzlicher Kaufkraft durch Steuerreform, Sozialtransfer und Ölpreissturz sein. Bei der Eröffnung der 38. *Internationalen Handwerksmesse* bezeichnete auch Bayerns Ministerpräsident Strauß 1986 als „Jahr des Verbrauchers". Der Ölpreissturz werde einen Kaufkraftschub „wie seit 20 *Jahren nicht mehr" auslösen.*

Seite 11: Konjunktur-Perspektiven

Biedenkopf will ins CDU-Präsidium

DW. Düsseldorf

Professor Kurt Biedenkopf will als Vorsitzender des neuen CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen auch ins CDU-Parteipräsidium. Im Anschluß an den Fusionsparteitag der bisherigen CDU-Landesverbände *Rheinland und Westfalen-Lippe* kündigte er an, er werde auf dem nächsten Wahlparteitag der Union erneut kandidieren. 1985 war Biedenkopf in Essen mit seiner Bewerbung um einen *Platz im Präsidium gescheitert.*

Seite 5: Tag des Triumphs

„Spenden-Praxis lange bekannt"

gba. Bonn

Finanzbehörden, aber auch Finanzminister haben nach Einschätzung von Bundesfinanzminister Stoltenberg die Praxis von Spendenzahlungen an politische Parteien auf dem Umweg über Förder-Vereinigungen seit den 50er Jahren gekannt. Der Minister erklärte, zwar dürfe man die Steuer- und Finanzverwaltung nicht pauschal verdächtigen. konkrete Vorwürfe aber müßten jetzt geklärt wer*den.*

Seite 10: Spendenpraxis

Moskau bestätigt: Kwizinskij kommt

DW. Moskau

Es ist amtlich: Der sowjetische Un*terhändler bei den Genfer* Abrüstungsverhandlungen der Supermächte, Julij Kwizinskij, wird neuer sowjetischer Botschafter in Bonn. Kwizinskij löst den 75jährigen Wla*dimir Semjonow ab, der den Posten* des Botschafters seit 1978 bekleidet hatte. Semjonow war auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU in Moskau nicht wieder ins Zentralkomitee gewählt worden und wird jetzt in den Ruhestand treten.

TV-Team aus Paris in Beirut entführt

DW. Paris

Die Untergrundorganisation *Dschihad („Islamischer Heiliger* Krieg") hat in Anrufen bei Nachrichtenagenturen in Beirut die Verantwortung für die Geiselnahme eines vierköpfigen französischen Fernseh*teams auf sich genommen*. Dieses war am Samstag in einem Beiruter Vorort entführt worden. Premierminister Fabius bezeichnete den Vorfall nach einer nächtlichen Krisensitzung als „beunruhigend".

Seite 10: Fehleinschätzungen

F



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Menschenfalle West-Beirut

Von Peter M. Ranke

Schon bei der Ankunft auf dem Beiruter Flugplatz überprüfen Milizen der Drusen und der Schiiten die Namenslisten der Passagiere oder fordern Auskunft, was denn der Ausländer jetzt in Libanon wolle. Der französische Journalist Jean-Pierre Kauffmann wurde am 22. Mai vorigen Jahres auf der Flughafenstraße vom Terrorkommando „Islamischer Dschihad" der Schiiten entführt und ist seitdem verschwunden.

Unter diesen Umständen ist es ein bodenloser Leichtsinn, daß ein französisches Fernsehteam zu Aufnahmen einer schiitischen Kundgebung in der Fanatiker-Hochburg Bir el Abed fuhr. Die vier Franzosen wurden prompt entführt. Sie sollten sich auch um das Schicksal des Arabisten Michel Seurat kümmern, der gleichzeitig mit Kauffmann verschwand. Aber fanatische Schiiten wie der „Islamische Dschihad" erkennen weder Journalisten noch Wissenschaftler als personae gratae an, was man in Paris längst wissen müßte.

Die vier jetzt entführten Franzosen sind wie ihre vier Vorgänger auch die Opfer der doppelgesichtigen französischen Orientpolitik. Paris ließ Terroristen laufen, Paris ebnete 1979 dem greisen Rächer Khomeini den Heimweg nach Iran, Paris ermöglichte Irak durch die Lieferung von Exocet-Raketen den Tankerkrieg im Golf – Paris hielt das alles für kluge Politik.

Am 19. Februar wies Paris zwei irakische Regimegegner nach Bagdad aus, wo ihnen der Tod droht. Die bisher nicht bestätigte Ermordung Seurats in West-Beirut wird vom „Islamischen Dschihad" damit begründet. Er verlangt auch eine Revision der französischen Orientpolitik – sie soll also von Terroristen bestimmt werden. Jahrelange Beschwichtigung wie der „Waffenstillstand" mit Terrorchef Abu Nidal und eine leichtsinnige Einschätzung der Sicherheitslage in West-Beirut haben leider dem „Islamischen Dschihad" die Möglichkeit zur Erpressung in die Hände gespielt. Jetzt sendet Frankreich Emissäre aus und muß die Demütigung hinnehmen, daß die Terroristen sagen: Nein, wir wollen mit jemand anderem reden.

Wenn die gekidnappten Franzosen nicht diese Woche freikommen, darf Mitterrand sich bei der Wahl am nächsten Sonntag auf einiges gefaßt machen.

Antwort an Barschel

Von Georg Bauer

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel lag mit einem Ohrenleiden im Krankenhaus, aber das war es nicht, weswegen ihm die Ohren an diesem Wochenende klangen. Er hat sich mit seiner Analyse aus der Hüfte einen Tag nach der Kommunalwahl, als er der Politik in Bonn und der Kieler Parteizentrale mit dem Generalsekretär Rolf Rüdiger Reichardt an der Spitze wegen angeblich mangelhafter Wahlkampfführung die Schuld zuschob – indirekt, aber unüberhörbar, sollte die Kritik auch den CDU-Landesvorsitzenden Stoltenberg treffen – keinen Gefallen getan und kein Alibi verschafft.

Auf der Sitzung des Landesausschusses, des kleinen Parteitages, bekam er die Antwort, und zwar von Stoltenberg selbst, der diesmal weniger kühl als klar war. Ohne den von ihm auf den Ministerpräsidentensessel gehobenen Parteifreund beim Namen zu nennen, bedeutete er den Zuhörern, daß Wahlniederlagen gemeinsam getragen werden müssen, in einer „klaren und für den Bürger verständlichen Sprache" und „ohne Profilbestrebungen Einzelner und ohne Rechthaberei".

Der wirtschaftliche Aufschwung in der Republik, das hat Stoltenberg an die Adresse des Ministerpräsidenten hervorgehoben, könne nur weitergeführt werden, wenn Bund und Länder zusammen daran arbeiten. Dies gilt um so mehr für ein Land, dessen wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr unter dem Bundesdurchschnitt lag.

Die Reaktion der Parteifreunde war einmütig. Barschel hat die Botschaft vernommen, seine erste Reaktion im Deutschlandfunk zeigt es. Von Parteifreunden waren am Rande sogar Empfehlungen an den Ministerpräsidenten zu hören, er möge achtgeben, daß er nicht durch weitere Pauschalurteile über andere zum „einsamsten Mann in der CDU Schleswig-Holsteins" wird. Schlechte Verlierer, ob im Sport oder in der Politik, gewinnen selten Sympathie. Besonders ärgerlich reagieren die Beteiligten, wenn durch Schuldzuweisungen zusätzlicher Schaden entsteht. Etwa, wenn ein maßgeblicher Politiker als Zeuge gegen die eigene Politik zitiert werden kann.

Gesamt-Bohnensuppe

Von Leonid Hoerschelmann

Nicht nur beim Friedrich-Ebert-Gymnasium in Bonn (die WELT berichtete), auch in anderen Großstädten taucht neuerdings das verblüffende Argument auf, die Gesamtschule sei schon deswegen die Schule der Zukunft, weil sie billiger sei als die durch den Schülerschwund gefährdeten Gymnasien. In Frankfurt sehen sich durch so ein Kosten-Nutzen-Gutachten gleich drei traditionsreiche Gymnasien bedroht.

Man muß, um die Unverfrorenheit dieser Begründung richtig zu schmecken, etwas in die Vergangenheit zurückblicken. Zwei Jahrzehnte lang ist die integrierte Gesamtschule von all ihren Verfechtern ausschließlich unter pädagogischen und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten propagiert worden. Sie allein sorge für Chancengleichheit und bestmögliche Förderung der von Hause aus weniger bildungsmotivierten Kinder. Dafür dürfe der Gesellschaft nichts zu teuer sein. Protest dagegen, daß neue Gesamtschulen fast immer teurer ausgestattet wurden als die Konkurrenz, wies man beleidigt zurück.

Mitte der siebziger Jahre machte die Entwicklung der Staatsfinanzen wenigstens dem Ärgsten ein Ende (in Hessen sollten – heute noch nachzulesen – bis 1985 allen Ernstes 380 integrierte Gesamtschulen entstehen). Die Reformer protestierten wütend: Die Bildung für alle werde dem schnöden Mammon geopfert.

Nun sind sie wieder da. Ihre Sprüche von damals nimmt ihnen kaum noch jemand ab. Aber nun haben die ergrauten Pioniere der grandiosen Nivellierungsanstalten, in denen Leistung durch Abschaffung der Leistungsanforderungen erreicht werden sollte, ein ganz neues Argument. In großen Schuleinheiten, so rechnen sie vor, lasse es sich billiger arbeiten und organisieren als in den kleiner werdenden Gymnasien.

Natürlich ist Bohneneintopf billiger als ein richtiges Menü. Natürlich spart man, wenn man alle über einen Leisten schlägt und weder die Begabten noch die Unbegabten nach ihren Möglichkeiten fördert. Aber so weit ist der allgemeine Bildungsschwund wohl doch noch nicht gediehen, daß die Mehrheit der Bevölkerung diesen Argumentenschwindel nicht merken würde.



Philippinische Abschiedssymphonie AUTH/THE PHILADELPHIA ENQUIRER

Was wird da garantiert?

Von Joachim Neander

Wo immer in den letzten Monaten von der berühmt-berüchtigten „Bestands- und Entwicklungsgarantie" für den öffentlich-rechtlichen Bereich von Rundfunk und Fernsehen die Rede war, blieb der gemeinte Gegenstand im Dunkeln. Wessen Bestand und Zukunft soll eigentlich da garantiert werden?

Die Wortführer des öffentlich-rechtlichen Systems, die Intendanten insbesondere, meinen (natürlich) sämtliche bestehenden Anstalten. Die potentiellen Garanten, die Ministerpräsidenten der Bundesländer, drücken sich vorsichtiger aus. Sie reden vom öffentlich-rechtlichen System oder Rundfunk allgemein und lassen offen, ob dies tatsächlich für jeden einzelnen Sender gelten soll, egal, ob er von seinen Einnahmen leben kann oder seit langem massive Hilfe von außen benötigt.

Nun wird das Dunkel medienpolitischer Taktik aus einer Richtung aufgehellt, aus der man es nicht erwartet hat. Ernst Fuhr, der Justitiar des ZDF, einer der erfahrensten Rundfunkrechtler der Bundesrepublik, formuliert in der Neuauflage seines Kommentars zum ZDF-Staatsvertrag (v. Hase und Koehler Verlag, Mainz) zu diesem Thema in ernüchternder Klarheit: „Die einzelne Rundfunkanstalt genießt ... im Grundsatz keinen verfassungsrechtlichen Auflösungs- (Bestands-)schutz. Die Länder, denen die Rundfunkorganisationsgewalt obliegt, können auch Organisationsstrukturen verändern bis hin zur Auflösung einer Rundfunkanstalt."

Natürlich tritt auch Fuhr für eine Art Bestands- und Entwicklungsgarantie ein. Aber er begründet sie neu. Nicht die Anstalten (auch nicht „das System", wie es ist) haben einen unbedingten Anspruch auf Bestandsschutz, sondern nur der ihnen von Staat und Gesellschaft erteilte Auftrag. Diese Schutzgarantie freilich braucht nach Fuhrs Ansicht eigentlich von den Ministerpräsidenten gar nicht mehr neu ausgesprochen zu werden. Sie leitet sich aus der Verfassung direkt her. Um beim Beispiel ZDF zu bleiben: Der Staatsvertrag von 1961 enthält zwar die Möglichkeit einer Kündigung durch die Länder. Aber, so folgert Fuhr wohl mit Recht, von dieser Möglichkeit dürfe nur Gebrauch gemacht werden, wenn die Erfüllung des dem ZDF erteilten Auftrages auf andere Weise sichergestellt wäre.

Diese neue Begründung sieht vielleicht nur wie eine formaljuristische Finesse aus. Und doch eröffnet sie neue Möglichkeiten, das ganze Problem zu diskutieren: Wie sieht eigentlich der Auftrag an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus? Ist insbesondere der rasante Wettlauf, den ARD und ZDF in den letzten Monaten aus Angst vor der privaten Konkurrenz um Gunst und Unterhaltungsbedürfnisse der Zuschauer eröffnet haben, von diesen Grundsätzen noch gedeckt?

Im ZDF-Staatsvertrag kommt die Unterhaltung als Programmauftrag überhaupt nicht vor. Allenfalls läßt sie sich aus dem Auftrag eines „umfassenden Bildes der Wirklichkeit" herleiten. In den ZDF-Programmrichtlinien ist immerhin die Rede von „umfassend informieren, anregend unterhalten und zur Bildung beitragen". In den Rundfunkgesetzen für die ARD-Anstalten kommt die Unterhaltung, wenn überhaupt, erst hinter Information und Bildung beziehungsweise Unterrichtung.

Zwar fällt die Definition dessen, was ein Rundfunkvollprogramm ist, sicherlich unter den Begriff der Rundfunkfreiheit. Der Staat kann hier keine willkürlichen Vorschriften erlassen. Richtig ist auch, daß das Bundesverfassungsgericht eine Beschränkung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens auf die Rolle eines Lückenbüßers in den von den privaten Veranstaltern freigelassenen Bereichen ausdrücklich abgelehnt hat.



Unterhaltung ist kein Programmauftrag: ZDF
FOTO: KRUG (freig. Karlsr. Nr.216/480

Dennoch muß sich das öffentlich-rechtliche System, wenn es sich selber auf seinen Auftrag beruft, auf eine inhaltliche Diskussion einlassen. In Großbritannien hat die BBC mit ihrer speziellen Hörfunkwelle für Popmusik immerhin öffentliche Kritik einstekken müssen. Hierzulande haben die ARD-Sender mit Hilfe der sogenannten Autofahrerwellen den Hörfunk still und heimlich in einem Ausmaß der Unterhaltung dienstbar gemacht, wie es die Gründerväter nicht einmal ahnen konnten. Pop-, Rock- und Schlagermusik haben im gesamten Hörfunkprogramm (die kulturellen beziehungsweise E-Musik-Wellen inbegriffen) heute mit riesigem Abstand den größten Anteil an der Sendezeit.

Im Fernsehen dominiert zur Hauptsendezeit die Unterhaltung im weitesten Sinn absolut eindeutig. Im regionalen Vorabendprogramm verzeichnet zum Beispiel der WDR nach der neuesten Statistik einen Unterhaltungsanteil von über 60 Prozent.

Als die Öffentlich-Rechtlichen noch allein auf weiter Flur waren mit ihren Programmen, gehörte es zu den Selbstverständlichkeiten, immer wieder den Vorrang von Information, Meinungsvielfalt, Bildung und kulturellem Minderheitenanspruch hervorzuheben. Je breiter sich jetzt die private Konkurrenz vor allem in der Unterhaltung macht, desto lauter werden seltsamerweise auch die öffentlich-rechtlichen Beschwörungen der Unterhaltung. Sie sei „legitimer, essentieller, unverzichtbarer, eigenständiger Bestandteil des Programmangebots" – so türmte ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf die Adjektive auf einer DGB-Tagung vor gut einem Jahr.

Für die Erfüllung ihres öffentlich-rechtlichen Auftrags beanspruchen die etablierten Anstalten sowohl die Rundfunkgebühr als auch eine Garantie für ihr Fortbestehen. Aber dieser Auftrag liegt fest. Die Sender können ihn nicht beliebig durch die Forderung erweitern, unbedingt auf allen anderen Hochzeiten erfolgreich und risikolos mitzutanzen.

IM GESPRÄCH Alexandra Birjukowa

Schwieriges Befreiungswerk

Von Rose-Marie Borngäßer

Außergewöhnliches offenbart sich oft an Kleinigkeiten. So verhaspelte sich KP-Chef Michail Gorbatschow ausgerechnet, als er den Namen des einzigen weiblichen ZK-Sekretärs vorlas. Das war einer der wenigen heiteren Momente des 27. KPdSU-Parteitages. Alexandra Pavlona Birjukowa saß indessen strahlend in der Männerriege der ZK-Sekretäre. Eine biedere, mütterlich wirkende russische Frau, eine Genossin, Wärme und Energie ausstrahlend, die im strengen dunklen Kostüm mit weißer Bluse und Brosche hinter dem Podium thronte.



Höchste Frau der Sowjetunion: Alexandra Birjukowa FOTO: TASS

Man sieht ihr an, daß sie, 1929 als Tochter eines Kolchosbauern geboren, weiß, wie schwer das Los der sowjetischen Frauen ist, die Tag für Tag in überfüllten Autobussen oder Metros zur Arbeit hetzen, am Abend mit Einkaufsnetzen bepackt nach langem Schlangestehen wieder nach Hause kommen. Politisch ist Frau Birjukowa von Kindheit an motiviert: mit zehn Jahren Weihe als Jungpionierin, dann mit 14 Jahren Eintritt in die KP-Jugendorganisation Komsomol, mit 27 Parteimitglied. Von Beruf ist sie Textilingenieurin.

Frau Birjukowa erhielt im Moskauer Textil-Institut ihre Ausbildung. Schon damals trat sie aus der Masse durch Ehrgeiz und Durchsetzungsvermögen hervor und wurde der „politische Kopf" dieser Textilfabrik. Auf der politischen Karriereleiter war sie mit 30 bereits Leiterin der technischen Verwaltung für Textilien und Strickwaren im Moskauer Gebiet.

Diese propere Frau fiel immer bei Versammlungen auf, redegewandt und doch realitätsbezogen, aber auch immer parteikonform. Solche Frauen braucht das große Sowjetreich: Eine mit der Zunge auf dem rechten Fleck, mit den Händen zupackend, mit gesundem Hausfrauenverstand. Sie wurde Chefingenieurin der Moskauer Fabrik „Trikotagniza". 1971 wurde Alexandra Birjukowa zur Kandidatin im ZK-Komitee gewählt. Ihr Bereich umfaßte Arbeitsfragen im Leben der sowjetischen Frau sowie Schutz von Mutter und Kind. Und nun, nach dem 27. Parteitag, sitzt die 57jährige neben Dobrynin, Saikow und Ligatschow.

Leider verschweigen die offiziellen Annalen Persönliches. Aber man kann davon ausgehen, daß Frau Birjukowa verheiratet ist (oder war – Scheidungen gehören nun einmal zum alltäglichen Lebenslauf in der Sowjetunion), daß sie mehrfache Mutter, wohl auch Großmutter ist. Sie soll im ZK-Sekretariat das Sozialressort übernehmen, sickert durch.

Von den 300 ZK-Mitgliedern sind knapp ein Prozent Frauen – und keine sitzt im mächtigen Politbüro. Immerhin war die Aufwertung Frau Birjukowas geschickt vor den „internationalen Frauentag" am 8. März gelegt. An diesem Tag schrieb im Jahre 1921 Lenin in der „Prawda": „Am Frauentag werden in allen Ländern der Welt aus unzähligen Versammlungen von Arbeiterinnen Grüße nach Sowjetrußland fliegen, daß das unerhört schwierige und mühselige, aber welthistorisch große und wahrhafte Befreiungswerk begonnen hat."

Bevor man von einem einschneidenden Einbruch in die sowjetische Männergesellschaft durch diese Wahl spricht, sollte man an das Schicksal der Kultusministerin Jekaterina Furzewa denken. Sie, unter Chruschtschow ernannt, war eine intelligente Dame, die ein „aufgeschlossenes" Sowjetreich repräsentierte – bis man sie verstieß und vergaß. „Korruption", so lautete der Vorwurf. Möge Alexandra Pavlona Birjukowa dieses Schicksal erspart bleiben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Sie begrüßt die SPD-Bundestagsfraktion in Berlin:

Es ist schön, daß zu Wochenbeginn die SPD-Bundestagsfraktion wieder einmal im Reichstag tagt. Doch das ist nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Seit einiger Zeit wird im nationalen Katalog der Deutschen nahezu alles, was die Bundespräsenz in Berlin betrifft, klein, wenn nicht gar unleserlich gedruckt. Man möchte Erich Honecker nicht bei seinem Versuch behindern, sich Deutschland-politisch vom großen Bruder in Moskau freizuschwimmen. Natürlich muß Bundespräsenz nicht wie ein Feuerwerk praktiziert werden. Stetigkeit im politischen Alltag ist hilfreicher.

DAILY EXPRESS

Die Londoner Zeitung geht auf ein US-Angebot ein, Irland zu helfen:

Das Geld soll als Geste des guten Willens zur Unterstützung des anglo-irischen Abkommens angesehen werden. In Wirklichkeit stellt es eine Beleidigung dar ... Die Summe selbst (170 Millionen Pfund) ist lächerlich; sie entspricht ungefähr dem Betrag, den die britische Regierung im Zeitraum von sechs Stunden aufwendet. Doch selbst wenn es hundertmal soviel wäre, wäre es unannehmbar. Irisch-amerikanische Politiker haben einen schrecklichen Ruf in bezug auf die irisch-republikanische Armee ... Irland – Nord und Süd – hat genügend Probleme, auch ohne daß stimmenhungrige Washingtoner Politiker es für ihre Zwecke gebrauchen.

Frankfurter Allgemeine

Sie schreibt zum Bonner Bestechungsprozeß:

Wie sich nun herausstellt, hatte die Vernehmung Diehls ungefähr das gleiche ergeben wie später die Hauptverhandlung: Der Zeuge hatte sowohl Irrtümer bei den berüchtigten „Wg."-Eintragungen in die Spendenkladde zugegeben als auch bekannt, daß er Spenden an FDP-nahe Institutionen unter „wg. Lambsdorff" verbucht hatte ... Auf diesen entscheidenden Schwachpunkt ihres Kronzeugen hätte (die Staatsanwaltschaft) das Gericht doch wohl rechtzeitig aufmerksam machen müssen.

Herald Tribune

Die Pariser Zeitung meint zur Berufung des Washingtoner Sowjetbotschafters Dobrynin ins Sekretariat der KP:

Dies könnte sich als wichtiges Ereignis in der Geschichte der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen erweisen ... Die vorherrschende Meinung in Washington ist, daß mit der Berufung eines diplomatischen Technokraten mit ausgedehnter Auslandserfahrung in die Parteizentrale Gorbatschow zu verstehen gibt, daß er eine Verstärkung der Rolle der Partei in der Außenpolitik anstrebt (und) daß die Beziehungen zwischen den Supermächten das Kernstück seiner Außenpolitik sind.

Nicht am Computer, sondern am Common sense lag es

Die schockierenden Fehler bei der Nasa / Von Fritz Wirth

Eines der stolzesten amerikanischen Gütezeichen ist angekratzt worden. Sein Name ist Nasa. Dieses Kürzel steht seit Jahrzehnten für mehr als nur für „National Aeronautics and Space Administration". Es steht für Wagemut, wissenschaftlich-technische Unfehlbarkeit, Erfolg, Zukunftsglaube und ein selbstbewußtes „außer Wundern gelingt uns alles".

Drei bittere Tage haben dies Image getrübt. In diesen Tagen wurden das Management der Nasa und seine Zulieferer zur Katastrophe der Raumfähre „Challenger" verhört und der ehemalige Außenminister William Rogers, Leiter der Untersuchungskommission Präsident Reagans, war über das Ergebnis dieser Anhörung so verstört, daß er sich hundert Tage vor dem Abschluß seiner Untersuchungen zu einem scharfen Zwischenurteil hinreißen ließ: „Der Entscheidungsprozeß bei dieser Behörde ist in hohem Maße fehlerhaft."

Er sprach, da noch nicht die letzte Unfallursache präzise ermittelt ist, niemanden persönlich schuldig. Schuldig ist nach seiner bisherigen Meinung der Apparat. Dennoch fühlen sich viele Männer der Nasa von diesem Urteil persönlich getroffen. Sie traten nach mehrwöchigem Schweigen die Flucht in die Öffentlichkeit an mit Kritik an Rogers. Einer ihrer Topmanager, William Lucas, behauptet entschieden: „Nach allen Informationen, die uns vorlagen, war es eine vernünftige Entscheidung, Challenger zu starten."

Der Haken: Die entscheidenden Informationen über einen Defekt an den Festtreibstoffraketen („Boosters") lag diesen Männern nicht vor. Sie versickerten im Gestrüpp einer zu kompliziert gewordenen Verantwortungs-Hierarchie.

Dieser Defekt im Apparat der Nasa darf nicht darüber hinwegtäuschen: An der fachlichen und moralischen Integrität jener Männer, die eine defekte Raumfähre ins All schickten, gibt es nach wie vor keine Zweifel. Hier waren und sind keine technischen Hasardeure am Werk, sondern höchst verantwortungs- und risikobewußte Männer, denen eher der Ruf anhing, bei vielen vergangenen Missionen ins All zu vorsichtig gewesen zu sein und zu häufig wegen angeblicher Kleinigkeiten den Start verschoben zu haben.

Wie ist die „Challenger"-Katastrophe also zu erklären? Vielleicht am Beispiel eines Mannes wie Lawrence Mulloy, der im Raumfahrtzentrum Huntsville bei der Nasa für die Antriebsaggregate zuständig ist. Mulloy und sein direkter Vorgesetzter Stanley Reinartz waren die Männer, an denen die einstimmige Warnung der Ingenieure dieser „Boosters", wegen der kalten Außentemperaturen nicht zu starten, abprallten. Mulloy und Reinartz leiteten diese Warnungen nicht an jene weiter, die am Ende das fatale Startsignal gaben.

Im mehrstündigen Verhör Mulloys am letzten Mittwoch war die Sprache enthüllend. In seinen Antworten kehrte eine Vokabel innerhalb einer Stunde mindestens dreißigmal wieder, das Wort „logisch". Es charakterisierte Denk- und Argumentationsart eines Vollblut-Ingenieurs, der sich völlig und komplett computergespeicherten Daten ausgeliefert hat.

Als die „Boosters"-Ingenieure ihm wegen zu großer Kälte vom Start abrieten, verlangte er, daß sie ihre Bedenken mit Daten belegen. Die Daten waren nicht da, weil zuvor noch keine Raumfähre bei Temperaturen unter 53 Grad Fahrenheit gestartet worden war. Mulloy wies ihre Startbedenken als „unlogisch" ab.

Zu diesem unbedingten Datenglauben gesellte sich das Selbstbewußtsein von Männern, die bereits 24 Raumfähren erfolgreich ins All geschickt hatten. Das alles wurde für die Warner zum Start zu einer undurchdringlichen Barriere.

Das gleiche Schicksal traf die Männer der Firma Rockwell, die die Raumfähre „Challenger" gebaut haben. Sie rieten wegen zu starker Eisbildung an der Rampe 39 B vom Start ab. Auch sie wurden überstimmt.

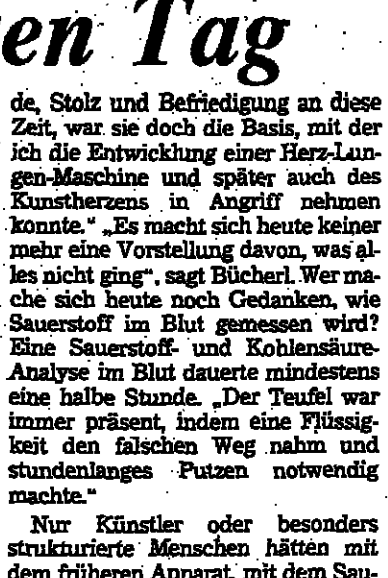
Es gab allerdings keine Daten für ihre Zweifel. Es gab nur den simplen Augenschein von meterlangen Eiszapfen, deren Stücke beim Start den Hitzeschild der Fähre beschädigen konnten. Der Augenschein genügte jedoch nicht.

Das ist das beunruhigende an dieser Katastrophe. Die Raumfahrtwunder der Nasa und der Bau dieser vielleicht komplexesten Maschine, die Menschen bisher konstruierten, sind ohne millionenfach computergespeicherte Daten und eine bis fast ins Absolute hochgetrimmte Ingenieurslogik kaum denkbar. Die vollkommene Auslieferung dieser Techniker an diesen Daten, die sie für das nicht mit Daten Belegbare blind machte, ist vielleicht die beklemmendste und zugleich einleuchtendste Ursache für diese Katastrophe.

Es gibt auch nach dieser Katastrophe und nach den ersten Verhören der Beteiligten keine Zweifel an der technischen Brillanz dieser Männer. Das Problem war, daß in jener Stunde, als sie die fatale Startentscheidung fällten, von ihnen keine technische Brillanz gefordert wurde, sondern nur schlichter Common sense.

Geplant war eine Bypass-Operation, doch dann wurde daraus die erste Implantation eines deutschen Kunstherzens

25 Jahre lang arbeitete Bücherl für diesen Tag



Von WERNER KAHL

Sonntags klopfte Emil Bücherl mit seinen Assistenten meist in Berliner Ruinen herum, um heile Ziegelsteine und Balken aus den zerborstenen Mauern zu bergen. Für den Kunstherzforscher gab es in den sechziger Jahren am Städtischen Krankenhaus Berlin-Neukölln, an dem er Ärztlicher Direktor war, nicht einmal Kellerräume zum Experimentieren.

Dabei zeigte der damalige Kanzler der Freien Universität, von Bergmann, viel Verständnis für Bücherls Anspruch, daß Forschung in Deutschland in der zweiten Hälfte *des 20. Jahrhunderts nicht mehr* grundsätzlich im Keller stattfinden sollte. Doch für den Bau von Stallungen für *Experimente* und für Lohn von Maurern und Installateuren war im Etat kein Geld vorgesehen. Also galt das Motto: *Do it yourself.*

Als der Autor das Chirurgenteam vor über zwei Jahrzehnten in der Trümmerlandschaft zufällig entdeckte, bat Bücherl händeringend darum, die Steineklopferei nicht publik zu machen. Wenn darüber etwas in der Zeitung erscheine, werde ihm die Universität Reklame in eigener Sache vorwerfen und ihn einer ordentlichen Professur nicht für würdig erachten.

Im kommenden Jahr werden es drei Jahrzehnte her sein, daß Emil Sebastian Bücherl in Deutschland die erste Operation mit einer Herz-Lungen-Maschine, das heißt am offenen, stillstehenden Herzen, vornahm. 25 Jahre forschte er für die Implantation des Kunstherzens. Der Weg dahin begann für den angehenden Mediziner des Jahrganges 1919 nach Kriegsende mit dem Fahrrad von seiner Heimatstadt Rosenheim nach Heidelberg. Weil ein Oberarzt der Heidelberger Universitätsklinik seine ersten Arbeiten beeinflußt hatte und Chefarzt am Stadtkrankenhaus Amberg geworden war, radelte Bücherl von Oberbayern dorthin.

Am Amberger Krankenhaus wurde er rund um die Uhr in der Chirurgie eingesetzt. „Seither weiß ich, mit wie wenig Geld man auskommen kann und *wie schön* es sein kann, auf einem Krankenhausbalkon im Freien zu schlafen", erinnert sich heute Bücherl. Er habe aber auch erfahren, daß er nach dem Studium „noch viel, ja sehr viel lernen" mußte, was er als „lausiger Student" versäumt habe. „Heute zehre ich noch davon und bedauere unsere Studenten, denen man diese törichte Reform aufgezwungen hat."

Am Physiologischen Institut der Universität Göttingen lernte er, „allen Dingen bis auf den Grund zu gehen". Bücherl: „Ich lernte vor allem zwei Dinge:

1. Wie schwierig es ist, eine Blutpumpe, die wissenschaftlichen Anforderungen genügte, zu konstruieren;

2. Welch ungewöhnliche Flüssigkeit das Blut ist. Zum einen, wie schnell es gerade dann gerinnt, wenn es nicht soll, zum anderen, wie schnell sich das Plasma rot färbt, weil Blutzellen durch das künstliche Pumpsystem zerstört werden."

Und der Professor fährt fort: „Heute erinnere ich mich immer mit Freude, Stolz und Befriedigung an diese Zeit, war sie doch die Basis, mit der ich die Entwicklung einer Herz-Lungen-Maschine und später auch des Kunstherzens in Angriff nehmen konnte." „Es macht sich heute keiner mehr eine Vorstellung davon, was alles nicht ging", sagt Bücherl. Wer mache sich heute noch Gedanken, wie Sauerstoff im Blut gemessen wird? Eine Sauerstoff- und Kohlensäure-Analyse im Blut dauerte mindestens eine halbe Stunde. „Der Teufel war immer präsent, indem eine Flüssigkeit den falschen Weg nahm und stundenlanges Putzen notwendig machte."

Nur Künstler oder besonders strukturierte *Menschen hätten mit* dem früheren Apparat, mit dem Sauerstoff und Kohlensäure in der Luft gemessen wurden, längere Zeit ohne Depression arbeiten können. Trotzdem sei es 1953 zur Entwicklung einer *eigenen Herz-Lungen-Maschine* gekommen. Sicherlich habe er „auch den Fehler gemacht und an zu viel *Physiologie gedacht und weniger an* den Chirurgen, dessen Mentalität einfach zu handhabende Apparate erfor*dert", meint der Forscher bei seiner* Rückschau. Die ersten Blutpumpen waren „zu raffiniert", die künstliche *Lunge mit und ohne* Kühlung voller Tücken. „Alle Komplikationen in solchen Entwicklungsphasen zu durchleben", sei *eine* „harte Schule", aber „ein ungeheurer Gewinn für ein ganzes Leben".

Manchmal kam sich der Chirurg und Forscher „als Händler oder Partner eines Tauschgeschäftes" vor. Die *Bürokratie, in deren Materialverwal*tung kein Arzt saß, wollte nicht selten ein defektes Gerät der Chirurgie nur *ersetzen, wenn die Klinik im Tausch* auf ein anderes beantragtes Instrument verzichte. Der Arzt als Chirurg *und Manager.*



Herzchirurg und Erfinder: Der Berliner Professor Emil S. Bücherl demonstriert nach gelungener Operation die Arbeitsweise des von ihm entwikkelten künstlichen Herzens FOTO: DPA

Wesentlich für den Ablauf jedes großen Forschungsprojektes, so nach Bücherls leidvollen Erfahrungen, sei neben persönlichem Einsatz, Beharrlichkeit und großem Optimismus die finanzielle Förderung.

Die Forschung der Kreislaufunterstützungs- und Ersatzsysteme erforderte die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Medizinern, Naturwissenschaftlern und Technikern einerseits sowie eine enge Kooperation von klinischer Praxis und Industrie andererseits.

Und dann kommen kritische Töne:

Bürokratie, aber auch Kurzzeitdenken in Ministerien, die praktische Ergebnisse innerhalb einer Bundes*tagswahlperiode* erwarten, trugen nach Auffassung des Berliner Herz*chirurgen dazu bei, daß die For*schung in Deutschland ihre einstige Spitzenstellung nur partiell halten konnte.

Die jüngste Sorge teilt der Chirurg mit dem Personal des Klinikums *Westend: daß das renommierte Klini*kum mit derzeit über eintausend Operationen am offenen Herzen jährlich *aufgelöst wird. Es soll durch das neue* Herzzentrum (WELT vom 8. 3.) ersetzt werden.

Das *Krankenhaus Westend*, 1904 erbaut, lobte einst der Reiseführer im kaiserlichen Berlin so: „Das Kran*kenhaus Westend ist auf* gesunder Höhe prachtvoll gelegen. Der Gesamteindruck, sowohl durch die an*mutige und doch gewaltige architek*tonische Wirkung, wie durch Garten- und Parkanlagen, ist stark."

So sah der Weg zum Erfolg aus:

1950–1952 künstliche Durchblutung einer isolierten Extremität zum *Studium* der Kreislaufregulation;

1951–1952 Tierexperimente zusammen mit dem schwedischen Wissenschaftler Senning in Stockholm;

1952–1954 Entwicklung einer Herz-Lungen-Maschine;

1954 überlebte ein Versuchstier beim Einsatz der neuen Maschine;

1957 die erste Operation Bücherls am stillstehenden Herzen eines Patienten mit der Herz-Lungen-Maschine in Deutschland;

1962 Entwicklung von Blutpumpen zum Ersatz des Herzens;

1963 erster Totalersatz des Herzens im Tierversuch mit einer doppelkammerigen Blutpumpe;

1964–1968 Experimente zum Links-Herz-Bypass mit inkorporierter Blutpumpe bei kardiogenem Schock;

1967 erste klinische Lungentransplantation in Deutschland;

1972 Totalersatz des Herzens im Tierversuch: Es lebte 65 Stunden;

1973 erneuter Totalersatz des Herzens, das Tier lebte 123 Stunden;

1979 wurde zum ersten Mal bei einem Patienten in Berlin nach einem Infarkt eine künstliche Blutpumpe eingesetzt. Sie erreichte nach 17 Stunden die Regeneration des Herzens.

„Keine Alternative"

WELT: Was hat Sie veranlaßt, bei diesem Patienten zum erstenmal ein Doppel-Pump-System, sprich ein künstliches Herz, einzusetzen?

Bücherl: Wir hätten nur ein Spenderherz transplantieren können, aber in ganz Berlin stand ein natürliches Organ nicht zur Verfügung. Also mußte jetzt eine künstliche Pumpe her, denn die Alternative hieß Tod.

Der Entschluß, alle möglichen Mittel einzusetzen, sei davon mitbestimmt worden, daß es sich um einen ansonsten gesunden, kräftigen Mann im besten Mannesalter handelte.

WELT: Welche Erfahrungen hat die Klinik mit dem Einsatz einer künstlichen Pumpe am Menschen?

Bücherl: Wir haben 1979 einem früheren aktiven Turner eine Links-Assistenz-Pumpe eingesetzt. Ohne Vorwarnung hatte der damals 57jährige Kunstschlossermeister bei der Gartenarbeit einen Infarkt erlitten. Ähnlich überraschend bekam der jetzige Patient einen Infarkt, der für ihn glücklicherweise eintrat, als wir bereits den Brustkorb geöffnet hatten. Während 1979 die Links-Pumpe nach 17 Stunden wieder herausgenommen werden konnte, regenerierte sich jetzt das Linksherz nicht wieder, so daß wir mangels eines Spenderherzens die vollständige künstliche Blutpumpe einsetzen mußten.

WELT:* *Sie haben inzwischen ein tragbares Antriebsgerät für ein Kunstherz entwickelt; kann der Patient damit bis zum Eintreffen eines Spenderherzens nach Hause entlassen werden?

Bücherl: Theoretisch wäre es möglich. Aber wir wollen kein unnötiges Risiko eingehen.

Ein Spenderherz kann nach Ansicht Professor Bücherls auch aus dem anderen Teil Berlins kommen, sofern die Ostberliner Behörden einverstanden sind. Mediziner aus Rostock, wo sich auch ein Zentrum der Kunstherzforschung befindet, arbeiten mit ihren Kollegen in West-Berlin eng zusammen.

Der „herzchirurgische Krimi" begann am Donnerstag morgen

Von H.-R. KARUTZ

Gespannt blickt die medizinische Welt seit dem Wochenende *nach Berlin, wo Herzchi*rurg Professor Emil S. Bücherl (66) einem 39jährigen Berliner ein Kunstherz, das sogenannte „Bücherl-System", einsetzte.

Begonnen hatte diese Sensation *wie ein normaler Notfall. Der Patient,* Klaus Holzweg, ein „sensibler Hüne" (so Bücherl später) von zwei Zentnern und 1,95 *Meter Statur*, war *am* vergangenen Mittwoch als einer unter vielen Notfällen in das von roten Backstein-Gebäuden beherrschte Westend-Krankenhaus auf dem „Spandauer Berg" gekommen. Er war zu Fuß, begleitet von seiner Frau. Bei der Untersuchung klagte er: „Ich fühle mich unwohl, habe Schmerzen im Brustbereich." Bei der anschließenden kardiologischen Untersuchung wird festgestellt: Der Patient leidet an einer sogenannten Hauptstamm-Verengung im Herzmuskel. Ein Notfall, der möglichst schnell operiert werden muß.

Professor Bücherl und sein Team arbeiten für den nächsten Tag einen Operationsplan aus. Für die Chirurgen keine ungewöhnliche Operation – ein Bypass soll gelegt werden. Doch daraus wurde, so Bücherl, ein „herzchirurgischer Krimi".

Donnerstag, 6. März: Der Routine-Eingriff beginnt, denn Arbeiten am offenen Herzen unternimmt die Bücherl-Crew täglich vier- oder fünfmal. Die Wartezeit beträgt nur noch rund zwei Wochen – man ist in Westend nach jahrelangem Kampf wohlgerüstet.

Der Brustkorb des Patienten ist gerade geöffnet, als sich ein gefährlicher Hinterwand-Infarkt einstellt. Die Mitarbeiter schließen – noch immer ein Routinevorgang – die Herz-Lungen-Maschine an, und die vorgesehene Operation beginnt. Bücherl erläutert später: „Wir legten, wie geplant, vier Bypasse – drei von ihnen im linken Herzbereich. Der rechte Teil des Herzens arbeitete störungsfrei, aber der Herzmuskel links zog sich nicht selbständig zusammen." Daraufhin entschließt sich Bücherl, die linke Herzkammer durch eine spezielle Blutpumpe zu unterstützen, die ebenfalls von ihm und seinen Spezialisten entwickelt wurde. Die Pumpe bleibt dabei außerhalb des Körpers.

*Freitag, 7. März: Nach der Nacht*wache zeigt sich, daß auch der kombinierte Einsatz von Herz-Lungen-Ma*schine (insgesamt 30 Stunden) und* Blutpumpe nicht geholfen hat: Bücherl und seine Helfer – darunter ein Ingenieur – treffen die Entscheidung: Das Herz herausnehmen und durch die aus zwei Teilen bestehende Plastikpumpe, das Kunstherz, ersetzen. „Wir haben das passende Modell ganz gelassen aus dem Schrank geholt", schilderte es Bücherl.

Um 15 Uhr 30 beginnt die entscheidende Operation, von jetzt ab gibt es kein Zurück mehr. („Ich hatte mir zuvor die Einwilligung der Ehefrau geholt", sagte Bücherl.) Gegen 19 Uhr atmen Bücherl und seine Mitstreiter auf – der Eingriff ist gelungen. Insgesamt 30 Blutkonserven – zehnmal mehr als bei „normalen" Herzeingriffen – halten den Mann auf dem OP-Tisch am Leben. Alles arbeitet akkurat.

„Die Gehirnfunktionen haben trotz der langen Dauer keinen Schaden genommen. Der Patient steht noch unter Beruhigungsmitteln. Deshalb weiß er auch noch nicht, was eigentlich geschehen ist", berichtete Bücherl den Journalisten. Aber der Patient ist „ansprechbar"; seine Frau besuchte ihn bereits.

Im Westend-Krankenhaus sucht man jetzt bei den internationalen *Herzspender-Datenbänken nach na*türlichem Ersatz. „Aber bisher ist ein passendes Herz noch nicht zu bekom*men gewesen", äußerte sich Bücherl.* Die Kunstpumpe könnte jedoch theoretisch bis zu drei Monaten in der Brust des Berliners *weiterschlagen.* „Solange gibt es eine gewisse Garantie."

Pumpen und Kompressor – die Chancen und die Probleme

Von LUDWIG KÜRTEN

Das in Berlin eingepflanzte Kunstherz ist eine eigenstän*dige Entwicklung, an der* schon seit 1962 gearbeitet wurde. Es unterscheidet sich in der Form und in *der chemischen Zusammensetzung* der verwendeten Materialien von dem in den USA eingesetzten künstli*chen Organ (Jarvik-7).*

Der in Berlin benutzte Apparat besteht aus einer zweiteiligen Kunststoffpumpe, die – *nach Entfernung* des kranken Herzens – in den Brustkorb eingepflanzt und an die Lungen- *und die Körperschlagader sowie* an die entsprechenden Venen angeschlossen wird. Mehrere Schläuche *führen zu einem Kompressor-Motor* am Krankenbett. Diesen Motor gibt es auch als fünf Kilogramm schweres Gerät, *das der Patient später mit sich* herumtragen kann. Im Gegensatz zu dem amerikanischen Kunstherz besitzt das von Bücherl entwickelte Herz zusätzlich Meßsonden, die ständig den Druck in den Kammern messen. In Berlin waren schon Pumpen in den unterschiedlichsten Größen vorhanden, so daß jetzt sofort ein passender Apparat zur Verfügung stand.

Im Tierversuch hervorragend bewährt

Das Berliner Kunstherz gilt als besonders ausgereift und hatte sich in Tierversuchen bereits hervorragend bewährt. Vor allem der Antrieb des Gerätes, aber auch die Meß- und Regeltechnik ist nach Auskünften aus Berlin weiter entwickelt als beim Jarvik-Herz. In Berlin hat man auch den großen Vorteil, daß das Kunstherz vor dem ersten „Einsatz" schon jahrelang im Dauerbetrieb auf seine Zuverlässigkeit getestet werden konnte. Als die Amerikaner hingegen 1982 ihr Kunstherz erstmals einsetzten, kannten sie dessen Zuverlässigkeit nicht genau. Dies führte dazu, daß bei dem ersten Empfänger Barney Clark ein Ventil und eine Pumpe nachträglich ausgetauscht werden mußten. Professor Bücherl geht davon aus, daß das nun eingesetzte Gerät mindestens drei Monate „garantiert sicher" läuft.

Bücherl macht aber klar, daß die Einpflanzung des Kunstherzens auf jeden Fall nur vorübergehend ist. Sobald für den Patienten ein passendes Spenderherz gefunden sei, werde das Kunststoffherz in einer zweiten Operation ausgetauscht. Er selbst wolle diese Operation dann vornehmen.

Das Vorgehen der Berliner Ärzte unterscheidet sich damit deutlich von der Strategie der Amerikaner. Dort ist das Kunstherz von vornherein als Alternative zu einem natürlichen Herzen gesehen worden. Man setzte es vor allem Patienten ein, bei denen auf Grund ihres schlechten Allgemeinzustandes eine „normale" Herztransplantation nicht mehr möglich war. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß bei solchen Patienten das Kunstherz große Probleme mit sich bringt. Von den bislang operierten sechs Menschen, die das Kunstherz auf Dauer erhielten, leben nur noch zwei. Beide haben aber inzwischen einen oder mehrere Schlaganfälle erlitten. William Schroeder, der nun seit über einem Jahr mit dem Kunstherz lebt, ist deshalb weitgehend gelähmt, kaum wahrnehmungsfähig und kann nur noch einzelne Worte sprechen.

Das hohe Risiko von Schlaganfällen bei Kunstherzen wird darauf zurückgeführt, daß durch den hohen Druck der Pumpen das Blut verwirbelt wird und kleine Gerinnsel entstehen. Diese können in andere Organe wandern, vor allem in das Gehirn, und dort Blutgefäße verstopfen.

Es drohen Embolie oder Schlaganfall

Eine weitere Möglichkeit zur Entstehung von Blutgerinnseln besteht an den Verbindungsstellen der Kunststoffpumpen, die erst im Körper zusammengefügt werden. Dort können sich Ablagerungen bilden, die nach der Ablösung zu einer Embolie oder einem Schlaganfall führen. Auch der Einsatz von gerinnungshemmenden Medikamenten hilft hier nicht weiter, weil diese oft dazu führen, daß Blut aus den Gefäßen in die Gewebe übertritt und dort ebenfalls zu schlaganfallähnlichen Symptomen führt. Bei vielen Patienten ist das gesamte Gefäßsystem auch schon so angegriffen, daß es der plötzlichen Erhöhung des Blutdrucks nach dem Einsetzen des Kunstherzens nicht mehr standhalten kann.

Das Berliner Konzept sieht deshalb vor, die Patienten nach ganz anderen Maßstäben auszusuchen. Sie sollen auf jeden Fall für eine Herztransplantation geeignet sein. Dies heißt, daß die Patienten zumeist jüngeren Alters sind und ihr Allgemeinzustand besser und stabiler ist.

Arbeitnehmer in der SPD zeigen Selbstbewußtsein

Vogel erinnert an die kämpferische Arbeiterbewegung

PETER PHILIPPS, Hannover

Die Aversionen gestandener Sozialdemokraten aus dem gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerlager – egal, zu welchem innerparteilichen Flügel sie gehören mögen – gegen die „Theologie-Professoren" in der Partei, vor allem „in Baden-Württemberg und Bayern", aber auch gegen „die Lehrer, die gar Arbeitnehmer besonderer Art sind": Sie kamen während der drei Tage des Kongresses der Partei-„Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (AfA) in Hannovers Niedersachsenhalle nur vereinzelt an die Oberfläche. Die Arbeitnehmer, das „Fundament" der Partei, brauchte auch von Johannes Rau nicht sehr nachdrücklich an das Gebot erinnert zu werden, daß „wir es nur gemeinsam schaffen". Dies hat etwas mit dem Selbstverständnis aus den Wurzeln der Arbeiterbewegung zu tun – aber auch mit neu erwachtem Selbstbewußtsein der AfA.

Von Ernst Breit (DGB bis Hermann Brand (DAG), von Franz Steinkühler (IG Metall) bis Hermann Rappe (IG Chemie) erwiesen die prominenten Gewerkschaftsführer der Republik der in der AfA aktiven rund 45 000 Genossen in Hannover ihre Referenz.

Ovationen für Brandt

Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel, Johannes Rau – jeder stand als prominenter Gastredner an einem Tag des AfA-Kongresses auf dem Prüfstand und belegte zugleich mit seinem Erscheinen das Gewicht, das der Arbeitsgemeinschaft zugemessen wird: Brandt, wie immer mit vielen Ovationen auf dem Weg durch den Saal begleitet, dämpfte eher. Er sprach von der Arbeit am neuen Parteiprogramm, von der Arbeit am Kapitel „Zukunft der Arbeit". Darin werde, wenn auch nicht als „sentimentale Rückschau, das Arbeiterbewegungserbe der Sozialdemokratie, das zeitweise zu verblassen schien, deutlich herausgestellt werden".

Natürlich zog sich die geplante Änderung des 116 Arbeitsförderungsgesetz wie ein roter Faden durch diesen Kongreß. Die Intonation hatte bereits Brandt am ersten Tag geliefert: „Erst klammheimlich und dann ritsche-ratsche nach dem Vorbild von Skalpjägern" habe die Bundesregierung „den alten 116 locker kassieren" wollen. Aber nun sei sie „erheblich in die Seife geraten". Von einer „Kriegserklärung nach innen", von den „Spielchen einer Handvoll ideologischer Scharfmacher" sprach der SPD-Chef, denen man die Antwort auf ihre „Revanchegelüste" gegen die Gewerkschaften „mit dem Stimmzettel am 25. Januar 1987 in der ganzen Republik beibiegen" müsse. Um zum Erfolg zu kommen, müsse die Partei eine historische Anleihe aufnehmen: „Hand- und Kopfarbeiter vereinigt euch!"

Wahlkampfzug in Fahrt

Aber die richtige Stimmung kam erst am zweiten Verhandlungstag auf. Ein glänzend aufgelegter Hans-Jochen Vogel riß die Versammlung zu Beifallsstürmen und stehenden Ovationen hin. Er argumentierte mit Wirtschafts- und Haushaltsdaten, die alle zeigten, daß „die Wende-Koalition bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagt" hätte – und dies „in Zeiten günstiger Daten". Er mobilisierte die Erinnerungen an die kämpferischen Zeiten der Arbeiterbewegung. Und er polemisierte – etwa gegen die Attakken des Bundeswirtschaftsministers Bangemann gegen den AFG 116-Gutachter Benda: „In welchen Käuflichkeitskategorien denkt Herr Bangemann eigentlich? Schließt er da aus seinem Erfahrungsbereich als FDP-Vorsitzender auf andere?" Und: Mit ihren Streikparagraph-Plänen „hat die Regierung Wind gesät. Wie der vergangene Wahlsonntag in Schleswig-Holstein zeigt, hat sie dafür Sturm geerntet. Dieser Sturm wird sich nicht legen. Er wird andauern, bis zum Wahltag im Januar 1987".

Der AfA-Kongreß in Hannover hat es gezeigt: Der Wahlkampfzug der SPD nimmt Fahrt auf. Die Polarisierung zwischen Regierung und Opposition wird schärfer. Und, was vor einem Jahr kaum vorstellbar schien: Die Grünen spielen kaum eine Rolle, alles läuft auf die direkte Auseinandersetzung zwischen Union und SPD hinaus – dies jedenfalls schon ganz im Sinne von Raus Plänen.

IG Chemie lehnt „Strafsteuer" der SPD ab

MICHAEL JACH, Hannover

Die Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik lehnt den SPD-Plan, per Gesetz die notwendige Sanierung von Giftmüll-Altlasten durch eine fünfprozentige Steuer auf Chemie-Grundstoffe zu finanzieren, entschieden ab. Wolfgang Schultze, im IG-Chemie-Hauptvorstand in Hannover für den Umweltschutz zuständig, verwahrte sich am Wochenende dagegen, „die Finanzlast dieser Umwelthypothek nur einer Industriebranche zuzuschieben". Schultze sagte der WELT, eine „Strafsteuer" für eine „Sündenbockindustrie" dürfe es nicht geben.

Die Chemiegewerkschaft will vielmehr den für das nächste Jahrzehnt auf zehn bis 15 Milliarden Mark geschätzten Finanzbedarf über Abgaben gedeckt sehen, die jeder Sonderabfall-Produzent künftig bei Ablieferung dieser Stoffe zur geordneten Entsorgung zu entrichten habe. Außerdem müßten Bund, Länder und Gemeinden beteiligt werden.

Eine solche Abgabenerhebung entspräche zudem der Forderung der Chemiegewerkschaft, außer ihrer Branche auch die anderen „Verursacherindustrien" von Boden-Altlasten in Anspruch zu nehmen. Schultze verwies auf den Bergbau mit seinen Kokereien sowie auf die Metallindustrie. Auf DGB-Ebene bestehe hierüber grundsätzlich Einigkeit mit den Schwestergewerkschaften.

Schultze, im Niedersächsischen Landtag Mitglied der SPD-Fraktion, zeigte sich verstimmt über das Vorgehen der SPD-Umweltminister, die den Gesetzentwurf zur Chemiesteuer Mitte Februar angekündigt hatten. Mit Blick auf den Hamburger Senat, der für die Urheberschaft maßgeblich war, meinte der Gewerkschafter, angesichts der hansestädtischen Probleme mit Chemie-Altlasten möge die Stoßrichtung „vielleicht erklärlich sein".

Mit solchen Anmerkungen geht der Abgeordnete auf Distanz zum Hamburger Umwelt-Staatsrat Fritz Vahrenholt, den sich der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder als Umweltminister wünscht. Erst vor zwei Wochen hatte sich Vahrenholt mit dem von ihm entscheidend beeinflußten Gesetzentwurf in Hannover der niedersächsischen Öffentlichkeit empfohlen.

Stoltenbergs Appell zu Solidarität ist deutlich gegen Barschel gerichtet

Der CDU-Landesvorsitzende rügt „Profilierungsversuche und Rechthaberei"

GEORG BAUER, Kiel

Bei den Christdemokraten Schleswig-Holsteins regt sich Kampfgeist. Am Wochenende waren die Vertreter des Landesausschusses, des Kleinen Parteitages, im Kieler Hotel Conti-Hansa zusammengekommen, um – abgeschottet von der Öffentlichkeit – die Lage nach dem Debakel bei der Wahl vor knapp einer Woche zu erörtern.

Den Blick auf die im Januar kommenden Jahres anstehende Bundestagswahl gerichtet, gab der Landesvorsitzende der Partei, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, die Analyse und den Weg für die Auseinandersetzung mit den konkurrierenden Parteien vor.

„Ernster Rückschlag"

Stoltenberg räumte ein, daß die Wahl ein ernster Rückschlag für die Christdemokraten gewesen und die „politischen Gestaltungsmöglichkeiten" durch die Stimmenverluste in zahlreichen Städten und mehreren Kreisen eingeengt worden seien. Doch auch die Sozialdemokraten hätten keinen Grund zum Jubeln. Gemessen an den Prozentanteilen bei Kommunal- und Landtagswahlen in den vergangenen 15 Jahren, hätten sie ein unter dem Durchschnitt liegendes Ergebnis erzielt.

Und dann wurde Stoltenberg deutlich. Es gäbe keinen Grund, in Zukunftspessimismus zu verfallen, so meinte er. Die Partei habe in der Vergangenheit aus ungünstigeren Situationen heraus hervorragende Ergebnisse erzielt. Stoltenberg: „Dies war nur möglich, weil wir auch Wahlniederlagen gemeinsam getragen haben und durch eine hervorragende Solidarität in unserer Landespartei einen erfolgreichen Neubeginn erreichen konnten. Bei uns ergeben sich politische Folgerungen in Land und Bund".

Namen nannte Stoltenberg nicht. Doch jeder im Saal wußte, an wen der von Beifall unterbrochene Appell zur Solidarität vor allem gerichtet war. Einen Tag nach der Wahl war es Ministerpräsident Uwe Barschel gewesen, der massive Vorwürfe Richtung Bonn und gegenüber der Parteizentrale des Landes mit Generalsekretär Rolf Rüdiger Reichardt an der Spitze, einem Mann Stoltenbergs, erhoben hatte. Vom Kabinett Helmut Kohl hatte Barschel mehr Geschlossenheit und Klarheit gefordert und der Parteizentrale bescheinigt, sie habe mangelhaft mobilisiert und übergeordnete Wahlkampfziele nicht herausarbeiten können.

Unverhohlen sprach Stoltenberg davon, daß die Union gegenüber den Bürgern eine klare Sprache sprechen müsse, „ohne Profilierungsbestrebungen einzelner und ohne Rechthaberei".

In seiner Analyse gestand Stoltenberg auch Fehler der Politik in Bonn ein. Zu viele Aktivitäten und nicht abgestimmte Initiativen bei zweitrangigen Fragen hätten in der Koalition unnötige Reibungsflächen geschaffen.

Im Deutschlandfunk relativierte Barschel, der zur Zeit wegen eines Ohrenleidens in der Kieler Universitätsklinik liegt und an der Ausschußsitzung nicht teilnehmen konnte, seine Angriffe gegen die Bonner Parteizentrale. Zusagen des FDP-Vorsitzenden Bangemann bei den Sicherheitsgesetzen hätten wegen des Widerstandes in der FDP nicht eingehalten werden können. Dieser Vorgang dürfe nicht der mangelnden Koordination des Kanzlers oder des Kanzleramtes zugeordnet werden.

Kritik Bangemanns

Barschel schlug vor, die sogenannte „Elefantenrunde" der drei Parteivorsitzenden möglicherweise durch die jeweiligen Fachsprecher zu erweitern. Parteifreunde werteten diese Stellungnahme als Rückzieher gegenüber der massiven Kritik an seinem Verhalten nach der Wahl.

Bangemann wies die Kritik Barschels in ungewöhnlich scharfer Form zurück. Es sei „peinlich, wie Barschel sein eigenes Versagen zunächst der CDU in Bonn und jetzt auch noch der FDP anlasten will".

Czaja setzt sich durch

dpa, Stuttgart

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja, kandidiert wieder für den Bundestag. Der 71 Jahre alte CDU-Politiker siegte am Wochenende in einer Kampfabstimmung mit deutlichem Vorsprung vor seinem aussichtsreichsten Konkurrenten, dem 31jährigen Marcus Mattis, Vorsitzender der Jungen Union Nordwürttemberg. Für Czaja votierten 132 der 249 Delegierten des Stuttgarter CDU-Kreisverbandes. Czaja ist Kandidat für den Wahlkreis 163 (Stuttgart-Nord). Er gehört dem Bundestag seit 1953 an. 1983 hatte er den Wahlkreis direkt erobert.

FDP: Abschaffung der Kfz-Steuer

DW. Hamburg/Bonn

Für die Abschaffung der Kraftfahrzeug-Steuer hat sich der FDP-Generalsekretär, Helmut Haussmann, ausgesprochen. In einem Interview mit „Auto-Bild" erklärte er: „Wir werden unsere Forderung, die Kfz-Steuer abzuschaffen und auf die Mineralölsteuer umzulegen, nach der Wahl '87 in die Koalitionsverhandlungen einbringen." Sollte sich die FDP mit ihrem Plan durchsetzen, würde das Benzin an den Tankstellen um etwa 14 Pfennig teurer werden. Andererseits müßten die Autofahrer die Kfz-Steuer nicht mehr wie bisher ein Jahr im voraus bezahlen.

Jungdemokraten wählen Grünen

AP, Köln

Die Jungdemokraten (Judos) haben auf ihrer Bundeskonferenz am Sonntag in Köln mit dem 25jährigen Studenten Ernst-Christoph Stolter einen Grünen zu ihrem neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Die Judos, bis November 1982 die Jugendorganisation der FDP, hatten sich nach dem Sturz der sozialliberalen Bundesregierung von der Mutterpartei getrennt und arbeiten seitdem politisch eigenständig. Stolter betonte nach seiner Wahl, daß die Abstimmung keine organisatorische Hinwendungen der Jungdemokraten zu den Grünen bedeute.

FDP glättet Differenzen mit Kirchen

mj, Hannover

Die nachhaltige Klimastörung zwischen den Freien Demokraten und den Kirchen, eingetreten infolge des radikalliberalen „FDP-Kirchenpapiers" von 1974, gehört nach Darstellung des bayerischen FDP-Landesvorsitzenden Manfred Brunner der Vergangenheit an. Über „gesellschaftspolitische Berührungspunkte" hätten FDP-Mitglieder und „beide großen Konfessionen" zu „neuer Dialogbereitschaft" gefunden, teilte Brunner am Wochenende in Hannover auf einem Treffen der von ihm geleiteten FDP-Bundeskommission „Liberalismus und Kirche" mit.

Von seiten der evangelischen Kirche ergäben sich die „Berührungen" besonders in der Innen- und Rechts- sowie der Außenpolitik. Prälat Heinz-Georg Binder, der Bonner Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland, so Brunner, habe nach eigenen Worten schon „Mühe gehabt, noch Differenzen festzustellen".

Selbst für die erheblich schwierigere, aktuell vor allem durch die Abtreibungsdebatte belastete Fühlungnahme zur katholischen Seite (WELT vom 15. 1.) kehrte der FDP-Kirchenpolitiker Optimismus heraus. Bis hin zur Bischofskonferenz sei man „froh über die erneuerten Kontakte"; Annäherung sei möglich etwa über die Ausländerpolitik oder beim Thema „Sozialverpflichtung der Marktwirtschaft". Und zum Paragraphen 218 zeige sich „wachsende katholische Bereitschaft, das Problem nicht nur strafrechtlich zu begreifen".

Von „Schutz des Staates vor Kircheneinfluß", dem aggressiven Grundton des 1974er Kirchenpapiers, ist keine Rede mehr. Vielmehr seien die Kirchen „einer der wenigen noch funktionierenden staatsfreien Räume". Da die FDP schon immer für weniger Staat eingetreten sei, erkläre sich dadurch die Interessengleichheit.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Biedenkopf – Der Tag der Fusion wurde für ihn zum Tag des Triumphs

Von WILM HERLYN

Was mag Kurt Hans Biedenkopf wohl gefühlt haben in diesen Sekunden des Triumphes, als das Ergebnis seiner Wahl bekanntgegeben wurde? Er mahlte mit den Kiefern, das Gesicht leicht gerötet – nicht wegen der gleißenden Scheinwerfer des Fernsehens –, in den Fingern unruhig *der Füllhalter*, mit der ihm eigenen akuraten Handschrift Zahlen auf das Papier schreibend. Und dann lief eine Sequenz von Bildern ab, die vor wenigen Jahren noch undenkbar bei einem Politiker wie Biedenkopf schienen, dem vorgeworfen wurde: Biedenkopf denkt immer zuerst an Biedenkopf. 549 der 600 Delegierten in der Düsseldorfer Stadthalle gaben ihm ein demonstratives Vertrauensvotum – das sind 91,5 Prozent. „Wenn ich 70 Prozent bekomme, dann freue ich mich schon", hatte er einen Tag zuvor noch einem ihm vertrauten Journalisten verraten.

„Ich will dienen, dienen – zum Wohl der Partei"

Und nun 91,5 Prozent! In einer für ihn kaum öffentlich gezeigten Gefühlsaufwallung umarmte er den rheinischen Vorsitzenden Dieter Pützhofen, seinen künftigen Stellvertreter, der lange selbst mit dem Gedanken gespielt hatte, dem Westfalen *dieses Amt streitig zu machen.* Und Biedenkopf vergißt in diesem Moment des Sieges nicht die Person, die zu ihm gestanden hat, als sich viele von ihm abwandten – damals, nach der bitteren Niederlage gegen Bernhard Worms in Mülheim im Streit um die Spitzenkandidatur, damals, als seine Westfalen-Lipper ihm auch als Vorsitzenden den Garaus machen wollten. Das ist nur knapp drei Jahre her. Biedenkopf kämpfte sich förmlich durch die Glückwünsche von Otto Wulf, Irmgard Karwatzki, Ekhart Uhlenberg oder Christa Thoben und eilte zu seiner Frau Ingrid und Sohn Tobias.

Er bekannte, daß er „tief bewegt" sei. Das hänge nicht nur mit der Geschlossenheit zusammen, mit der ihn die Partei zu ihrem ersten Vorsitzenden gemacht habe, „sondern auch mit dem Weg, der jetzt hinter uns liegt". Die Zukunft der beiden bislang stärksten CDU-Landesverbände, die jetzt nach ihrer Fusion 260 000 Mitglieder zählen, umriß er mit einem Zitat Konrad Adenauers auf dem ersten Parteitag der CDU Westfalen-Lippe: „Wir werden eng und fest und treu zusammenarbeiten. Ich habe dem nichts hinzuzufügen."

Er werde „dienen, dienen, dienen – zum Wohle der Partei, des Landes Nordrhein-Westfalen, der Bundesrepublik Deutschland", sagte Biedenkopf. Die Union in NRW sei schon immer das „soziale Gewissen" der Bundespartei gewesen – damit spielte er auf die herausragende Rolle der gerade im Rheinland mächtigen CDU an –, nun müsse sie aber auch ihren „kreativen Auftrag" erfüllen. Und das *ist die Rolle, die Biedenkopf am meisten* liebt – Vordenker zu sein und Unruheherd in der CDU. Kein Wunder, daß er ankündigte, er sehe seinen Weg in der Bundespolitik. Bei der Aufgabenverteilung zwischen ihm und Pützhofen werde er den wirschafts- und gesellschaftspolitischen Part übernehmen, der Rheinländer sich verstärkt um Landes- und Kommunalfragen kümmern.

Beide wissen, daß es mit der organisatorischen Zusammenführung der Verbände nicht getan ist. Pützhofen warnte davor, die Fusion mit einem unmittelbaren Zuwachs an Wählerstimmen gleichzusetzen. „Die CDU in Nordrhein-Westfalen gewinnt keine Wählerstimme mehr, nur weil sie aus *zwei mal 130 000* Mitgliedern 260 000 macht. Wir brauchen und wir haben aber neue Maßstäbe für diese neue Verantwortung." Biedenkopf ergänzte: „Es geht um die Bundestagswahl 1987. Und dann Schritt für Schritt darum, 1990 wieder die Mehrheit zu erringen in Nordrhein-Westfalen. Beides ist die Perspektive." Und weiß dazu auch die Zahl: „Für die Bundestagswahl müssen wir 1,6 Millionen Wähler dazugewinnen – sonst ist Bonn für die Koalition verloren."

Auch der CDU-Bundesvorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl bezeichnete die Fusion der beiden Landesverbände als „wichtigen und bedeutsamen Tag nicht nur für die Union hier in Nordrhein-Westfalen, sondern für die *CDU Deutschlands*". Er habe es im übrigen für ganz selbstverständlich gehalten, nach Düsseldorf zu kommen – und entgegnete damit Kritikern, die ihm vorgehalten hatten, er werde den Fusionsparteitag meiden, um nicht seinem früheren Generalsekretär Biedenkopf zu seinen neuen Würden gratulieren zu müssen. Er nutzte seinen Auftritt, um – wie später auch Heiner Geißler – die besondere Bedeutung der Wahl 1987 klar zu machen: „Diese Wahl ist eine Richtungsentscheidung im weitesten Sinne des Wortes. Angesichts der Veränderung der parteipolitischen Landschaft, angesichts der ideologischen Veränderung, vor allem angesichts der enormen Veränderungen nach links innerhalb der SPD spürt jeder: Es geht um die Grundlage unserer Verfassungsordnung."

Heftige Angriffe richteten Kohl, Biedenkopf, Geißler und Blüm gegen die Gewerkschaften, insbesondere gegen die Führung der IG Metall. Das Thema dürfe nicht für einen Machtkampf mißbraucht werden. Kohl sagte: „Wesentliche Teile der Repräsentanten des Deutschen Gewerkschaftsbundes – ich sage nicht allgemein den DGB-Gewerkschaften – geht es längst nicht mehr um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes, sondern um die Machtprobe, wer in diesem Staat bestimmt. Zum Regieren aber sind die Regierung und das Parlament berufen, auf Plätzen und Straßen wird in Deutschland keine Politik entschieden."

„Wir haben viel Einfluß, aber Überzeugung zählt"

Blüm ergänzte später, die bundesweiten Aktionen des 6. März seien die „größte Arbeiterverdummung der Nachkriegszeit". Die Feinde der Einheitsgewerkschaft säßen nicht in der CDU, sondern, in den Führungsetagen der IG Metall. Wer wie einige Führer der Gewerkschaften vorgehe, sagte Biedenkopf, habe das Recht verloren, überhaupt über sozialen Frieden zu sprechen.

Angesprochen darauf, daß die geeinte NRW-CDU ein sehr großer und bestimmender Block in seiner Partei *sei, sagte Biedenkopf*: „*Ich schiebe* die Macht nicht weg. Wir haben viel Einfluß. Aber wir werden nicht nach Blöcken gemessen, sondern nach Überzeugungen."



Wuermeling † Sein Engagement galt den Familien

Der frühere Minister für Familien- und Jugendfragen, der CDU-Politiker Franz-Josef Wuermeling, ist am Freitag abend im Alter von 85 Jahren gestorben. Die Amtszeit Wuermelings in Bonn von 1953 bis 1962 war vor allem von seinem Engagement für kinderreiche Familien geprägt. Mehrfach drohte der eigenwillige „Westfale aus Berlin" mit seinem Rücktritt, falls der die kinderreichen Familien bedrohende „Verbands- und Wirtschaftsegoismus" in der Bundesrepublik nicht beendet werde.

Sein Name steht für einen andauernden Kampf um eine Erhöhung des Kindergeldes – vor allem für das zweite und folgende Kinder. Dank seines Einsatzes können Jugendliche aus Familien mit mehr als zwei Kindern noch heute zum halben Preis mit der Bahn kreuz und quer durch die Bundesrepublik fahren.

Geboren wurde der Sohn eines höheren Beamten und Zentrumsabgeordneten am 8. November 1900 in Berlin-Charlottenburg. Seine politische Laufbahn begann der studierte Jurist und Volkswirt 1926. Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, würdigte Wuermelings „unermüdliches Engagement", das Maßstäbe gesetzt habe. Wuermeling habe aus christlicher Verantwortung heraus für die Familien gesorgt, erklärte Kohl in *Bonn.* „Seine prägende Kraft war und ist für die CDU Verpflichtung, im Einsatz für die Familien nicht nachzulassen." (DW.)

Kohl hält Plädoyer für kürzere Studienzeiten

Der Kanzler warnt auf RCDS-Kongreß vor Illusionen

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hält eine Verkürzung der Studienzeiten, aber auch der Ausbildungszeit an den Schulen in der Bundesrepublik Deutschland, auf Dauer für unvermeidlich. Vor der Bundesdelegiertenversammlung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) sagte der Kanzler am Wochenende in Bonn, er halte es für „keine sehr vernünftige Lösung", wenn junge ausländische Akademiker auf dem immer stärker zusammenwachsenden europäischen Arbeitsmarkt künftig mit 24 oder 25 Jahren nach dem Studium in den Beruf drängten, die deutschen Studenten aber auf Grund des längeren Bildungsganges bei uns erst mit 29 oder – wenn sie ihren Wehrdienst ableisteten – gar mit 30 Jahren so weit seien.

Mit Blick auf die Schaffung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 sei eine „europäische Konkurrenzsituation" unvermeidlich. Niemand solle sich allerdings der Illusion hingeben, warnte der Bundeskanzler, daß diese Entwicklung umkehrbar sei: „Der Zug fährt, und niemand wird ihn mehr aufhalten."

Der mit einer – beim RCDS seltenen – Zwei-Drittel-Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende des CDU-nahen Studentenverbandes Christoph Brand wertete diese Äußerung des CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlers als ein „Machtwort" an die eigene Partei, in der die zuständigen Experten dieses Theme nur sehr zögerlich angehen. Neben Brand wurde auch sein Stellvertreter Jürgen Erbach mit ähnlich gutem Ergebnis im Amt bestätigt. Seit 1974 wurde zum ersten Mal wieder eine Frau in den RCDS-Bundesvorstand gewählt: Die 24jährige Amrei Schulte-Kellinghaus.

Goldene Zeiten vorbei

Bundeskanzler Kohl warnte in seiner Rede auf dem Jubiläumskongreß des RCDS, bei dem an die Gründung im Jahre 1951 erinnert wurde, davor, sich der Illusion hinzugeben, daß die früheren goldenen Zeiten für Akademiker wieder herstellbar seien. „Ich sage es ganz deutlich: Niemand sollte der Illusion erliegen, daß ein Hochschulexamen automatisch hohes Einkommen oder Beamtenstatus garantiert." Man müsse sich auch fragen, ob die einseitige Ausrichtung auf Abitur und Studium nicht ein entscheidender Fehler der Bildungspolitik des vergangenen Jahrzehnts gewesen sei. Kohl kündigte an, daß seine Regierung versuchen werde, die noch lange nicht überwundene Akademiker-Arbeitslosigkeit mit einer Politik der kleinen Schritte, zum Beispiel konkreten Maßnahmen zur Nachwuchsförderung besonders qualifierter Studenten zu bewältigen.

Chancen für Techniker

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel, dem als ehemaliger Kultusminister seines Landes eine besonders hohe Kompetenz bescheinigt wird, stellte in seiner Rede auf dem RCDS-Kongreß am Sonntag fest, daß die Berufsaussichten für Jungakademiker nicht pauschal als schlecht bewertet werden dürften. Es gebe zahlreiche akademische Berufe, die besonders intensiv von der verbesserten Wirtschaftslage profitierten und auch auf längere Sicht hervorragende Berufsaussichten hätten. Vogel zählte hierzu vor allem naturwissenschaftlich-technische Berufe. Er verwies auf jüngste Aussagen der Bundespost und der Firma Siemens, daß sie von heute auf morgen jeweils mehr als 1000 Elektro- oder Elektronikingenieure einstellen könnten, wenn diese nur vorhanden wären. Auch EDV-Hersteller klagten über fehlende Fachleute mit akademischer Ausbildung. Zahlreiche Unternehmen suchten Wirtschaftsingenieure, ebenso der Maschinenbau qualifizierte Kräfte. Dagegen wird nach den Worten Vogels der öffentliche Dienst seine dominierende Position bei der Neueinstellung von Jungakademikern verlieren.

In der Diskussion mit dem Bundeskanzler rankte sich eine Vielzahl von Fragen um die BAföG-Kürzungen. Kohl machte hier deutlich, daß die kritisierte Umstellung von Voll-Darlehen für Studenten nicht wieder rückgängig gemacht werde. Weitere Fragen befaßten sich mit dem Anti-Semitismus-Vorwurf an die Union – dem Kohl energisch entgegentrat – und mit der Strategie im jetzt einsetzenden Bundestagswahlkampf.

Frauen fordern Gleichstellung in Parteien

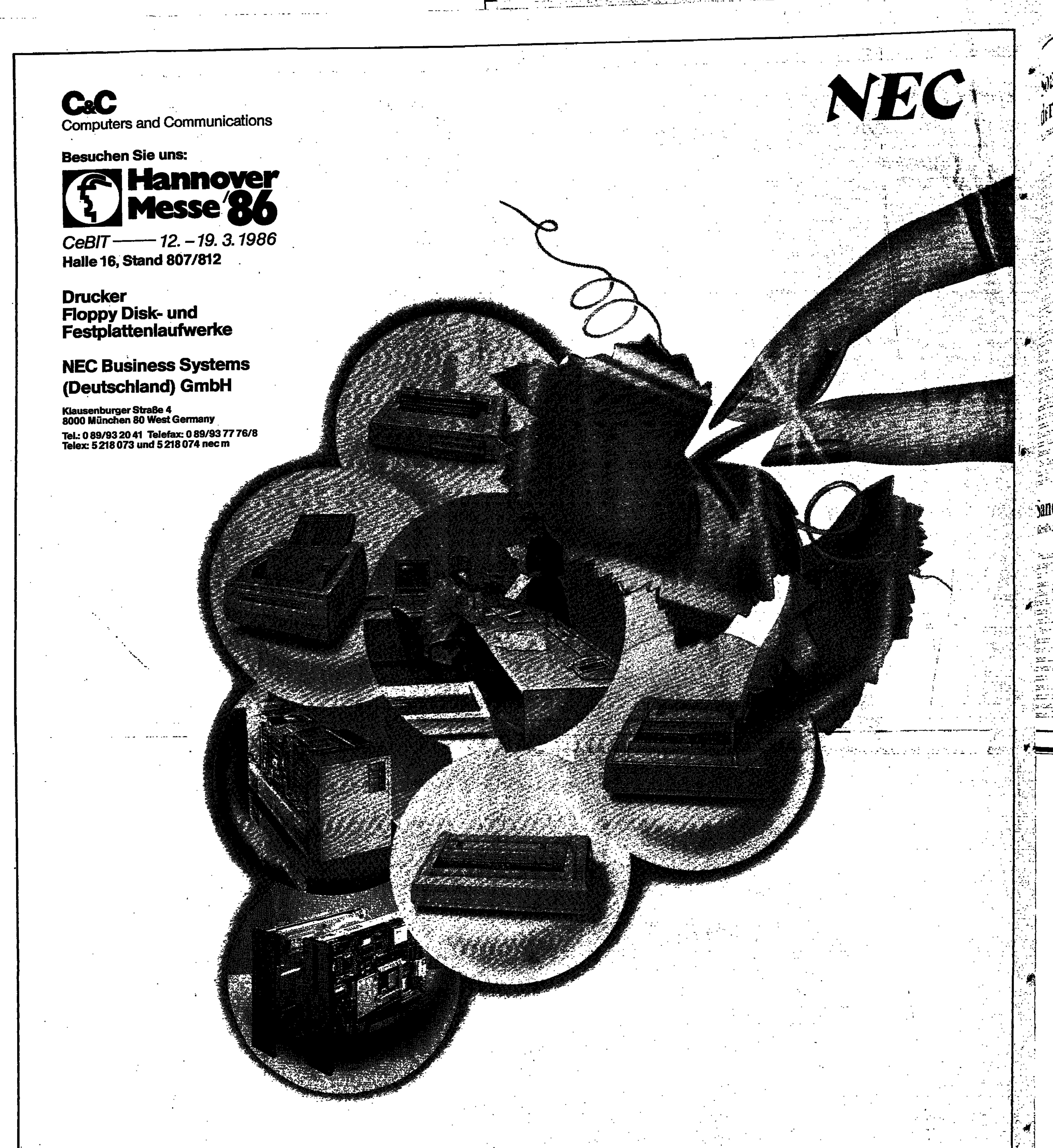
DW. Wiesbaden

Inge Wettig-Danielmeier, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), gab vor zu wissen, wie nach der rechtlichen auch die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau erreicht werden kann: „Wir brauchen andere Männer", erklärte sie anläßlich des Frauenfestivals „Die Zukunft ist weiblich" in Wiesbaden, und fügte hinzu: „Männer, die bereit sind, als Patriarchen abzutreten und als Demokraten anzutreten."

Mit zahlreichen Einzelveranstaltungen erinnerten die SPD-Frauen am Samstag in der hessischen Landeshauptstadt nicht nur an die Demonstrationen in Berlin vor 75 Jahren, bei denen das Frauenwahlrecht gefordert wurde, sondern auch daran, daß trotz der formalen Gleichstellung von Mann und Frau die Wirklichkeit oft anders aussehe. Die Frauen versteckten sich dabei nicht in einer Kongreßhalle, sondern gingen in die Wiesbadener Innenstadt, um ihre Ideen vorzutragen und zur Diskussion zu stellen. Mit einer „Frauenstraße" in der Fußgängerzone, Workshops und einem „Markt der Begegnungen" suchten sie das Gespräch mit den annähernd 4000 angereisten Parteigenossinnen, vor allem aber mit den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt.

Zu denen, die – wie es in einer Erklärung hieß – „ermutigt wurden, zum Frauentag zu kommen", gehörte auch SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau, der durch die „Frauenstraße" stapfte und Gespräche führte. Er habe, berichtete er, anschließend „Impulse für die Arbeit dieses Jahres" bekommen. Die Aktivitäten nannte er „sehr eindrucksvoll", hielt sich aber äußerst bedeckt, wenn er nach frauenpolitischen Aktivitäten im Falle eines Wahlsieges befragt wurde. Rau wollte auch nicht verraten, ob er auf Bundesebene ein Frauenministerium einrichten werde. Er wolle nicht mit Äußerungen über organisatorische Änderungen acht- bis neunmonatige Spekulationen über „Personen und Konstellationen" auslösen, lautete seine Begründung.

Durch die Diskussion zog sich wie ein roter Faden das Thema „innerparteiliche Gleichstellung". Mit Sonntagsreden wollen sich die SPD-Frauen nicht abspeisen lassen.



Produkte auf neuestem technologischen Stand, ein jederzeit überzeugendes Preis-/Leistungsverhältnis und absolute Zuverlässigkeit sind die Basis unseres Erfolgs. NEC Business Systems (Deutschland) GmbH wurde innerhalb kürzester Zeit zu einem führenden Unternehmen im Bereich effizient arbeitender Bürosysteme: z. B. Pinwriter mit 24-Nadel-Präzisionsdruckknopf, Laser-Drucker und Floppy Disk- sowie Festplattenlaufwerke. Auf der CeBIT '86 können Sie diese Geräte und eine Vielzahl weiterer Systeme aus dem Bereich „C & C Computers and Communications" genauestens unter die Lupe nehmen. Auf dem zukünftigen Stand der Technik. Bei NEC Business Systems (Deutschland) GmbH.

Früchte des Erfolgs.

Soares setzt auf die Hilfe der NATO-Partner

Internationaler Rahmen zur Amtseinführung / Druck der KP

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Portugals neu gewählter Staatspräsident, der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Mario Soares, beging seine Amtseinführung in einem *internationalen Rahmen, wie ihn die* portugiesische Geschichte bisher noch nicht erlebt hat. Begnügte man sich in den letzten fünfzig Jahren der Diktatur und der darauffolgenden Demokratie mit einer würdevollen Vereidigung im Parlament einschließlich Begrüßung des Diplomatischen Korps, so sollte dieses Mal im Rahmen eines Volksfestes „die ganze Welt" teilnehmen.

Es gab nur wenig Staats- und Regierungschefs in Ost und West sowie in der Dritten Welt, die nicht geladen waren. *Immerhin kamen Präsident* Mitterrand aus Frankreich, der amerikanische *Vizepräsident* George Bush, der Vizepräsident des Obersten Sowjets, Georgiu Orlow, sowie die Regierungschefs von Italien und Spanien, Craxi und González. Der Präsi*dent von Guinea-Bissau* traf ein und der Vizepräsident von Indien. Dazu kamen Minister aus dem fernen China und der Chef der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt. Die Bundesrepublik Deutschland wird durch Außenminister Hans-Dietrich Genscher vertreten.

Die Zeremonie der Amtseinfüh*rung steht im Zeichen innenpoliti*scher Hochspannung zwischen der bürgerlichen Regierung Cavaco Silva und dem sozialistischen, aber auch mit den Stimmen der Kommunisten gewählten Staatspräsidenten. Um einen Kurs der Mitte anzupeilen, hatte *Mario Soares auf die Teilnahme* der Präsidenten sämtlicher NATO-Staaten gesetzt. Wie aus Lissabon verlautet, erwarteten die meisten Verbündeten aber zunächst einmal ein paar handfeste Zeichen dafür, daß Mario Soares seine Präsidentschaft nicht als die einer *Volksfrontmehrheit* mißbrauchen lassen wird.

Tatsächlich verlangen die Kommunisten, deren „Hilfe" Soares bis zu dieser Wahl streng ablehnte, eine Verfassungsänderung, die eine Einmischung des Staatspräsidenten in die Regierungsgeschäfte vorsieht. Da die Kommunisten dem Präsidenten ihre *Stimmen aufzwangen, Mario Soares* also zum ersten Mal in den letzten zehn Jahren nicht gegen, sondern mit den Kommunisten ein Staatsamt errang, erwarten diese nunmehr eine Beteiligung an der Politik, deren Gestaltung nach der derzeitigen Verfas*sung aber allein dem Regierungsprä*sidenten zusteht. Soares erwies sich in der Vergangenheit als stark genug, um sich gegen den Druck der von Moskau wirksam gesteuerten kommunistischen Minderheit durchzusetzen. Unmittelbare Gefahren wie zur *Zeit der roten Militärregierungen* 1974/75 bestehen heute nicht. (SAD)

Erste Probleme für Frau Aquino

Behandlung von Kommunisten wird zur Streitfrage in Regierung / Generale unter Hausarrest

FRED de LA TROBE, Manila

Die von der philippinischen Präsidentin Corazon Aquino verfügte Freilassung von zwei ehemaligen Führern des kommunistischen Untergrunds ist für die neue Regierung in Manila zu einem heißen Eisen geworden. José Maria Sison, der Gründer der verbotenen KP des Landes, und der als „Kommandant Dante" bekannte Ber*nabe Buscayno* waren *unter Marcos* nahezu zehn Jahre in Einzelhaft.

Die Befürworter der Entlassung im linken Flügel der Regierung sind der Ansicht, daß sich bei der maoistischen Nationalen Volksarmee (NPA) eine neue, straffe Führungsstruktur gebildet habe. *Deshalb spiele es keine* Rolle, ob die beiden frei seien. Es sei sogar zu hoffen, daß der Anspruch der beiden auf ihre früheren Positionen die Führung der Kommunisten spalten werde.

Machtfrage

Bedenken gegen die Freilassung äußerten dagegen Verteidigungsminister Enrile und Generalstabschef *Ramos*, die eine Schlüsselrolle bei der Vertreibung von Marcos gespielt hatten. Sie befürchten eine demoralisierende Wirkung auf die Streitkräfte. Die beiden kommunistischen Führer waren unter großen Anstrengungen und Verlusten gefangengenommen worden. Vorsorglich wurden ein Dutzend Generale und andere hohe Offiziere unter Hausarrest gestellt.

Die Freilassung der Gefangenen war schon während des Wahlkampfes einer der wichtigsten Programmpunkte von Frau Aquino gewesen. Sie hatte daher dieses Thema zu einer Machtfrage hochstilisiert und mit ihrer Autorität als Regierungschefin verbunden. „Entweder respektieren sie meine Wünsche, oder sie müssen gehen", sagte sie über ihre Minister.

Bei der hohen Popularität von „Cory" Aquino, die von der „People's Power" an die Macht getragen wurde, hat bisher noch kein Regierungsmitglied offen gegen sie zu rebellieren gewagt. Auch Enrile und Ramos beugten sich der „zivilen Macht". Bei*de vermerkten aber ärgerlich, daß* niemand unter ihren Anhängern bei der Vergabe hoher Regierungsämter berücksichtigt wurde.

Die Mannschaft von Frau Aquino, die während des Wahlkampfes notgedrungen zusammengestanden hatte, strebt *immer* weiter *auseinander*. Es gibt einen linken, einen gemäßigten und einen rechten Flügel, die von Gewerkschaftern, *katholischen* Geistlichen, Unternehmern und Militärs gestützt werden. Das noch zusammenhaltende Band ist die moralische Au*torität der Präsidentin.*

Die Regierung will in Kürze eine „Kommission für die nationale Aussöhnung" bilden, welche mit der NPA über einen Waffenstillstand und eine Amnestie bei Ablieferung der Waffen und Verzicht auf Gewalt ver*handeln soll. Seitens der Guerrillas* verlautete, sie seien zu Gesprächen über eine Feuerpause bereit, eine *Übergabe ihrer Waffen käme aber* nicht in Frage. Die Präsidentin geht davon aus, *die meisten Rebellen* seien rechtschaffene Menschen, die nur gegen das Marcos-Regime gewesen seien, jetzt aber zu ihrem früheren Leben zurückkehren wollten.

KP gibt nicht auf

Während des Wahlkampfes hatte *Frau Aquino sogar erklärt,* sie wäre bereit, Kommunisten in die Regierung aufzunehmen, die der Gewalt abschwören. Davon ist jetzt allerdings nicht mehr die Rede, und auch eine Zulassung der verbotenen KP gilt gegenwärtig als unwahrschein*lich, da die Wirtschaft mit einem sol*chen Schritt verängstigt würde. Die KP verkündete außerdem am Wochenende, sie wolle den bewaffneten Kampf fortsetzen.

Verteidigungsminister Enrile nahestehende Kreise sind der Meinung: Wenn es zu Gesprächen zwischen Frau Aquino und NPA-Führern kom*men sollte, so würden die Unter*grundkämpfer eine Teilnahme an der Regierung fordern. Auch würden sie auf dem Abbau der amerikanischen Stützpunkte im Lande bestehen.

Die Guerrillas rechnen offenbar damit, daß die augenblickliche Popularität der Präsidentin in einigen Monaten schwinden und in Enttäuschung *über zu geringe Fortschritte* umschlagen wird. (SAD)

Guatemalas Präsident kämpft an vielen Fronten

Beispiellose Verbrechenswelle / Polizeitruppe aufgelöst

WERNER THOMAS, Miami

Als der junge christdemokratische Politiker Vinicio Cerezo Mitte Januar *das Präsidentenamt der mittelamerikanischen* Nation Guatemala übernahm, hat er „schnelle Schritte" zur Verbesserung der Menschenrechtssituation versprochen. Zwei Monate später sind die ersten Schritte getan: Der neue Staatschef ließ die berüchtigte Kriminalpolizei „DIT" auflösen und eine Kommission zur Klärung der Vermißtenschicksale bilden.

Die „Abteilung für technische Untersuchungen" (DIT) war seit vielen Jahren eine Zielscheibe der Menschenrechtsorganisationen. Sie wurde mit Tausenden Entführungen, Mordfällen und Folterungen in Verbindung gebracht. Vertraute des Präsidenten vermuten, daß DIT-Beamte auch einmal Cerezo ermorden wollten. Der christdemokratische Führer überlebte Ende der siebziger und Anfang der *achtziger Jahre drei Attentatsversuche.*

Den 600 Leuten des aufgelösten Sicherheitsapparates drohen Ermittlungen. Wenn ihnen ein Vergehen nachgewiesen wird, müssen sie vor Gericht. Vinicio Cerezo (43) konnte *diese Maßnahmen* ergreifen, weil die Polizisten nicht unter jenen Amnestie-Erlaß fallen, den die Militärregierung des Generals Mejia Victores noch kurz vor ihrem Rücktritt dekretierte. Das kontroverse Gesetz garantiert lediglich den Mitgliedern der Streitkräfte und der Guerrilla-Gruppen Straffreiheit für politische Delikte der Vergangenheit.

Amnestie für alle

Der Präsident möchte an dieser *Amnestie nicht rütteln, obgleich die* linksgerichtete Menschenrechtsorganisation „Gruppe der gegenseitigen Hilfe" (GAM) Druck ausübt. „Wir waren vor die Wahl gestellt, beide Seiten zu amnestieren oder die Konfrontation fortzusetzen", erläuterte er. Man *könne nicht den marxistischen Re*bellen vergeben und Armee-Offiziere ins Gefängnis schicken.

Nachdem Cerezo 300 Familienmitglieder verschwundener Personen im Präsidentenpalast empfangen hatte, verkündete er die Bildung der Vermißtenkommission. Die GAM-Vertreter präsentierten ihm eine Liste *mit 959 zwischen 1980 und 1985* registrierten Fällen. Sie nannten weiter die Namen von 100 dafür verantwortlich gemachten Militärs und Polizisten. Cerezo stellte klar: „Die Kommission wird lediglich das Schicksal dieser Menschen klären."

Die „Gruppe der gegenseitigen Hilfe" hofft jetzt auf die Unterstützung der Justiz bei der Verfolgung politischer Verbrechen. Edmundo Vazquez Martinez, der frühere Rektor der San-Carlos-Universität und neue Präsident des Obersten Gerichtsho*fes, zählte einst zu den schärfsten Kri*tikern der Militärherrschaft. Wenn die Justiz tatsächlich Ermittlungen aufnimmt, droht ein Verfassungskonflikt.

Waffenstillstand?

In Guatemala sind die Probleme der Vergangenheitsbewältigung *komplizierter als in Argentinien,* wo neun Mitglieder ehemaliger Militärregierungen wegen Menschenrechtsdelikten vor Gericht standen (fünf erhielten Gefängnisstrafen). Wurden in Argentinien Ende der siebziger Jahre 10 000 bis 15 000 Personen Opfer poli*tischer Gewalt, reichen die Schätzun*gen in Guatemala bis zu 30 000 – im Zeitraum der letzten 30 Jahre. Während die GAM nur die Armee und rechte Killerkommandos beschuldigt, erinnert Cerezo daran, daß auch marxistische Partisanen morden.

Der blutige Guerrilla-Krieg ging nach dem Machtwechsel am 14. Januar weiter. Letzte Woche verkündete jedoch die „Nationale Guatemaltekische Revolutionsvereinigung" (URNG), die Dachorganisation der marxistischen Rebellenverbände, einen zweijährigen Waffenstillstand.

Die Regierung hat Probleme an *vielen Fronten: Die Auflösung* des DIT-Apparates und die verschärften Haftvorschriften führten zu einer beispiellosen Verbrechenswelle. Die Medien melden mehr Morde und Raubüberfälle als je zuvor. Viele Guatemalteken befürchten anarchistische Verhältnisse, bevor sich die *Situation* wieder normalisiert. Auch deshalb, weil viele arbeitslose Kripo-Beamte mittlerweile ebenfalls vom Verbrechen leben.

Die Sicherheitskräfte sind überfordert: Guatemala-Stadt, zwei Millionen Einwohner, wird nur von 1600 Polizisten geschützt, denen 26 einsatzbereite Streifenwagen *zur Verfügung* stehen.

Sandino-Enkel für Reagan

„Großvater würde gegen sowjetischen Einfluß kämpfen"

tho, Miami

Präsident Reagan hat für seine Politik gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua ungewöhnliche Rückendeckung erhalten. Der Sandino-Enkel Aristides Pavon appellierte an den Kongreß, den Contras die umstrittene Unterstützung von 100 Mil*lionen Dollar zu gewähren.*

„Wäre mein Großvater noch am Leben, dann würde er gegen den kubanischen und sowjetischen Einfluß in meinem Land kämpfen", sagte Pavon am vergangenen Wochenende in Washington. „Jene Mitglieder des Kongresses, die diese Hilfe ablehnen, kennen nicht die Situation in Nicaragua. *Sie wissen nicht, was dort wirklich* geschieht. Der Kommunismus breitet sich aus wie ein Ölfleck. Es ist sehr wichtig, daß die Nordamerikaner ihre Augen öffnen, bevor der Kommunismus die Grenzen Mexikos erreicht."

Augusto Cesar Sandino hatte Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre einen Guerrilla-Krieg gegen amerikanische Marineinfanteristen *geführt. Er wurde 1934 auf Befehl* des späteren Diktators Anastasio Somoza Debayle ermordet.

Der in den Vereinigten Staaten lebende Pavon glaubt, daß US-Truppen heute im Gegensatz zu damals von der Bevölkerung mit offenen Armen empfangen würden. „Die Menschen Nicaraguas sehnen ein Ende *dieser angeblich sandinistischen* Regierung herbei."

Papandreous taktischer Zug nach links

E. ANTONAROS, Athen

Griechenlands sozialistischer Ministerpräsident Andreas Papandreou, von einer Protestwelle gegen seine rigorose Sparpolitik und seinem linken Parteiflügel arg bedrängt, hat am Wochenende die Flucht nach vorne angetreten und eine völlig unerwartete Öffnung zu den beiden kommunistischen Parteien vollzogen.

Während einer vielbeachteten Sitzung des Zentralkomitees seiner Pasok-Partei forderte Papandreou die moskautreue KP und die Eurokommunisten auf, „den Weg zur sozialistischen Transformation Griechenlands gemeinsam mit den regierenden Sozialisten zu beschreiten". Alle „fortschrittlichen Kräfte" *müßten zusammenarbeiten*, um die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der „Wirtschaftsoligarchie" durchzusetzen.

Sein *Angebot an die kommunistischen* Parteien, die sich seit der Einführung der Austerity-Politik im Oktober 1985 zum schärfsten Widersacher der regierenden Sozialisten entwickelt haben, schloß allerdings aus, daß im Rahmen dieser Zusammenarbeit *Kommunisten* in sein Kabinett aufgenommen werden könnten. Ihm gehe es um eine Kooperation auf Basis-Ebene. Durch die Öffnung zu den Kommunisten verspricht sich Athens starker Mann, die Kommunisten in eine Art loser Zusammenarbeit einzubinden und ihnen dadurch die Möglichkeit zu nehmen, gegen ihn auf *Schritt und Tritt zu polemisieren.* Dadurch könnte Papandreou ungehindert seinen radikalen Sanierungskurs in der Wirtschaft verfolgen. Andererseits will er seinen aufmüpfigen linken *Parteiflügel* durch linkslastige Äußerungen beschwichtigen und *ihm vor Augen führen, daß er einer* Verständigung mit den Linksparteien keineswegs abgeneigt ist.

Papandreou setzt gelegentlich die *Maske* der Toleranz auf, um seinen unzufriedenen Genossen in kritischen Augenblicken die *Illusion* zu geben, daß sie ihn zurückpfeifen und die Regierungspolitik mitgestalten können. Auch diesmal geht es ihm vor allem darum, daß seine Partei angesichts der wichtigen Kommunalwahlen im Herbst zusammenhält und *diesen wichtigen Popularitätstest* ohne Blessuren besteht. (SAD)

Am 6. März 1986 verstarb nach schwerer Krankheit

Siegfried Ehlers

Vorsitzender des Konzern- und Gesamtbetriebsrats der Volkswagen AG
Betriebsratsvorsitzender des Volkswagenwerkes Wolfsburg
Mitglied des Aufsichtsrates der Volkswagen AG
Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Commendatore al Merito della Repubblica Italiana

Siegfried Ehlers, gelernter Schlosser, gehörte dem Unternehmen seit 1949 an und war seit 1953 Mitglied des Betriebsrats. 1971 wurde Siegfried Ehlers zum Vorsitzenden des Betriebsrats des Werkes Wolfsburg, 1972 zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden und 1974 zum Konzernbetriebsratsvorsitzenden gewählt. Bereits seit dem Jahr 1958 vertrat Siegfried Ehlers die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat des Unternehmens.

Mit Siegfried Ehlers verliert der Volkswagen-Konzern eine seiner herausragenden Persönlichkeiten. Er hat sich mit beispielhaftem Verantwortungsbewußtsein und großem Erfolg in jahrzehntelangem unermüdlichen Engagement für die Belegschaft eingesetzt. Sein Lebensziel war die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die stetige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer sowie ihrer Familien an allen in- und ausländischen Standorten des Volkswagen-Konzerns. Siegfried Ehlers hat die Interessen der Belegschaft und die wirtschaftlichen Belange des Unternehmens gleichermaßen berücksichtigt. Seine Fähigkeit zur Verständigung und sein Eintreten für den sozialen Frieden waren richtungweisend über Volkswagen hinaus.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Aufsichtsrat, Vorstand, Konzernbetriebsrat, Gesamtbetriebsrat und Belegschaft
der
VOLKSWAGEN AKTIENGESELLSCHAFT

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 13. März 1986, um 11.00 Uhr im Volkswagenwerk Wolfsburg, Halle 11, statt.

Anstatt zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende zugunsten der Lebenshilfe e. V., Bank für Gemeinwirtschaft, Wolfsburg, Konto-Nr. 11 954 445, Bankleitzahl 269 110 11.

Vorwurf „Spitzelstaat" haltlos. Der Datenschutz bleibt gewahrt

„Die Sicherheitsgesetze lassen den beliebigen Austausch von Daten zwischen den Behörden nicht zu"

Von W. SCHRECKENBERGER

In der Öffentlichkeit werden die Gesetzesvorlagen der Bundesregierung, die dem Datenschutz vor allem im Sicherheitsbereich dienen, heftig diskutiert. Die Kritik drückt entweder ein allgemeines Unbehagen an der behördlichen Speicherung von Informationen über Personen aus oder richtet sich gegen einzelne Regelungen, weil sie *unzweckmäßig* oder zu weitgehend seien. Die grundlegende Problematik gerät aus dem Blick.

Die Gesetzentwürfe sehen die Änderung von vier geltenden Gesetzen (des Bundesdatenschutzgesetzes, des Verwaltungsverfahrensgesetzes, des Bundesverfassungsschutzgesetzes und des Straßenverkehrsgesetzes) und die Regelungen für zwei neue Gesetze (das Zusammenarbeitsgesetz und das Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst) vor. Dazu kommen die vom Bundestag verabschiedeten Gesetze über einen fälschungssicheren und maschinenlesbaren Paß und Personalausweis.

Den entscheidenden Anstoß für die datenschutzrechtlichen Regelungen gab das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983, das für den behördlichen Umgang mit personenbezogenen Daten grundlegende Maßstäbe aufgestellt hat, die allerdings durch die Postulierung eines allgemeinen Grundrechts auf „informationelle Selbstbestimmung" wieder verdunkelt werden. Das Urteil verweist auf *die Gefahren, die vor allem durch die* modernen Informationstechniken hervorgerufen werden. Sie lösten die Befürchtung aus, daß die rasche Verfügbarkeit von Daten den einzelnen einer umfassenden staatlichen Kontrolle unterwerfen könne. Der Datenschutz wird aus dieser Sicht zu einem Problem, nachteilige Technikfolgen abzuwenden. Sieht man im Datenschutz vor allem den Schutz der Anonymität, so hat die moderne Gesellschaft dem einzelnen ein größeres Stück privater Freiheit gebracht.

Probleme der Behörden mit der Anonymität

Für die Behörden hat die Zunahme der Anonymität große Probleme geschaffen. Dies nutzt vor allem die organisierte, großflächig operierende Kriminalität aus. Sie versucht, im Medium der Anonymität unterzutauchen. Die Anonymität der Massengesellschaft macht es notwendig, auch personenbezogene Daten massenweise *im Rahmen von bürokratischen* Verfahren zu gewinnen und zu verarbeiten. Die zuständigen Behörden erwerben dadurch einen Datenbestand, der nach Organisation und Zielsetzung der Behörden nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich ist. Sie schafft damit eine eigene „behördeninterne" Öffentlichkeit. Es ist sehr wichtig, diese Unterscheidung zu treffen. Denn für den einzelnen können von den verschiedenen Formen von „Öffentlichkeit" sehr unterschiedliche Gefahren ausgehen.

Die größte Gefährdung ist hier in der Schwelle zur allgemeinen Öffentlichkeit zu sehen. Ist sie nicht hoch genug oder ist nicht hinreichende Vorsorge für eine Abschottung nach außen getroffen, können Daten der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich werden, die geeignet sind, soziale Vorurteile *auszulösen oder zu festigen*.

Eine andere Gefahr liegt in der *Integration von* behördlichen Datenbeständen. Sie kann den Behörden eine unzulässige oder übermäßige Kontrolle über den einzelnen eröffnen. Beim Datenschutz verbinden sich demnach vor allem zwei Aspekte:

– einmal Schutz vor einer unkontrollierten Datenverarbeitung, die in der Öffentlichkeit zur sozialen Deformation des einzelnen führen kann,

– zum anderen Schutz vor einer behördeninternen Öffentlichkeit, die sich über solche Daten eine unver*hältnismäßige Kontrollmöglichkeit* über den einzelnen verschafft.

Der Sicherheit gerecht werden

Die Gesetze und Gesetzesvorlagen verfolgen das Ziel, sowohl den Erfordernissen der Sicherheitslage als auch den gestiegenen Anforderungen an den Datenschutz gerecht zu werden. Das Schwergewicht liegt jedoch in der Verschärfung datenschutzrechtlicher Regelungen.

So wird zum Beispiel das Erfordernis der Zweckbindung von personenbezogenen Daten in allen gesetzlichen Regelungen verschärft, das Auskunftsrecht des einzelnen erweitert, das Recht des einzelnen auf Löschung von Daten verstärkt, die Zu*lässigkeit für automatisierte* Abrufverfahren präziser festgelegt. Die Kontrollbefugnisse des Bundesdatenschutzbeauftragten werden verstärkt und ausgedehnt. Auch die Befugnisse der Aufsichtsbehörden werden erweitert.

Eine besondere Rolle spielt die Übermittlung personenbezogener Daten von Behörde zu Behörde. Die verbreitete Kritik, daß Daten praktisch beliebig ausgetauscht werden könnten, ist unzutreffend. So ist es notwendig, daß die übermittelten Daten der jeweiligen Zweckbestimmung der Behörde entsprechen. Sind Daten ohne diese Voraussetzungen übermittelt worden, so hat die empfangende Behörde die Daten zu vernichten. Sehr eingeschränkt ist auch die Möglichkeit des direkten Zugriffs auf den Datenspeicher einer anderen *Behörde durch automatisierte* Verfahren. So soll künftig die gemeinsame Datenspeicherung vom Militärischen Abschirmdienst und Bundesamt für Verfassungsschutz und damit eine direkte Abrufbarkeit von Daten nicht mehr zulässig sein. Weiterhin gibt es einschränkende Bedingungen für die Datenübermittlung zwischen Polizei und den Nachrichtendiensten. Übermittlungen ohne Ersuchen sind nur in Bereichen mit einem höheren Gefährdungsgrad, der Spionage und dem Terrorismus, zulässig.

Für die Ersuchen der Nachrichtendienste an die Grenzpolizei wird zusätzlich gefordert, daß die oberste Dienstbehörde je nach Erhebungsart vorher zustimmt oder eine Dienstanweisung *erläßt. Schließlich ist* über die Dienstanweisung und ihre Änderungen die Parlamentarische Kontrollkommission zu unterrichten. Die Datenübermittlung ist in diesem Fall einer rechtlichen, innerdienstlichen und besonderen parlamentarischen Kontrolle unterworfen.

Ein besonderes Gewicht haben die Regelungen über das Verhältnis von Polizei und Nachrichtendiensten sowie über den Einsatz nachrichtendienstlicher – das heißt geheimer Mittel – *für die Erhebung von Informationen* über Personen. Es gilt für die Nachrichtendienste das uneinge*schränkte Verbot, personenbezogene* Daten mit Hilfe polizeilicher Mittel zu gewinnen. Es bleibt bei der organisatorischen und administrativen Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten.

Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel für die Informationsgewinnung ist an strenge Voraussetzungen gebunden. Es kann keine Rede von einem Spitzelstaat sein. Es gilt auch hier das Prinzip der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, das den Gebrauch *nachrichtendienstlicher* Mittel erheblich einschränkt.

Der Entwurf des Zusammenar*beitsgesetzes, der die Zusammenar*beit von Nachrichtendiensten und im Sicherheitsbereich tätiger Behörden regelt, enthält zum ersten Mal Vorschriften über die Aufgaben und Befugnisse des Bundesnachrichtendienstes.

Eine Grundlage für die Datenübermittlung

Fassen *wir* den *gesetzgeberischen* Zweck zusammen, so wird deutlich, daß die Gesetzentwürfe alle bisher entwickelten rechtsstaatlichen Mittel einsetzen, um den Datenschutz zu gewährleisten. Das Zusammenarbeitsgesetz wird zum ersten Mal eine gesetzliche Grundlage für die Übermittlung personenbezogener Daten zwischen den Nachrichtendiensten und anderen im Sicherheitbereich tätigen Behörden schaffen. Es wird jedoch keinen allgemeinen Datenverbund geben. Vielmehr ist jede Behörde zugleich eine Kontrollinstanz, aber auch Kontrollgegenstand als Stelle der Datenverarbeitung.

Das Gesetzgebungswerk legt Grundlagen für die Arbeit unserer *Behörden im Sicherheits- und Auf*klärungsbereich fest. Die lange und intensive Vorbereitung der Gesetzesvorlagen hat sich sehr eingehend – vor allem mit der Datenschutzproblematik – befaßt. In der öffentlichen Diskussion sind die Sicherheitserfordernisse gar hinter die Fragen des Datenschutzes zurückgetreten. Daß die Sicherheit des einzelnen und der Gemeinschaft ohne soziale Beschränkungen zu erhalten sei, ist eine gefährliche Illusion.

Professor Waldemar Schreckenberger ist Staatssekretär im Bundeskanzleramt

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Riesenhaftes Ruhrgebiet"

„128 Bullen, aber ich lebe vom Holz aus dem Wald"; WELT vom 4. März

Sehr geehrte Herren,

so wie den Bauern ist noch keiner anderen Berufsgruppe in unserem Staate mitgespielt worden. Die agrarpolitische Flickschusterei geht weiter. Millionen Altbauern sind Sozialfälle geworden.

Und wer trägt die Hauptschuld an dieser Entwicklung? Sicco Mansholt und seine deutschen Plan-Strategen, die die landwirtschaftliche Erwerbsbevölkerung im letzten Jahrzehnt noch einmal halbiert und die Betriebsgrößen umstrukturiert und industrialisiert haben.

Der deutsche Bauernverband – von Rehwinkel bis Heereman – war leider unfähig, diese schlimme Entwicklung zu stoppen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß viele Bauernführer nur ihre eigene Sache im Auge hatten.

Der Mann, der diese Entwicklung vor 30 Jahren klar vorausgesehen und exakt vorausgesagt hat, war der verstorbene deutsche Agrarexperte Staatssekretär a. D. Hansjoachim von *Rohr. Noch heute lohnt es sich*, die von ihm herausgegebenen „Stimmen zur Agrarwirtschaft" zu lesen.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Asendorf,
Thedinghausen

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor *zehn Jahren vertrat* ein Ingenieur die Auffassung, daß mit dem weiteren Wachstum der Wirtschaft die Rheinebene von Basel bis Mainz für die totale Industrieansiedlung freigegeben werden müsse. Sein Vorschlag ist heute keine Utopie mehr, sondern wird vielleicht zur Realität werden. Die Bundesregierung rechnet damit, daß in den nächsten fünf Jahren 60 000 landwirtschaftliche Betriebe mit 900 000 ha ihre Produktion einstellen werden. Dabei wird es aber *kaum bleiben. Denn die Bundesregie*rung wird meines Erachtens ihr Werk unter dem Druck der Auslandskonkurrenz und der EG fortsetzen und den weiteren Abbau unserer tausendjährigen Landwirtschaft forcieren. Das bedeutet, daß bei uns ein riesenhaftes „Ruhrgebiet" entstehen soll.

Schwerwiegend sind die ökologischen Folgen. Mit der Beseitigung der Landwirtschaft entfallen die ernährungspolitischen Schranken, weshalb unser gesamtes Siedlungsgebiet dann für die *Errichtung von* Straßen, Eisenbahnen, Fabriken, Flughäfen, Kernkraftwerken usw. zur Verfü*gung steht. Ohne die natürlichen* Zwänge wird daher unsere Erholungslandschaft aufgezehrt sein. Der Mensch aber bleibt auf der Strecke.

Dr. Rüdiger Ackermann,
Weinheim

Rechtsproblem

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter der Überschrift „Freibrief für Verführer?" äußerte sich Peter R. Hofstätter in der WELT vom 1. März zur Forderung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (AsJ) bezüglich der Reform des Paragraphen 175 StGB.

Dem Artikel ist eine grundsätzliche Einstellung zur Homosexualität zu entnehmen, die so nicht mehr im privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Bereich vertreten wird. Als Beispiel sei hier der Beschluß des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen vom 3. Oktober 1984 (Az.: VIII ARZ 2/84 in Neue Juristische Wochenschrift 1985 s. 130) angeführt, in dem das Zusammenleben von Personen gleichen Geschlechts in einer eheähnlichen Gemeinschaft nicht mehr als sittlich anstößig angesehen wird.

Demgegenüber erscheint es merkwürdig, wenn der Autor versucht, zur Frage des Paragraphen 175 StGB die Aids-Problematik hineinzuweben, die primär nichts mit Homosexualität, sondern mit häufig wechselndem Geschlechtsverkehr zu tun hat.

In dieselbe Richtung weist Hofstätters Wertung, daß es doch seltsam sei, daß ältere Homosexuelle seit jeher eine Vorliebe für ganz junge Partner zu haben scheinen. Seltsam finde ich dabei, daß Hofstätter nicht dann auch die Vorliebe älterer heterosexueller Männer für ganz junge Mädchen erwähnt, die ihren Ausdruck doch im Prostituierten-Milieu findet.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Oberkötter,
Münster

Renten-Raub

Ich verstehe nicht das Rätselraten der führenden CDU-Politiker um den Wahlausgang in Schleswig-Holstein. Seit der ersten Bundestagswahl 1949 verfügt die CDU über ein stabiles Potential treuer Wähler. Das sind die Rentner. Nun mutet die CDU dem Rentner Opfer zu, für die er kein Verständnis hat. Die Vokabel „Rentenraub" ist *unüberhörbar*.

Die Bundestagsabgeordneten erhöhten sich die Diäten just in dem Moment, als Rentenkürzungen ins Haus standen. Die für dieses Jahr in Aussicht gestellten Renten-„Erhöhungen" werden um die – ebenfalls erhöhten – Krankenkassenbeiträge geschmälert.

Nun weiß man in der CDU-Führung: Die Rentner gehen nicht in Massen auf die Straße. Die Rentner reagieren *mit Stimmenthaltung. Die* jüngste Stimmungsanalyse, mit der Emnid 61 Prozent Bundesbürger als *potentielle CDU-Wähler zur Bundes*tagswahl ermittelt hat, ist nicht einmal mehr als Theorie brauchbar.

Hans-Georg Uhl,
Bonn 2

Wort des Tages

„Deutschland ist wie ein schöner, weidlicher Hengst, der Futter und alles genug hat, was er bedarf. Es fehlt ihm aber an einem Reiter."

Martin Luther, (1483 – 1546)

Scharfmacherei

Bei der Diskussion des Paragra*phen 116 geht es doch nur darum*, daß zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit die Streikkassen gefüllt bleiben. Der leistungsorientierte Facharbeiter weiß doch hoffentlich schon längst, daß ihn persönlich die Änderung des Paragraphen 116 überhaupt nicht betrifft.

Bei der Scharfmacherei durch die Gewerkschaft gerät die erfolgreiche Wirtschaftspolitik bei den Wählern unter die Räder.

Wie sähe denn die Gewerkschaft *aus, wenn sie nach* Feierabend zu einer Demonstration aufrufen würde? Bestimmt kommen da nur zehn Prozent von denen hin, die jetzt kommen.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph A. Weidlich,
Berlin 36

Die Gewinner

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Bonn, veröffentlichte ein Buch von Meinhard Miegel „Die verkannte Revolution", mit dem Nachweis, daß die Beamtenhaushalte in den letzten zehn Jahren die eindeutigsten Vermögens- und Einkommensgewinner sind.

Die Forderung des Deutschen Beamtenbundes nach einer Erhöhung der Besoldungen um sechs Prozent und der Rücknahme „ungerechtfertigter Sparmaßnahmen" ist daher völlig unverständlich, zumal die ÖTV *bereits 3,5 Prozent akzeptierte*.

Schon jetzt werden vergleichbare Angestellte in der Wirtschaft durch ständig steigende Sozialabgaben und hohe Beiträge für Krankheits- und Altersvorsorge von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes der höheren und gehobenen Laufbahn überflügelt. Auch die Steuerentlastungen kommen primär dem öffentlichen Dienst zugute, deren Angehörige weitgehend von allen Leistungen für den Sozial- und Gesundheitsbereich einschließlich der beitragsfreien Alterssicherung befreit sind.

Der Besoldungsschub im öffentlichen Dienst von 1983 bis 1987 beläuft sich auf rund 20 Milliarden Mark und absorbiert voll die geplante „Größte Steuerentlastung seit der Währungsreform".

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Behrendt,
Bendestorf

Schwerwiegend

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ist es, so fragt man sich, gerechtfertigt, daß eine Einzelperson den Bundeskanzler in ein Strafverfahren verstricken *kann und damit* schwerwiegende Folgen für Staat und Volk herbeigeführt werden können? Die Wei*marer Verfassung* bestimmte in ihrem Art. 59, daß nur der Reichstag mit qualifizierter Mehrheit berechtigt war, den *Reichspräsidenten, den* Reichskanzler und die Reichsminister vor dem damaligen Staatsgerichtshof anzuklagen, wenn sie schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt hatten. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland beschränkt das Anklagerecht des Bundestages (oder des Bundesrates) in Art. 61 leider nur auf den Bundespräsidenten. Die Vorkommnisse der letzten Zeit geben Anlaß, darüber nachzudenken, ob diese Einschränkung gegenüber der Weimarer Verfassung weise und gerechtfertigt ist.

Völlig unverständlich ist aber die Einschränkung im Grundgesetz, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die einem Minister versagte Immunität jedem Abgeordneten zugebilligt worden ist. Diese Einschränkung im Vergleich zur Reichsverfassung ist nicht nur unzweckmäßig, sondern auch gefährlich, indem durch sie eine konsistente Regierungsarbeit beeinträchtigt, wenn nicht sogar torpediert wird. Der Bundestag sei aufgerufen, das Grundgesetz in diesem Punkte zu ändern.

Dr. jur. Horst Brenning,
Hamburg 52

*

„Wie leicht es sein kann, Politiker anzuzeigen"; WELT vom 5. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem Beitrag fragt Enno v. Loewenstern, wie vermutlich viele Bürger, ob es in Sachen Kohl und Brandt wieder so kommt wie bei Matthöfer und Graf Lambsdorff, wo *bei gleicher* Beweislage das Verfahren gegen den SPD-Mann eingestellt und der Vertreter der bürgerlichen Partei angeklagt wurde.

Der überwiegenden Mehrheit der Staatsanwälte kann man gewiß nicht unterstellen, mit Leuten wie Schily – der Historiker Golo Mann: Schily ist ein Robespierre – gemeinsame Sache zu machen oder mit zweierlei Maß zu messen.

Angesichts gewisser Vorkommnisse in Verbindung mit der sogenannten Parteispendenaffäre kann ich jedoch mich des Eindrucks nicht erwehren, daß einige ehemalige Mitstreiter Rudi Dutschkes aus APO-Zeiten auf dem „Marsch durch die Institutionen" ihr Ziel erreicht zu haben scheinen.

Es sei noch daran erinnert, daß der ehemalige SPD-Schatzmeister Professor Friedrich *Halstenberg auf die* Frage eines Journalisten, was er von der Anzeige Schilys gegen den Bun*deskanzler halte, erklärt, diese Unsit*te der politischen Anzeige sei besonders gefährlich für unseren Staat und Staatsanwälte dürften sich nicht zu Bütteln der Politiker machen lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Paul Voelker,
Hildesheim

Nachfrage

Im Auftrage der „US Coast Guard", des Küstenschutzes der USA, wird zur Zeit ein Buch zusammengestellt über das Segelschulschiff „Eagle", *das von 1936 bis 1945 unter dem Na*men „Horst Wessel" der deutschen Kriegsmarine als Segelschulschiff ge*dient hat. Da ich als Kadett Anfang* 1944 auf der „Horst Wessel" in Danzig diente und auch mein Logbuch über den *Krieg hinaus gerettet habe*, wurde ich über das Bordleben im Jahre 1944 befragt. Leider herrscht noch Unklarheit darüber, wo das Schiff in den Jahren 1939 bis 1944 gelegen und wozu es gedient hat, und wann es und unter welchen Umständen Danzig verlassen hat.

Sollte sich unter Ihren Lesern noch jemand befinden, der Auskunft darüber geben könnte?

Tido Holtkamp,
4 Case Circle
West Simsbury, CT 06092,
USA

Personalien

EHRUNG

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat einen japanischen Unternehmer mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Den Orden erhielt **Akira Murata**, Präsident der Murata Manufacturing Ltd. Der Bundespräsident würdigte die großen Verdienste des Japaners, der erhebliche Investitionen in der Bundesrepublik, und zwar speziell im fränkischen Raum, vornahm und für die Schaffung einer Vielzahl von Arbeitsplätzen sorgte. Der Industrielle ist heute der weltweit größte Produzent von passiven elektronischen und keramischen Bauelementen und damit ein unentbehrlicher Zulieferer für die gesamte Elektronik-Industrie. Seine Europa-Zentrale befindet sich in Nürnberg. Weitere Betriebe sind in Ansbach.

ERNENNUNGEN

Neuer Missionschef der deutschen Botschaft im afrikanischen Staat Zaire wird **Dietrich Venzlaff**, der bisher im Auswärtigen Amt das Referat für West- und Zentralafrika leitete. Der Berliner, Jahrgang 1928, studierte Anglistik, Romanistik und Volkswirtschaft auf den Universitäten Paris und Göttingen. 1960 trat er ins AA ein. Zu seinen Auslandsposten gehörten Kabul, das Generalkonsulat in New Orleans und das Generalkonsulat in Madras. 1978 wurde Dietrich Venzlaff Ständiger Vertreter des Botschafters in Addis Abeba. Deutscher Botschafter war damals **Rüdiger von Pachelbel**. 1982 kam Venzlaff in das Auswärtige Amt zurück. Die von ihm seitdem geleitete West- und Zentralafrika-Abteilung wird voraussichtlich in Kürze **Harald Ganns** übernehmen; zur Zeit ist Ganns noch Botschafter in *Jaunde*.

*

Dr. **Hilmar Kaht** wird deutscher Botschafter in Tschad. Der Diplomat war zuletzt Vertreter des Botschafters in Madagaskar. Hilmar Kaht wurde 1941 in Magdeburg geboren. Er studierte Volkswirtschaft und *ging 1971* in den Auswärtigen Dienst. Zu seinen Auslandsposten gehörten Moskau und Rabat. Für Botschafter Kaht dürfte die neue Aufgabe nicht leicht sein. Der Posten in Tschad, einem afrikanischen Staat, in dem Bürgerkrieg herrscht, gilt als turbulent für alle europäischen Diplomaten. Die Franzosen besitzen in Tschad zur Zeit eine Eingreif-Reserve. Vorgänger von Hilmar Kaht in Tschad war Dr. **Hans-Joachim Heldt**, der jetzt die Abteilung „Terrorismus-Fragen" innerhalb der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes übernahm.

*

Kapitän zur See **Immo von Schnurbein** wird der achte Kommandant des Segelschulschiffes „Gorch Fock". Bisher war Schnurbein Kommandeur des in Kiel stationierten Ersten Versorgungsgeschwaders. Er übernimmt jetzt den Posten des bisherigen Kommandanten des Schulschiffes, Kapitän zur See **Nickels Peter Hinrichsen**. Die „Gorch Fock" war von der Bundesmarine vor fast 28 Jahren in den Dienst gestellt worden. Ihr neuer Kommandant kennt das Schiff „von Rekrutenbeinen" an. Drei Monate seiner Grundausbildung hat er auf dem berühmten Segler verbracht. In den *siebziger* Jahren wurde er Segeloffizier und Erster Offizier der „Gorch Fock". Von Schnurbein, 47 Jahre alt, wurde in Bayern geboren. Zu seinen Hobbys zählt heute auch Tauchen.

Ein lasterhaftes Ereignis in Bildern und Sprechblasen: Kater Garfield und sein Schöpfer Jim Davis

Die Faszination von Croissants und Lasagne

An diesem Kater führt kein Weg vorbei. Er prangt in Deutschlands Kaufhäusern auf T-Shirts, Heften, Glückwunschkarten, Badetüchern, und es gibt ihn natürlich als Plüschtier: Garfield, jene lasterhafte amerikanische Comic-Figur, die weltweit erfolgreich vermarktet wird. Und die ER-Welle rollt weiter, pausenlos: Rund 1500 Zeitungen drucken

Bitte umblättern – ARD, 21.45 Uhr

täglich neue Comic-Strips, Garfield ist in acht Büchern nachzulesen, in zwei Fernsehspecials, kurzum: der „komplette Wahnsinn", wie eine Jugendzeitschrift urteilte.

Warum reißen sich alle um dieses abscheuliche Katzenmonster, verschlingen Millionen die Comic-Bücher? Wahrscheinlich liegt es daran, *daß Garfields Eigenschaften* im Grunde zutiefst menschlich sind: träge wirkt er, faul und unsportlich. „Umgib dich mit Leuten, die fetter sind als du selbst", lautet einer der *typischen Garfield-Sprüche*. Eine zynische Konsum-Katze, wie sie im Buche steht. Da wird das Animalische zum Ereignis. Und die Kombination von Garfields Untugenden erweist *sich am Ende als Erfolgsrezept*: Mit seinem Optimismus und seiner Genußsucht ist er immer obenauf. „Garfield ist ein Kater und als solcher auch nur ein Mensch, der das staatstragende Lächeln aus Bonn und Washington perfektioniert hat", analysierte tiefgründelnd ein deutscher Fan.

Der Erfinder dieses gelb-orange getigerten Katers, der permanent Croissants, Hähnchen oder Lasagne in sein Riesenmaul hineinschiebt, heißt Jim Davis. Er steht heute abend im Mittelpunkt von *Albert Krogmanns* kritisch-leichtem, aber nie seichtem Unterhaltungsmagazin „Bitte Umblättern".

Der 40jährige Cortoonzeichner Davis aus Marion in Indiana sieht Garfield als eine Figur, die bewußt jeden politischen und sozialen Kommentar vermeidet. Vor genau acht Jahren kreierte Davis, der wegen seiner Zeichenleidenschaft sein Kunst- und Wirtschaftsstudium abbrach, den ausschließlich nach der Lustmaxime lebenden egoistischen Kater. Seinen Namen bekam der Anti-Held Garfield, *weil sich Davis darunter einen* „hausbackenen Onkel" oder einen Stapel Angorawäsche vorstellte. Ähnlich wie die Garfield-Cartoons – eher bodenständig und nicht unbe*dingt anspruchsvoll – mag der Schöpfer* selbst auch sein.

Im Gegensatz etwa zu den fast schon intellektuellen Witzeleien des Comics-Konkurrenten „Peanuts" füllt Davis die Sprechblasen mit Sprüchen, die „jenes Lachen auslösen, damit man sich besser fühlt". Das Statement können vermutlich nur ausgepichte Freaks nachvollzie*hen. Der Zeichner nimmt sich zwei* volle Tage pro Monat Zeit, um nichts anderes als Gags auf Halde zu schreiben. Er brütet Stunden über Entwürfen, bis die Pose Garfields im Einklang steht mit seinen Äußerungen. Und zu welchem Thema hat der ame*rikanische Verweigerer Garfield* noch nichts Freches gesagt? Vielleicht zu Boris Becker. ANDREAS ENGEL




Zynischer Konsumkater: Garfield

KRITIK

Nur ein Platzanweiser?

Als *Michael Schanze vor einem* halben Jahr seine Kindershow **Telefant** (ARD) startete, war die Enttäuschung groß: Der warmherzige, fröhliche Schanze, der die Kinder liebt und den die Kinder lieben, litt sichtbar unter dem unkindlichen, phantasielosen Konzept der Sendung. Es war ein Jammer, wie dieser in lauter Spielfreude pulsierende Unterhalter zum Platzanweiser degradiert wurde, wie er in einer Sendung agieren mußte, die wie eine Einübung in die Glotzen-Routine der Erwachsenen sich lustlos dahinzog.

Und nun? Michael Schanze hat es gelernt, mit der Einfallslosigkeit der norddeutschen Tiefebene zu leben und zu lachen. Nur ein Phantast hätte erwarten können, daß der Sender von ihm lernen würde. Der hatte sich auf den strikt geregelten Ablauf einer Un*terhaltung geeinigt, in der eine Art* Mini-Abklatsch der Erwachsenen-Programme abgespult wurde unter peinlicher Aussparung neuer – womöglich kindlicher – Einfälle.

Schanze legt in die neunzig Minuten alles hinein: Munterkeit, Geduld und jenes herzliche Zwinkern, das einem älteren Bruder zusteht. Aber ihm gelingt es nicht, sich gegen die Netzplantechnik der Macher durchzusetzen. Schließlich landet auch er bei *der scheppernden Matrize unseres* Fernsehalltags: „Wir machen weiter mit der nächsten Frage."

Haben wir eigentlich, so muß man fragen, so viele Michael Schanzes, daß wir diesen einen bedenkenlos verheizen dürfen, falsch eingesetzt, so daß er, was er kann, verlernt und den Rest halbherzig fallenläßt?

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Der Berliner Senat ist zum ***Abschluß eines norddeutschen Staatsvertrages*** über die Nutzung des Rundfunksatelliten „TV SAT" entschlossen. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen unterrichtete jetzt in einem Schreiben den Parlamentspräsident Peter Rebsch über den Stand der Gespräche, die mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein geführt werden. Hamburg ist ebenfalls hierzu eingeladen. Die Beratung eines Vertrages muß im Abgeordnetenhaus erfolgen.

In dem Schreiben heißt es, da die Gesamtheit der Länder zur Zeit nicht in der Lage sei, sich über einen Staatsvertrag zur Neuordnung des Runfunkwesens zu einigen, halte der Senat es für erforderlich, daß unter Mitwirkung Berlins für einen Teilbereich Regelungen geschaffen würden, die der raschen nationalen und internationalen Entwicklung neuer Techniken zur Übertragung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen Rechnung trügen.

Dabei legt Berlin selbstverständlich Wert darauf, daß der Vertrag den weiterhin angestrebten Abschluß des Staatsvertrages zwischen allen Ländern nicht behindere, sondern die Nutzung des Rundfunksatelliten *so bald wie möglich* Wirklichkeit werden läßt.

Zugleich soll ein möglichst einfaches Zulassungsverfahren angestrebt werden, das den Verfassungsrechtlichen Anforderungen zur Sicherheit der Meinungsvielfalt entspricht und eine angemessene Berliner Beiligung sicherstellt. Denn mit einer derartigen Beteiligung soll erreicht werden, daß die aktuellen Entwicklungen nicht am Medienstandort Berlin vorbeilaufen. DW.



ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.03 Santa Fe
12.10 Bilder aus Europa
Aus Pilsen und Pisa
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 Tagesschau
16.10 Der zweite Abschied
New Yorker Juden besuchen ihre Geburtsstadt
17.20 Auf und davon!
3. Teil: Mitgegangen – Mitgefangen
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Liebling – Kreuzberg
4. Folge: Doppeleinsatz
Lieblings Tocher Sarah will die Schule schmeißen und ihrem neuen Freund, einem 19jährigen Fußballer, nach Wuppertal folgen. Die besorgte Mutter und Liebling-Exfrau sucht nun bei ihm Hilfe. Ein anderer sozusagen offizieller Fall dreht sich um eine Unterschlagung in einem Reisebüro. Wesentlich aber ist für Liebling der Fall *Dreibaum. Dreibaum* ist ein vorbestrafter „Knastologe", hat seine Haftstrafe nicht angetreten und hat, als man ihn abholen will, die Polizisten mit der Pistole bedroht.
20.59 Ein Platz an der Sonne
Bekanntgabe der Wochengewinner
21.00 Frankreich: Die Herausforderung
Kampf um die Macht
21.45 Bitte umblättern
Mit Beiträgen von Albert Krogmann
22.30 Tagesthemen
23.00 Ohne Schlips und Kragen
Brasilianischer Spielfilm (1981)
Regie: Leon Hirszman
0.55 Tagesschau
1.00 Nachtgedanken

16.00 heute
16.04 Biotechnologie
10. Folge: Planspiele mit Genen
16.55 Die Maultrommel
Moderation: Anke und Benny
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Als Gäste vorgesehen: Das Duo Two of us
17.50 SOKO 5113
Herle sieht doppelt
Dazwischen: heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Thomas auf der Himmelsleiter
Heiteres Volksstück von Maximilian Vitus
mit Bernd Helfrich, Beppo Brem u. a.
Aufführung des Chiemgauer Volkstheaters Aschau
20.58 Ratschlag für Kinogänger
„Jenseits von Afrika" von Sidney Pollack
21.05 WISO
Themen: Entbürokratisierung – *Das schwierige Geschäft* / Agrarpolitik – Sind die Bauern noch zu retten? WISO fragt Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle / Tip – Vorsicht Sperrzeitfalle für 58jährige Arbeitslose / Sozialarbeiter-Alltag – Kuklinskis Einsatz in Duisburg ...
21.45 heute-journal
22.05 Wie Denken die Welt bestimmt
Zum Beispiel: Sexualität (2)
22.35 Das brennende Bett
Amerikanischer Fernsehfilm (1984)
Mit Farrah Fawcett, Paul LeMat u. a.
0.05 heute

SAT 1

16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
18.00 Westlich von Santa Fé
Oder Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Extrablatt
19.45 Schwarzwälder Kirsch
Deutsche Musikkomödie (1958)
21.30 APF blick
22.15 Top-extra
Das Auto – Die Zukunft im Visier
22.45 JuxBox Extra
23.00 Matt Houston
Eine tödliche Unterredung
23.55 APF blick
Letze Nachrichten

3SAT

18.10 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Na, sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild
21.35 Kulturjournal
21.45 Zardoz
Englischer Spielfilm (1973)
23.30 Kennwort: Kino
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Sierra
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Ein Sheriff aus New York
22.08 RTL-Spiel
22.15 Bonnfetti
23.47 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 heute
20.15 Lindenstraße
Die Söhne
20.45 Jeder kann für sich was tun
Alkohol und Nikotin
21.15 Shoah
Französischer Dokumentarfilm (1985)
Von Claude Lanzmann
23.35 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Fußballschule
19.00 Praktische Tips
19.15 Vom Werden und Vergehen der Sterne
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagsthema
21.15 Shoah
Französischer Dokumentarfilm (1985)
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Black Beauty
18.55 Pimpa
Abenteuer im Dschungel
19.05 Drei – D
20.00 Arbeit und Brot
Wie die Nationalsozialisten die Arbeitslosigkeit beseitigen
20.45 Die Sprechstunde
Gesundheit und Kleidung
21.30 Drei aktuell
21.45 Autoreport
21.50 Magnum
Gemischtes Doppel
22.35 Sigmund Freud
Lebensstationen

SUDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.35 Fury
Schwere Entscheidung für Jim
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Bonanza
Hop Sing macht Urlaub
20.15 Große Ärzte aus Südwestdeutschland
21.00 Klimbim
21.45 Sechs Wochen Arbeit – vier Wochen Wandern
22.30 Jazz am Montagabend
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus Alabama
20.45 Arbeitsvermittlung in der Krise?
Film von Peter Emmer, Uli Maas und Gunja Seiser
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt
22.45 Z. E. N.
Renaissance-Bildnisse
22.50 Magnum
Tropischer Wahn
23.35 Rundschau

Stoltenberg: Spenden-Praxis lange bekannt

gba. Bonn

Die Finanzbehörden haben nach Angaben von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ebenso wie einige Finanzminister seit den fünfziger Jahren die Praxis gekannt, den Parteien auf dem Umweg von Vereinigungen Spenden zukommen zu lassen. In der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" sagte Stoltenberg zur Frage, ob den Finanzbeamten und den Behörden „stillschweigende Duldung" oder sogar Hilfestellung bei diesen Praktiken vorzuwerfen sei, man dürfe die Steuer- oder Finanzverwaltung nicht pauschal der Komplizenschaft beschuldigen. „Wo aber konkrete Vorwürfe erhoben werden, sind sie zu klären." Man müsse die Frage stellen, „ob überall das Recht angemessen angewandt wurde".

Stoltenberg sagte voraus, daß diese Frage in den Prozessen über Parteispenden „eine erhebliche Rolle spielen wird". Er glaube, daß manche der Spender, die sich jetzt wegen des Vorwurfs unkorrekter steuerlicher Behandlung ihrer Spenden zu verantworten hätten, die Rechtslage nicht gekannt hätten. Spätestens seit dem Urteil des Verfassungsgerichtes vor inzwischen 26 Jahren, – nach dem *Spenden an Parteien* über eine gewisse *Größe nicht* steuermindernd geltend gemacht werden können –, seien so manchem Spender die Unterschiede zu der Regelung von Spenden an Berufsverbände und Fördervereine nicht mehr einsichtig gewesen. Die Berufsverbände hätten Teile der ihnen steuerbegünstigt zugeflossenen Mitgliedsbeiträge „steuerunschädlich" an Parteien weitergeben können. Stoltenbergs Eindruck: „Nicht alle Spender haben den Unterschied zwischen den Berufsverbänden mit ihrer besonderen Stellung und den sogenannten Fördervereinen – die man heute ja als Geldwaschanlagen bezeichnet – gekannt."

Der Vorsitzende der Geschäftsführung der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, Fritz Fliszar, erklärte: „Alle, die in diesen 20 Jahren innerhalb solcher Stiftungen gearbeitet haben und daher auch mit Finanzbehörden zusammengearbeitet haben, wissen sehr genau, daß diese Behörden über alle Details der Arbeiten der Stiftungen stets Bescheid gewußt haben."

Die Österreicher erleben einen zornigen Waldheim

Auftritt in Fernsehdiskussion / „Zentral gesteuerte Kampagne"

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Eine „groß angelegte Verleumdungskampagne", wie sie in der Nachkriegsgeschichte Österreichs noch nicht dagewesen sei – so charakterisierte der Kandidat der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) für die bevorstehende Bundespräsidentenwahl, Kurt Waldheim, in einer Fern*sehkonfrontation mit österreichi*schen Journalisten die jüngsten Enthüllungen über seine angebliche NS-Vergangenheit.

Was möglicherweise als Versuch angelegt war, dem Kandidaten der ÖVP und Gegenspieler der Sozialisten politisch und moralisch den Garaus zu machen, endete gestern mit einem persönlichen Erfolg des ehemaligen UNO-Generalsekretärs vor der Öffentlichkeit seines Landes. Selten hat ein Politiker gleich mehrere, ihm durchweg nicht freundlich gesinnte Interviewer derart aus dem Feld geschlagen und entkräftet, wie das hier geschah.

Die Österreicher erlebten einen neuen Waldheim: Nicht den glatten, verbindlichen, kühlen Diplomaten, sondern einen zornigen, empörten und kämpferischen Mann, der aber gerade in seiner Emotion menschlich und überzeugend wirkte. Waldheim, der erst von österreichischen Medien, dann auch von amerikanischen Zeitungen und sogar vom Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses als angeblicher Nationalsozialist verdächtigt wurde, erklärte, alle Behauptungen über seine angebliche Zugehörigkeit zu NS-Organisationen im Dritten Reich seien unwahr. Die Kampagne gegen ihn sei seit Monaten geplant und „zentral gesteuert". Sie solle dazu dienen, ihn im Inland als „Nazi" abzustempeln, zugleich aber auch in der Welt sein internationales Ansehen zu zerstören.

„Nur meine Pflicht erfüllt"

„Ich habe es satt, mir vorhalten zu lassen, daß ich nicht die Wahrheit sage", fuhr Waldheim einen seiner Befrager an. Er sei niemals der SA und dem NS-Studentenbund beigetreten. Wenn in einer Kartei unser seinem Namen eine solche Mitgliedschaft vermerkt sei, dann wahrscheinlich deshalb, weil die Reitergruppe, der er 1938 angehörte, später – wie die meisten Organisationen dieser und ähnlicher Art – kollektiv von der SA vereinnahmt und gleichgeschaltet worden sei. Zu jener Zeit aber sei er bereits Soldat und weit weg von Wien in Frankreich gewesen.

Auf die Vorhaltung, er habe in seinem Buch „Im Glaspalast der Weltpolitik" verschwiegen, daß er von 1942 *bis 1944 auf dem Balkan eingesetzt* war, sagte Waldheim, nicht seine militärische Biographie im Zweiten Weltkrieg, sondern seine Tätigkeit als Generalsekretär der Vereinten Nationen sei Thema dieses Buches gewesen. Er sei als Soldat der Wehrmacht auch beim Einmarsch im Sudetenland 1938 und beim Frankreich-Feldzug 1940 dabei gewesen. Waldheim: „Ich habe meine Pflicht erfüllt wie Hunderttausende Österreicher".

Der Brief von 1945

In der Fernsehdiskussion zeigte sich, daß vielerorts ein erheblicher Mangel an Kenntnissen über die Zusammenhänge im Dritten Reich besteht. So wurde Waldheim vorgehalten, er sei „Geheimdienstoffizier" gewesen, weil er als Oberleutnant dem „1c" des Wehrmachtsstabes in Salo*niki zugeteilt* war. *Waldheim mußte* erst erklären, daß der „1c" bei der Truppe mit Feindaufklärung und nicht mit dem Geheimdienst zu tun hatte. Auch mit Judendeportationen sei er schon deshalb niemals beteiligt gewesen, weil das in den Aufgabenbereich von SD und SS, niemals aber in den der Wehrmacht gefallen sei. Er, Waldheim, habe seinem Lande 40 Jahre als Diplomat, Außenminister und zuletzt auch als UNO-Generalsekretär gedient. Während dieser Zeit sei er von allen großen Geheimdiensten der Welt durchleuchtet worden, ohne daß man ihm irgend etwas gegen ihn hätte vorbringen können. Schließlich zog der ehemalige UNO-Generalsekretär den Brief eines örtlichen sozialdemokratischen Parteivorsitzenden aus Niederösterreich vom Jahre 1945 aus der Tasche, in dem den Angehörigen der Familie *Waldheim bestätigt wird, sie seien* stets österreichische Patrioten, Gegner des NS-Regimes und während des Dritten Reiches Verfolgungen und Drangsalierungen ausgesetzt gewesen.

Beiruter Geiselnahme beunruhigt Paris. Wohin treibt Frankreichs Nahost-Politik?

Fehleinschätzungen bei Verhandlungen mit Terroristen / Weitere Racheakte befürchtet

PETER RUGE, Paris

Die *Geiselnahme eines französi*schen Fernsehteams am Samstagabend in einem Beiruter Vorort durch schiitische Terroristen hat in Frankreich Erschütterung ausgelöst. Die Regierung trat zu einer Krisensitzung zusammen. Die Informationen, die Frankreichs Botschafter in Libanon *gegeben habe, seien „beunruhigend"*, sagte Premierminister Fabius gestern morgen. Das Mitgefühl der Nation gilt den jetzt acht verschleppten Landsleuten. Ohnmacht mischt sich mit Zorn, das Gefühl, nun erpreßbar geworden zu sein, löst Fragen an die Staatsführung aus: Ist die Nahost-Politik Frankreichs am Ende? Wer trägt die Schuld?

Staatspräsident Mitterrand und seine Regierungsmannschaft stehen eine Woche vor den Parlamentswahlen vor einem politischen Scherbenhaufen, der auf drei Fehleinschätzun*gen zurückgeführt wird.*

„Es wird nicht verhandelt"

Als vor etwa einem Jahr in Beirut vier französische Geiseln von der pro-iranischen Untergrundorganisation „Islamischer heiliger Krieg" genommen wurden, stellte sich Paris auf den Standpunkt: Mit Terroristen verhandeln wir nicht. „Frankreich ist angegriffen worden", sagte François Mitterrand zuletzt am 7. Februar in Lille, „ich werde die Nation verteidigen."

Heimlich aber hatte *48 Stunden* vorher das französische Justizministerium zwei Araber begnadigt, die zum Kommando von Abu Nidal gehörten, das 1978 in Paris den Repräsentanten der PLO ermordet hatte.

Mit dieser Geste, die im Zusammenhang mit den jüngsten Bombenanschlägen in der französischen Hauptstadt zu sehen ist, wollte die Regierung den inneren Frieden erkaufen. Das war die erste Fehleinschätzung.

Nicht gerechnet wurde in Paris nämlich mit der Folgewirkung – und das war *der zweite Fehler*: Die Konzessionsbereitschaft der Franzosen mußte sich herumsprechen, und so meldete sich die pro-iranische Gruppe der Schiiten aus Beirut, die für ihre vier Geiseln jenes Terrorkommando aus einem französischen Gefängnis freipressen wollte, das 1980 den Anschlag auf den ehemaligen iranischen Ministerpräsidenten Bakhtiar in Paris verübt hatte. Wieder hieß es offiziell von französischer Seite: „Wir verhandeln nicht." Doch schien die Kompensation auf andere Wege Iran zu erreichen: durch Munitionslieferungen. Obwohl Regierungschef Fabius wieder einmal beteuerte, von nichts zu wissen und für Waffenlieferungen an Iran keine ministerielle Bewilligung erteilt zu haben, sollen bei der jetzt aufgedeckten Affäre der „Granaten von Cherbourg" rund 350 000 Geschosse des Kalibers 155 Millimeter den Weg von Cherbourg in den iranischen Kriegshafen Banda Abbas gefunden haben.

Wie um Irak zu besänftigen, entschloß sich die französische Regierung wieder zu einer Geste – den dritten Fehler in der Beurteilung der Lage im Nahen Osten: Paris wies zwei pro-iranische *Exilanten irakischer* Staatsangehörigkeit nach Bagdad aus – wo auf sie voraussichtlich das Todesurteil wartet.

Abgekartetes Verwirrspiel

Teheran protestierte gegen diese „unmenschliche Geste eines Landes, das sich als Hort der Menschenrechte seit der Französischen Revolution betrachte".

Die pro-iranische Untergrundorganisation „Islamischer heiliger Krieg" in Beirut reagierte prompt: Sie gab die Tötung einer der vier *seit* über einem Jahr festgehaltenen französischen Geiseln bekannt und droht mit der Erschießung einer zweiten – ein scheinbar abgekartetes Verwirrspiel, da sich bisher die Meldungen widersprechen. Der Schrecken über diese möglichen Racheakte übt dennoch die beabsichtigte Wirkung aus: Die französische Nation ist in eine Unruhe versetzt, die sich nun mit der Geiselnahme eines Fernsehteams weiter eskaliert.

Moskau degradiert Ex-Minister

AFP, Moskau

Der am 25. Januar abgelöste sowjetische Innenminister General Witali Fedortschuk (67) ist zu einem Inspekteur der Streitkräfte degradiert worden. Bei seiner Ablösung durch Alexander Wlassow hatte es lediglich geheißen, ihm seien „andere Funktionen" übertragen worden. Beobachter werten seine Versetzung als eine Art „Vorpensionierung". Fedortschuk *büßte bei dem XXVII. Parteitag sei*nen Platz im Zentralkomitee ein. Fedortschuks Vorgänger als Innenminister, Nikolai Schtschelkow, war 1982 ebenfalls zum Inspektor degradiert worden.

Mordvorwurf gegen Sandinisten

AFP, Managua

Die Spannungen zwischen der Regierung in Nicaragua und der Kirche haben sich verschärft. Der stellvertretende Präsident der Nationalen Bischofskonferenz, Pablo Antonio Vega, warf den Sandinisten auf einer öffentlichen Veranstaltung in Washington vor, drei Priester ermordet zu haben.

Daraufhin machte die sandini*stische Parteizeitung „Baricada" den* Prälaten für „noch mehr Tote und Verbrechen gegen das Volk" verantwortlich. Er arbeite für die „Konterrevolution" und den amerikanischen Geheimdienst CIA.

Mittelsmänner für Marcos?

dpa, Manila

Die neue philippinische Regierung unter Präsidentin Corazon Aquino hat Dokumente sichergestellt, die zum ersten Mal eine Verbindung zwischen dem ehemaligen Präsidenten Ferdinand Marcos und umfangreichem Immobilienbesitz in New York nachweisen.

Als Mittelsmänner sollen dabei die New Yorker Rechtsanwälte Ralph *und Joseph* Bernstein fungiert haben. Sie seien für die Verwaltung der Immobilien von Marcos verantwortlich gewesen, berichtete der amerikanische Kongreßabgeordnete Stephen Solarz in Manila.

USA: Sowjetische UNO-Botschaften Spionagezentren

SAD, New York/Brüssel

Als „überfälliger Schritt" ist in westlichen Geheimdienstkreisen die Aufforderung der USA an die Sowjetunion bezeichnet worden, ihr Personal bei der UNO in New York um 10[illegible] Personen zu reduzieren. In den UNO-Missionen der drei auf dem Papier voneinander unabhängigen sowjetischen Staaten (Sowjetunion, Ukraine und Weißrußland) arbeiten zur Zeit 275 Personen.

Nach jahrelanger Beobachtung sei bekannt, daß die sowjetischen UNO-Vertretungen ein „Zentrum der Spionage" seien. Nach zuverlässigen Erkenntnissen seien in den Botschaften der Sowjetrepubliken Weißrußland und Ukraine mehr als 95 Prozent der dort tätigen Beamten Angehörige des militärischen Nachrichtendienstes GRU und des KGB.

Das Schwergewicht der sowjetischen Spionagetätigkeit in New York liege auf dem Gebiet der elektronischen Fernmeldeaufklärung. Die ex*territorialen sowjetischen* Vertretungen und von der Sowjetregierung erworbene Residenzen seien mit vielen Antennen ausgerüstet. Die Sowjets nutzten die ideale Nähe, um amerikanische Staatsgeheimnisse auszuspähen. In vielen Fällen sei es so, daß Angehörige der Sowjet-Vertretungen selten bei der UNO auftauchten, weil sie von anderen Arbeiten in Anspruch genommen werden.

Als schwer verständlich wurde die Tatsache bezeichnet, daß die UdSSR drei UNO-Vertretungen unterhalte, diese Tatsache aber bisher im Westen *kaum zur* Kenntnis genommen worden sei. Obwohl die Missionen offiziell von Moskau als unabhängig gelten, befinden sich die ukrainische und weißrussische Botschaft unter einem Dach mit der sowjetischen UNO-Botschaft. Alle Mitarbeiter wohnen in einem von Moskau errichteten Komplex nördlich von New York. Die Außenpolitik der UdSSR werde aber vom Kreml wahrgenommen, Weißrußland und die Ukraine betrieben keine eigenständige Außenpolitik, hieß es.

Selbst wenn die amerikanische *Forderung* erfüllt würde, *unterhielten* die drei sowjetischen Staaten immer noch zusammen die größte UNO-Botschaft. Die amerikanische UNO-Botschaft hat 126 Mitarbeiter, gefolgt von China mit 116 Angehörigen.

Trommeln für Baugeld

al. – Warten Sie nicht länger: Bauen oder kaufen Sie jetzt! So oder ähnlich warben die in der Baufinanzierung tätigen Institute zwar schon immer um Kundschaft. In den letzten Tagen und Wochen wird indessen die Trommel so emsig wie schon lange nicht mehr gerührt. Während der Kuchen der Neubaufinanzierung, wie es der starke Rückgang der Baugenehmigungen und der Wohnungsfertigstellungen ausweist, hierzulande immer kleiner wird, reißt sich eine in den letzten Jahren ständig größer gewordene Schar baukreditgebender Institutionen um die Marktanteile.

Wenngleich die Hypothekenzinsen in den letzten Wochen merklich abgebröckelt sind, scheint der Knoten der Nachfrage noch längst nicht zu platzen. Die Vermutung liegt nahe, daß die potentiellen Kreditnehmer auf weiter nachgebende Zinsen spekulieren und deshalb – was sicherlich nicht *unrealistisch* ist – weiter zuwarten.

Es zeigt sich überdies immer deutlicher ein Wandel in der Zusammensetzung mitfinanzierter Objekte: *Dominierte früher der Neubau*, so wird dieser inzwischen (nach Regionen unterschiedlich) vom Kauf gebrauchter Immobilien sowie der Finanzierung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen überflügelt.

Die Kreditwirtschaft baut darauf, daß erstmals eine Generation stärker in den Vordergrund rückt, die ein Erbe in der „Hinterhand" hat und nach Verwendungsmöglichkeiten Ausschau hält. Eines freilich bleibt: Die Marktenge der Wohnungswirtschaft in solchen Regionen, in denen es einen robusten Arbeitsmarkt gibt.

Kaum motiviert

ews. – Wie dürftig das Argument von der „neuen Armut", das so häufig von vielen Seiten zu hören ist, dasteht, zeigt ein Berliner Exempel. Die Stadt, lange als Werkbank der Bundesrepublik verschrieen, benötigt für ihren weiteren Aufschwung dringend Facharbeiter. Qualifizierungsmaßnahmen hat Wirtschaftssenator Pieroth deshalb schon Ende letzten Jahres forciert, die Arbeitgeber haben sich an diesem Programm beteiligt. Wer aber nun nicht im erwarteten Maße mitzuziehen scheint, sind die Betroffenen, die Berliner Arbeitslosen. So mußten schon angesetzte Maßnahmen abgeblasen werden, weil die Teilnehmer nach kurzer Zeit zu Hause blieben; andere geplante Veranstaltungen wurden mangels Teilnehmermasse wieder abgesagt. Nun wird der Stein der Weisen gesucht: Wie motiviere ich Arbeitslose, vor allem auch Jugendliche, sich weiterzubilden, um auf Dauer beschäftigt werden zu können? Bleibt noch die Frage, welches *eigentlich der letzte* Strohhalm ist, an den sich ein Arbeitsloser klammert?

HANDWERK / Die konjunkturellen Perspektiven lassen nichts zu wünschen übrig

Bangemann lehnt steuerstundende Investitionsrücklage entschieden ab

DANKWARD SEITZ, München

Die konjunkturellen Daten in der Bundesrepublik und vor allem auch die Perspektiven lassen nichts zu wünschen übrig. „Die *Richtung stimmt* wieder, auch wenn es hier und da noch an Schubkraft fehlt." Auf diese kurze Formel brachte Paul Schnitker, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), die gegenwärtige Lage des zweitgrößten Wirtschaftsbereichs. Und so wurde denn die Eröffnungsveranstaltung der 38. Internationalen Handwerksmesse in München fast ausschließlich von steuer- und arbeitsmarktpolitischen Themen beherrscht.

*Einhellig wurden Beschäftigungs*programme zum Abbau der Arbeitslosigkeit abgelehnt. „Wir brauchen eine Politik", so Wirtschaftsminister Martin Bangemann, der die Handwerksmesse (8. bis 16. März) eröffnete, „die weiterhin Wirtschaftswachstum bringt". Denn nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze könne die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden. So sei auch der in der Öffentlichkeit noch weit verbreitete Eindruck falsch, daß sich die Lage am Arbeitsmarkt ständig verschlechtere. Vielmehr habe die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt seit dem Frühjahr 1983 nicht mehr zugenommen, und die Zahl der Kurzarbeiter sei seit Ende 1982 um eine Million zurückgegangen.

Ein „erstes Anzeichen der Besserung" sei auch der steigende Bestand an offenen Stellen. Mit großem Beifall war da zuvor der Vorschlag des ZDH-Präsidenten aufgenommen worden, die Bundesanstalt für Arbeit sollte dazu übergehen, neben den neuesten monatlichen Arbeitslosenzahlen „*in gleicher Breite und Intensität* auch die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen der *Öffentlichkeit* vorzustellen".

Eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schrieb man auch den Tarifpartnern zu. Nach Bangemann tragen sie einen großen Teil der Verantwortung, daß mit „moderaten Lohnabschlüssen wie in den letzten Jahren die Beschäftigungschancen noch weiter nachhaltig erhöht" werden können. Neue Arbeitsplätze entstehen nur dann, so Schnitker, „wenn jemand da ist, der sie braucht und wenn jemand da ist, der sie bezahlen kann".

In diesem Zusammenhang sprach sich Bangemann auch dafür aus, die Frage von Tariföffnungsklauseln zu erörtern. Wenn Arbeitssuchende zu vereinbarten Tarifen keine Arbeit fänden, dürfe eine solche Klausel „nicht ungeprüft auf den Index" gesetzt werden. Für mehr Überstunden, *aber gegen Zeitverträge zu sein*, empfinde er als „Heuchelei". Und wenn man dann noch die Struktur der Arbeitslosigkeit untersucht, wird man nach Ansicht von Schnitker sehen, *daß „die Statistik zwar 2,5 Millionen* statistische Arbeitslose ausweist, daß wir jedoch wohl kaum 2,5 Millionen arbeitssuchende Arbeitslose haben".

Geradezu Hoffnungen machte Bangemann dem Handwerkspräsidenten *auf eine kostenerleichternde Steuerpolitik*. So werde man alles daran setzen, den Grundfreibetrag aufzustocken, den Spitzensteuersatz sowie die Körperschaftsteuer zu senken und auch die Gewerbesteuer abzuschaffen. Eine klare Absage erteilte er allerdings der immer wieder erhobenen Forderung Schnitkers nach einer steuerstundenden Investitionsrücklage. Denn dies wäre eine spezielle Vergünstigung; „aber gerade solche sollen wir abbauen". Und genauso wenig *könne es eine wettbewerbspolitische* Sonderbehandlung für den Mittelstand geben.

In seiner Rede hatte Schnitker die Bundesregierung aufgefordert, entscheidende Schritte zur Kostenentlastung und eine drastische Senkung der Staatsquote einzuleiten. So stehe eine grundlegende Steuerreform noch aus, samt Subventionsabbau und einem neuen Verhältnis *zwischen* direkten und indirekten Steuern. „Permanente Ungerechtigkeit" für die Betriebe gebe es bei: Rentenfinanzierung, Arbeitsrecht, Jahresurlaub, Arbeitsplatzgarantien und auch bei der Lohnfortzahlung. Geringere Kosten und mehr Beweglichkeit seien für das Handwerk wichtiger als ein „Naturschutzpark". Das habe die *Bundesregierung oft trotz* anderslautender Aussagen oft nicht beachtet.

US-AKTIENMÄRKTE

Konzertierte Zinsaktion löst keinen Jubel aus

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Vereinigten Staaten sind den Notenbanken in Frankfurt, Den Haag, Paris und Tokio prompt gefolgt. Am Freitag senkte das Federal Reserve Board *einstimmig* den Diskontsatz um 0,5 auf sieben Prozent. Amerikas Großbanken reagierten mit einer Herabsetzung der Prime Rate, des eigentlichen Leitzinses, um 0,5 auf neun Prozent. Dies ist in beiden Fällen das niedrigste Niveau seit dem dritten Quartal 1978, bevor diese wichtigen Geldpreise auf 14 und 21,5 Prozent schossen.

Weil vorweggenommen, war das Echo der US-Aktienmärkte gedämpfter als erwartet. Der Dow-Jones-Industrie-Index erhöhte sich am Freitag nur um 3,23 und fiel im Wochenverlauf um 9,23 auf 1699,83 Punkte. Als schwer zu überspringende Hürde erweist sich plötzlich die 1700-Marke, *nachdem das jüngste Hoch* – 1713,99 Punkte am 27. Februar – nicht zu halten war. Das deutet auf eine begonnene Konsolidierung hin, die jedoch in dieser Phase von kurzer *Dauer sein wird*.

Über die Woche besser abgeschnitten haben der umfassende Nyse-Index und der Standard & Poor's 500, die lediglich 0,36 und 1,35 Punkte verloren und am Freitag um 0,23 auf 130,38 bzw. 0,44 auf 255,57 Punkte stiegen. Deutlich bevorzugt werden zur Zeit Standard- und zweitklassige Werte, was der strammere Vormarsch an der American Stock Exchange und über den Schalter unterstreicht. Der Amex- und Nasdaq-Index schlossen mit 260,05 und 362,24 Punkten – beides neue Rekorde.

Die auch am Umsatz abzulesende Zurückhaltung der Börsianer läßt *sich aber auch damit* erklären, daß die US-Notenbank zum erstenmal nicht allein aus binnenwirtschaftlichen Gründen die Kreditbremse gelockert hat. Aus der Sicht der Wall Street bleibt nach der internationalen Aktion offen, welchen Geldkurs die „Fed" weiterhin steuert. Schließlich möchte Volcker die Kapitalimporte nicht stoppen. Hinzu kommt, daß in Amerika die Realzinsen immer noch historisch hoch sind.

Zu erkennen ist andererseits, daß Paul Volckers Stern am Verblassen ist. Den Ton gibt in Washington immer stärker Finanzminister James Baker an, der einen noch schwächeren Dollar und noch billigeres Geld wünscht, wenn es mit den volkswirtschaftlichen Grunddaten zu vereinbaren ist. In jedem Fall hat das Board das erreichte Zinsniveau abgesegnet. Freitag fielen die Renditen nur ge*ringfügig: bei 30jährigen* Treasury Bonds von 8,20 (Vorjahr: 11,70) auf 8,16, bei dreimonatigen Bills von 6,69 (8,59) auf 6,61 Prozent.

Abwartend beurteilt die Wall Street die im Februar sprunghaft von 6,7 auf 7,3 Prozent gestiegene US-Arbeitslosenrate. Sie ist zweifellos durch Unwetterschäden und die Ölkrise in Texas erheblich verzerrt. Nicht wegdiskutieren lassen sich jedoch neue Jobverluste im verarbeitenden Gewerbe.

Bewährungsprobe

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Internationale Energieagentur (IEA) war 1974 unter dem Schock der ersten Ölpreisexplosion im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gegründet worden, um die Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten von Mineralölimporten durch die Förderung von Energiesparmaßnahmen und alternativen Energiequellen zu vermindern. Dieses Ziel wurde inzwischen weitgehend erreicht: Der Ölverbrauch der OECD-Zone ging stark zurück.

Wieweit dies der IEA zu verdanken ist, ist allerdings schwer zu sagen. *Immerhin war es der Agentur durch* ihr Notstandsinstrumentarium, das eine autoritäre Umverteilung der Ölströme zwischen den westlichen Verbraucherstaaten vorsieht, nicht gelungen, *den zweiten* Ölschock von 1979/80 zu verhindern. In Paris erklärt man dies damit, daß die Versorgungskrise damals nicht groß genug gewesen war, um den Mechanismus *in Kraft zu setzen*. Inzwischen wurde er flexibler gestaltet.

Gewiß hat die im Rahmen der IEA praktizierte Kooperation der Regierungen – an der Frankreich als einziges *großes OECD-Land unter* Hinweis auf seine privilegierten Beziehungen zu den Opec-Staaten nicht direkt teilnimmt – im Spar- und Substitutionsbereich einiges bewirkt. Oh*ne die analytische Arbeit der Agentur* (wie laufende Untersuchungen der Ölmärkte) hätte das Energiebewußtsein der Mitgliedstaaten wahrscheinlich weniger zugenommen. Der Ölpreisverfall *war allerdings in erster* Linie darauf zurückzuführen, daß das Wirtschaftswachstum der OECD-Zone zum Erliegen kam. Obwohl es sich *inzwischen* wieder belebt hat, ist für absehbare Zeit wohl nicht mit einer neuen Ölkrise zu rechnen.

Ist damit die IEA überflüssig geworden? Es versteht sich von selbst, daß man diese Frage in ihrem Sekretariat *vor* allem unter Hinweis darauf zurückweist, daß eine Zusammenarbeit auf dem Energiesektor für ein „Wachstum ohne Unterbrechung" weithin sehr notwendig wäre. Auch sei das Risiko einer plötzlichen Ölverknappung aus politischen und militärischen Gründen nicht auszuschließen. Schließlich werde ab Anfang der neunziger Jahre das Nordseeöl knapper werden.

Mit solchen Warnungen vermag die IEA allerdings ihre Existenzberechtigung nur unzureichend zu begründen. Doch besteht – wie die IEA argumentiert – tatsächlich die Gefahr, daß die Verbraucher mit Ölprodukten weniger sparsam umgehen. Um das zu verhindern, wollen einzelne IEA-Staaten die Ölsteuern erhöhen. Dabei geht es aber in erster Linie darum, die Staatskassen zu füllen und die Haushaltsdefizite zu vermindern.

Obwohl solche Initiativen den IEA-Zielen entsprechen müßten, steht ihnen die deutsche Exekutivdirektorin Helga Steeg betont neutral gegenüber – allerdings nur insoweit, wie es sich nicht um die jetzt viel diskutierten Ölimportsteuern oder -zölle, sondern um interne Verbrauchsteuern auf Ölprodukte handelt. *Diese sind tatsächlich* eine Angelegenheit der einzelnen Regierungen, die in ihrer nationalen Fiskalpolitik frei sind. Im übrigen werden diese Steuern von Land zu Land in sehr unterschiedlicher Höhe erhoben.

Auch wenn Präsident Reagan der Einführung einer Ölimportsteuer inzwischen weniger positiv gegenüberzustehen scheint als zu*nächst angenommen* wurde, bleibt die Gefahr, daß sie der Kongreß beschließt, weiter bestehen. Dies könnte zu einer bedenklichen Kettenreaktion in Westeuropa führen. Ob sich die IEA dem zu widersetzen verstünde, ist die Frage. Frau Steeg ist hier im wesentlichen auf ihre antiprotektionistischen Überredungskünste angewiesen.

*Dabei müßte eine teilweise steuer*liche Abschöpfung des Baisse-Bonus der IEA eigentlich recht sein. Denn ihr Augenmerk ist vor allem darauf gerichtet, daß der Ölverbrauch nicht *wieder zu stark steigt. Andererseits* ist aber zu bedenken, daß niedrigere Ölpreise die Konjunktur stimulieren und den Kampf gegen die Inflation unterstützen.

Eine etwas *flexiblere Haltung der* IEA zum Ölpreis ist deshalb durchaus zu begrüßen. Denn mit ständigen Krisenszenarien, wie sie die Agentur lange Jahre verbreitete, ist heute niemandem mehr gedient. Ob es ihr in der derzeitigen Ölmarktsituation darüber hinaus gelingt, mit der Opec wegen einer dauerhaften Stabilisierung der Ölpreise ins Gespräch zu kommen, ist dagegen leider zu bezweifeln. Denn die Ölproduzentenstaaten der IEA verfolgen eine völlig andere Politik als die Opec-Länder, die mit künstlichen Produktionsbeschränkungen die Preise wieder in die Höhe treiben wollen. So muß die in der Ölkrise als „Anti-Opec" gegründete IEA ihre Bewährungsprobe im Zeichen der Ölschwemme erst noch bestehen.

AUF EIN WORT



„Kohle-Vorrang ist nur dann realisierbar und in Zukunft entwicklungsfähig, wenn dem Markt saubere Kohle zur Verfügung gestellt wird. Das bedeutet: Ökologie und Ökonomie müssen auf der Absatzseite der Kohlewirtschaft stimmen. Diskrepanzen führen zwangsläufig zu dauerhaften Absatzverlusten.

Wolfgang Vollmer, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Nordrhein-Westfalen FOTO: DIE WELT

Erste öffentliche Video-Konferenz

A.G. Bonn

Die erste öffentliche interkontinentale Video-Konferenz wird am kommenden Mittwoch anläßlich der Eröffnung der „CeBIT '86" in Hannover geschaltet werden. Bundespostminister Schwarz-Schilling wird bei dieser Premiere ein Video-Konferenzgespräch mit New York führen. Ebenfalls für Mittwoch ist die Eröffnung des Teletex-Dienstes mit Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz vorgesehen. Die Bundespost beteiligt sich mit drei Sonderschauen an der Messe: Text- und Datenkommunikation, Post und Büro und mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in der Anwendung.

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Energiesteuer auf Strom, Öl und Erdgas vorgeschlagen

HH, Bonn

Zur Finanzierung eines Sondervermögens „Arbeit und Umwelt" schlägt die SPD-Bundestagsfraktion eine Energiesteuer auf Strom, Öl und Erdgas vor, die zu jährlichen Einnahmen von schätzungsweise 4,7 Milliarden Mark führen soll.

Strom soll mit 0,25 Pfennig je Kilowattstunde (zusätzlich zum Kohlepfennig, der voraussichtlich ohnehin zur Jahresmitte erhöht wird), Benzin, Dieselöl, leichtes und schweres Heizöl sollen mit 2,5 Pfennig je Liter und Erdgas mit 2,5 Pfennig je Kubikmeter belastet werden.

Daraus errechnet die SPD zusätzliche *Einnahmen (auf der Basis des* derzeitigen Verbrauchs) von rund 890 Millionen Mark für Strom, 1,13 Milliarden Mark für Benzin und Dieselöl, eine Milliarde Mark für leichtes Heizöl, *300 Millionen Mark für schweres* Heizöl und 1,38 Milliarden Mark für Erdgas.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Wolfgang Roth, hat sich mit dem Vorschlag, auch Strom mit einer Energiesteuer zu belasten, gegen seinen Fraktionskollegen Uwe Jens durchsetzen können, der mit Blick auf die hohen Umweltschutz-Investitionen sowie den bereits erhobenen *Kohlepfennig dagegen plädiert* hatte.

Die SPD-Fraktion hatte im letzten Herbst ihren Antrag auf Schaffung des Sondervermögens ohne Finanzierungsvorschlag gestellt. Dieser soll am kommenden Mittwoch im Wirtschaftsausschuß nachgereicht werden. Private und öffentliche Unternehmen, Gemeinden und Gemeindeverbände, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie kommunale Wirtschaftsunternehmen sollen zinsgünstige Kredite für Um*weltinvestitionen und verlorene* Zuschüsse für Umweltinvestitionen von herausragender Bedeutung erhalten.

WOHNUNGSBAU

Schneider: Fertigstellungen jetzt auf normalem Niveau

A.G. Bonn

Die Fertigstellungen von Neubau*wohnungen sind im* vergangenen Jahr auf 312 000 Einheiten zurückgefallen. Wie das Bundesbauministerium mitteilt, entspricht das gegenüber dem Volumen von 1984, als noch insgesamt rund 400 000 Wohnungen gebaut worden waren, einem Rückgang um 21,7 Prozent. Bei den Fertigstellungen in Mehrfamilienhäusern fiel der Rückgang mit 30,1 Prozent besonders hoch aus. Im Eigenheimbereich dagegen sind nur 10,5 Prozent weniger Wohnungen gebaut worden als im Vorjahr. Hier rechnet Bundesbauminister Oscar Schneider auch in den kommenden Jahren mit einer „relativ stabilen Entwicklung".

Für Schneider ist der rückläufige Wohnungsbau keineswegs beunruhigend, sondern nach Jahrzehnten des *Nachfrageüberhangs* und der Baurekorde eher normal. Der Wohnungsmarkt zeige heute „alle Anzeichen der Entspannung". Das jetzt erreichte Neubauniveau von rund 300 000 Einheiten entspreche etwa dem mittelfristig zu erwartenden Bedarf. Haus- und Grundeigentümer-Präsident Paul dagegen hält diese Zahl für um ein Drittel zu hoch gegriffen.

Im übrigen stimmt der Minister mit der in diesen Tagen in einem WELT-Gespräch von Bauindustrie-Präsident Herion geäußerten Einschätzung überein, daß die Branche ihren konjunkturellen Tiefpunkt überwunden habe. Der gesamtwirtschaftliche Aufschwung strahle positiv auch auf den Baubereich aus. Entscheidend dafür sei der relativ hohe Auftragseingang im Wirtschaftsbau und die steigende Tendenz des Auftragseingangs im öffentlichen Bau. Im letzteren Bereich sei mit einem Zuwachs von real drei bis vier Prozent zu rechnen, was seit 1980 zum ersten Male wieder eine positive Entwicklung in diesem Sektor wäre.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Überraschender Wechsel an der BMW-Spitze

München (sz) – Überraschend wird Eberhard von Koerber (47), seit fast 14 Jahren bei BMW AG, München, und seit 1. Juli 1984 Vorstandsmitglied für *Verkauf und Marketing*, bereits zum 31. März den Automobilkonzern verlassen. Er galt seit langem als Nachfolger für von Kuenheim. Vorübergehend wird BMW-Vorstandsvorsitzender Eberhard von Kuenheim das Vertriebsressort betreuen.

Streik abgewendet

Detroit (dpa/VWD) – Mit dem Abschluß neuer Tarifverträge haben die Volkswagen of America und die Gewerkschaft United Auto Workers Union gestern einen Streik bei den amerikanischen VW-Werken im letzten Augenblick abgewendet. Die Vereinbarungen über *neue Lohntarife* betreffen 3500 VW-Mitarbeiter der Werke in Pennsylvanien, West Virginia und Texas.

Kaffee-Exporte koordiniert

Rio de Janeiro (dpa) – Die größten Kaffeeproduzenten der Welt Brasilien und Kolumbien, haben am Wochenende vereinbart, ihre Kaffee-Exporte in Zukunft absprechen. Das Abkommen erlaubt Kolumbien die Ausfuhr von *monatlich einer Million* Sack Kaffee. Brasilien darf 1,2 Millionen Sack monatlich exportieren. Die brasilianische Ernteeimbuße von 40 Prozent aufgrund der Dürre hatte zu steigenden *Preisen auf den Rohkaffee*märkten geführt.

Appell an Ölländer

Er-Riad (AP) – Die Ölminister der sechs Staaten des Golfkooperationsrats (GCC) haben am Wochenende an *die ölproduzierenden* Länder appelliert, einen weiteren Ölpreisverfall zu verhindern. In einer Erklärung hieß es, die Länder des GCC seien dazu bereit, mit allen Ölförderländern innerhalb und außerhalb der Organisation Erdölproduzierender Länder (Opec) zusammenzuarbeiten. Die Beratungen in Saudi-Arabien dienten der Vorbereitung der Opec-Sonderkonferenz am 16. März.

Messe in Kairo eröffnet

Kairo (dpa) – Am Wochenende ist in Kairo die 19. Internationale Messe, größte Industrieschau des Nahen Ostens, eröffnet worden. Mehr als 1200 Firmen aus 32 Ländern werden in den nächsten zwei Wochen ihre Produkte ausstellen. Die Bundesrepublik stellt mit knapp 100 Ausstellern eines der größten Kontingente.

Mehr US-Arbeitslose

Washington (Sbt.) – Die US-Arbeitslosigkeit hat sich im Februar um *rund* 400 000 auf 8,5 Mill. Personen (von 6,7 auf 7,3 Prozent) erhöht. Die Hälfte der Entlassungen entfiel auf die Landwirtschaft, der Rest auf die Bau-, Energie- und verarbeitende Industrie. Eine wichtige Ursache waren schwere Unwetter.

Begrenzter Zinnhandel

London (rtr) – Vertreter der Londoner Metallbörse (LME) haben für Mittwoch eine Wiederaufnahme des *Zinnhandels angekündigt. Allerdings* sollen nur ausstehende Verträge der LME erfüllt werden. Der reguläre Handel, der am 24. Oktober wegen Zahlungsunfähigkeit des Internationalen *Zinnratespraktisch* eingestellt wurde, bleibt weiter ausgesetzt.

„Ölverbrauch steigt"

Paris (J. Sch.) – Die Internationale Energie-Agentur (IEA) erwartet 1986 auf Grund der jüngsten Ölpreisbaisse eine leichte *Zunahme* des Mineralölverbrauchs der OECD-Staaten um ein Prozent. Dabei ist unterstellt, daß sich die Ölpreise im Jahresdurchschnitt auf ihrem Niveau von Ende Februar *(18 bis 21 Dollar* je Barrel) halten. Noch vor einem Monat hatte die IEA einen gegenüber 1985 unveränderten Verbrauch vorausgesagt, nachdem dieser im letzten Jahr um 1,7 *Prozent zurückgegangen* war. Während der Ölverbrauch 1986 in Nordamerika um 1,7 Prozent und in Westeuropa um 0,9 Prozent zuzunehmen verspreche, werde er in der Pazifikzone um 2,0 Prozent schrumpfen.

Wochenausweis

	28.2.	22.2.	31.1.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	68,7	67,9	68,4
Kredite an Banken	98,2	88,9	100,2
Wertpapiere	4,0	4,0	4,1
Bargeldumlauf	112,1	109,5	112,1
Einl. v. Banken	55,8	40,0	112,1
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,1	7,0	1,9

MADRIDER BÖRSE / EG-Beitritt schürt Anleger-Fieber

Trotz Hausse gute Chancen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Madrider Börse, jahrelang der Geheimtip vieler Börsianer im internaionalen Wertpapierhandel, läuft Gefahr, sich zu übernehmen. Sieben Tage kletterten Kurse und Umsatzzahlen in bisher nicht gekanntem Maß. In den ersten sieben Wochen dieses Jahre betrug der Tagesumsatz der Madrider Börse, die 80 Prozent des spanischen Marktes ausmacht, im Schnitt rund 2,6 Mrd. Pesetas (etwa 42 Mill. DM).

Am Montag vergangener Woche erreichte der Tagesumsatz nach einigen hektischen Tagen zuvor seinen absoluten *Rekord mit einem Umsatz von* 8,44 Mrd. Pesetas. Trotz ihres guten Verdienstes äußerten sich Banker besorgt. Am Dienstag und Mittwoch beruhigte sich die Szene. Wenn die Börse *am Donnerstag* wieder *erhebliche* Kursstürze hinnehmen mußte, dann hat dies vor allem politische Gründe. Sie reagiert damit auf die fatale Aussicht auf das NATO-Referendum am 12. März. Die meisten Umfragen ergeben eine Absage an die NATO, was nach der veröffentlichten Ansicht führender Banken einen wirtschaftlichen Rückschlag einleiten könnte.

Die Kurssteigerungen betrugen während der Hausse täglich zwischen drei und sechs Prozentpunkte. Seit Jahresbeginn erhöhte sich das Kursniveau um 35 Prozent. Viele Aktien konnten sich verdoppeln. Ausgelöst wurde die Hausse zum einen durch den EG-Beitritt zum 1. Januar. Zum anderen spielen der Rückgang des Dollarkurses und der Preisverfall auf dem Ölmarkt eine Rolle. Hinzu kommt ein allgemeiner Optimismus, wie er etwa von der deutschen, aber auch von der amerikanischen Wirtschaft ausstrahlt.

Auch die spanische Wirtschaftsentwicklung zeigt positive Ansatzpunkte. *Die Einführung der* Mehrwehrtsteuer hat schwächere Folgen, als zunächst befürchtet. Das für Neuanlagen günstige Klima muß sich jedoch auf dem spanischen Markt doppelt auswirken, weil der Geschäftsumfang hier viel zu gering ist, um internationale Bewegungen auffangen zu können. Besonders steigernd wirken sich hier die Streuungen der Pensionsfonds des Auslandes aus.

In Spanien müssen Pesionsfonds erst noch geschaffen werden. Abgesehen davon sind die an der Madrider Börse quotierten Aktiengesellschaften in den letzten Jahren im Zuge von Fusionen und Konkursen von 526 auf 347 zurückgegangen. Der Anreiz der *spanischen Börsen liegt im günstigen* Verhältnis zwischen Kurs- und Nominalwert begründet. Die Relation beträgt im Weltdurchschnitt 1,71 Prozent, in Spanien hingegen nur 0,5 Prozent. (SAD)

GROSSBRITANNIEN / Gebührenfreie Haben-Konten brachten Midland neue Kunden

Rekordgewinne bei den Großbanken

WILHELM FURLER, London

*Die vier großen britischen Ge*schäftsbanken Barclays, National Westminster, Lloyds und Midland haben kurz vor dem Regierungsbudget Rekord-Abschlüsse vorgelegt. Insgesamt *ist der Vorsteuergewinn der* „Großen Vier" um 35 Prozent gestiegen – von 1,897 Mrd. Pfund 1984 auf 2,570 Mrd. Pfund (8,35 Mrd. DM) im letzten Jahr.

Den Vogel abgeschossen *hat die* größte Clearingbank, die Barclays Bank: Ihr Gewinn vor Steuern stieg um 37 Prozent auf 854 (623) Mill. Pfund. Zwar ist der Vorsteuergewinn der Midland Bank *sogar um 160 Pro*zent auf 351 (135) Mill. Pfund nach oben geschossen. Aber dies nur, weil Midland 1984 ihr schlimmstes Jahr erlebte, als die kalifornische Tochterbank Crocker *National einen Verlust* in Höhe von 222 Mill. Pfund in die Bilanz einbrachte.

Dieser horrende Verlust konnte von Crocker 1985 in einen Vorsteuer*gewinn von 34 Mill. Pfund* umgewandelt werden. Inzwischen hat sich die Midland Bank entschlossen, ihr unglückliches Crocker-Engagement zu beenden und das kalifornische Institut für 1,08 Mrd. Dollar oder 740 Mill. Pfund an das US-Bankhaus Wells Fargo zu veräußern. Nach Angaben des Vorstandes wird der Verkauf Mitte des Jahres abgeschlossen sein.

Sowohl die National Westminster Bank als auch die Lloyds Bank ver*zeichneten einen Gewinnanstieg* vor Steuern um 20 Prozent; National Westminster von 671 auf 804 Mill. Pfund und Lloyds von 468 auf 561 Mill. Pfund. Alle vier Banken-Chefs *schwärmten in Superlativen*. Midland macht sich jetzt Hoffnungen, befreit von den schädlichen Effekten des kalifornischen Engagements verlorenen Boden wieder gutmachen zu können. Midland ist die erste britische Großbank, die vor einiger Zeit gebührenfreie Konten eingeführt hat, sofern sie im Haben gehalten werden. Diese Initiative hat ihr bis heute zusätzlich 500 000 Konten eingebracht. Damit hat sich ihr Marktanteil an britischen Kontokorrentkonten von 16,5 auf *18 Prozent* erhöht.

Erstmals haben die Großbanken *wieder ihren Wertberichtigungsbe*darf zurückschrauben können. Barclays gibt ihre Wertberichtigungen auf uneinbringliche und zweifelhafte Forderungen mit 416 gegenüber 469 Mill. *Pfund an*. Bei *National Westmin*ster gingen sie von 351 auf 338 Mill. Pfund, bei der Lloyds Bank von 269 auf 257 und bei Midland von 616 auf 431 Mill. Pfund zurück.

Der Wertberichtigungsbedarf bei der Midland Bank ist noch eine Folge des Crocker-Desasters, als 1984 wegen der extrem hohen Rückstellungen für das amerikanische Institut (*die Forderungsausfälle und zweifelhaften Forderungen bei Crocker vervierfachten sich beinahe* von 120 auf 456 Mill. Pfund) wenig Spielraum für genügend inländische Wertberichtigungen blieb. Diese Sicherheitsvorkehrung wird jetzt nachgeholt. Mid*land berichtet, daß* sie gegenwärtig 70 inländische Firmenkunden „auf der Intensivstation" hat. Darüber hinaus mache ein erheblich gestiegener Kreditkarten-Betrug zusätzliche Wertbe*richtigungen* erforderlich.

Auffallend ist der starke Vorsteuergewinnanstieg im Inlandsgeschäft: Bei Barclays kletterte er um 70 Prozent auf 592 Mill. Pfund, bei National Westminster um 30 Prozent auf 526 Mill. und bei *Lloyds* um 32 Prozent auf 460 Mill. Pfund; Midland blickte nur auf einen zehnprozentigen Anstieg auf 308 Mill. Pfund.

Dafür *kam* es bei ihr zu einem Vorsteuergewinn im Auslandsgeschäft von 43 Mill. Pfund, nachdem noch im Jahr zuvor ein Verlust in Höhe von 146 Mill. Pfund ausgewiesen werden *mußte*. Bei National Westminster stieg dieser von 171 auf 181 Mill. Pfund; bei Barclays schwächte er sich von 116 auf 92 Mill. Pfund ab, bei Lloyds von 117 auf 114 Mill. Pfund.

Barclays erhöht *seine Jahresdividende* auf 18,6 (16,33) Pence je Aktie, National Westminster auf 28,2 Pence und Lloyds um 19 Prozent auf 21 Pence je Aktie. Die Midland-Dividende *verharrt auf 25,5* Pence.

EG / Kommission: Weniger Geld für Energieprojekte

Ehrgeiz bei der Forschung

WILHELM HADLER, Brüssel

Ein ehrgeiziges neues Konzept für die europäische Forschungspolitik hat der deutsche EG-Vizepräsident Karl-Heinz Narjes in Brüssel präsentiert. Wenn die Gemeinschaft im internationalen Wettbewerb mithalten und nicht in die Rolle eines bloßen Zulieferers gedrängt werden wolle, *müsse sie ihre* Forschungsanstrengungen verdoppeln, meint Narjes. Er will von den EG-Regierungen für den Zeitraum von 1987 bis 1991 umgerechnet mindestens 22 Mrd. DM verlangen. *Die von der Kommission ge*billigten Leitlinien für das zweite Rahmenprogramm der Gemeinschaft für Technologie, Forschung und Entwicklung sind in einjährigen Vorarbeiten entstanden.

Die Gemeinschaftsaktionen und die Eureka-Vorhaben könnten sich ergänzen, zumal Eureka auf marktorientierte Projekte ausgerichtet sei, die Gemeinschaftsforschung hingegen auf vorwettbewerbliche Programme. Kein europäisches Land sei in der Lage, die weltwirtschaftlichen Herausforderungen auf die Dauer aus eigener Kraft zu bestehen.

Während die zwölf EG-Länder in *der Zeit zwischen 1987 und 1991 nach* den gegenwärtigen Planungen etwa 430 Mrd. Ecu (rund 930 Mrd. DM) an öffentlichen und privaten Mitteln für Forschung und Entwicklung ausgeben wollten, würden die entsprechenden Aufwendungen in den USA auf 1000 Mrd. Ecu und in Japan auf 330 Mrd. Ecu veranschlagt.

Die Kommission verweist vor al*lem auf die wachsenden Verteidi*gungsausgaben. Die doppelten Verwendungsmöglichkeiten von Ergebnissen militärischer Forschungsprogramme bedeuteten, daß die für diese Programme bereitgestellten Mittel direkte Subventionen für die Industrieunternehmen darstellten, die daran beteiligt wären. Aber auch durch Länder wie Brasilien, China, Indien, *Korea* und Mexiko entstehe der Gemeinschaft stärkere Konkurrenz.

Narjes will den Regierungen vorschlagen, den Anteil von Forschungsprojekten, die auf die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft gerichtet sind, von bisher 28 Prozent auf 60 Prozent der gesamten Forschungsmittel zu erhöhen. Dafür sollen nur noch 21 Prozent *statt bisher 47,2* Prozent des Forschungsetats für Energieprojekte ausgegeben werden.

Abgesehen von den großen Programmen wie Esprit (Informationstechnologien), Brite (Industrietechnologien) und Race (Kommunika*tionstechnologien) hat die* EG in den letzten Jahren erfolgreich weitere Vorhaben in die Wege geleitet, darunter im Bereich der Biotechnologie, der medizinischen Forschung und im Gesundheitswesen.

WELTBANK / Millionen Menschen nicht arbeitsfähig

Harter Kampf gegen Hunger

Sbt. Washington

Je nachdem, wo man die Meßlatte anlegt, leben *340 bis 730 Mill. Men*schen auf unserer Erde, die ständig hungern müssen. Die täglich verfügbaren Kalorien machen weniger als 80 Prozent des von der Weltgesundheits-Organisation angegebenen Mindestbedarfs aus. Unter solchen Umständen leben 16 bis 34 Prozent der Gesamtbevölkerung in 87 Entwicklungsländern, deren Einwohnerzahl 2,1 Mrd. beträgt.

Der zweiten, größeren Gruppe geht *es insofern etwas besser, als der emp*fohlene Kalorienbedarf fast zu 90 Prozent gedeckt wird. Aber das ist für aktive Arbeit nicht genug. Rund zwei Drittel der unterernährten Menschen leben in Südasien und ein Fünftel in Afrika südlich der Sahara. Es sind die Ärmsten der Armen: 81 Prozent oder 590 Mill. befinden sich in Staaten, in denen das jährliche Pro-Kopf-Einkommen noch nicht einmal 400 Dollar beträgt. 19 Prozent oder 140 Mill. leben in Ländern mit einem durch*schnittlichen Pro-Kopf-Einkommen* von 400 Dollar und mehr.

In einer Studie mit dem Titel „Armut und Hunger" weist die Weltbank darauf hin, daß es nicht das Malthussche Gesetz (die Bevölkerung wächst tendenziell schneller als der Bodenertrag) ist, das uns diese menschliche Tragödie beschert. Schließlich ist weltweit in den vergangenen 40 Jahren die Nahrungsmittelproduktion schneller gewachsen als die Bevölkerung. Abgesehen von falscher Wirtschaftspolitik sowie untauglichen politischen und ökonomischen Strukturen auf lokaler Ebene ist die Hauptursache der Mangel an Kaufkraft. Außerdem frieren viele Regierungen die Lebensmittelpreise ein. Die Folge: Die Erträge der Bauern verharren auf einem niedrigen Niveau; sie regen nicht zur Mehrproduktion an.

UDSSR / Löhne werden sich an der Leistung orientieren

Neue Techniken im Blick

AP, Frankfurt

Der Moskauer Parteitag ist zu Ende. Die 4993 Delegierten der KPdSU sind in ihre Heimatorte oder an ihre Arbeitsplätze in der Hauptstadt zurückgekehrt, mit dem Gefühl, die „Wende" von Generalsekretär Michail Gorbatschow miterlebt zu haben. Sie soll den Aufbruch der Sowjetgesellschaft ins dritte Jahrtausend besiegeln. Das bestehende Plansystem *werde allerdings nicht* abgelöst, sondern nur perfektioniert, modernisiert, revidiert und computerisiert.

Die immer wiederkehrenden Schlagworte des Parteichefs und des Regierungschefs lauteten: Disziplin und Technologie. Der Regierungschef deutete an, daß die Sowjetunion die technologische Zusammenarbeit mit anderen Industriestaaten anstrebe. Über die neuen Techniken soll der Weg zur Verdoppelung der Industrieproduktion, der 250prozentigen Steigerung der Arbeitsproduktivität, der spürbaren Erhöhung des Lebensstandards, der Renten, des Kindergelds und der Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs führen. Ryschkow kündigte Lohnerhöhungen für fast alle Beschäftigten an, wobei die Löhne sich ausschließlich an der Leistung orientieren sollen.

Kernstück des Wirtschaftsprogramms bleibt die Verdoppelung der Industrieproduktion, die vor allem durch *die Erhöhung der Arbeitspro*duktivität erreicht werden soll. Bereits bis 1990, also zum Ende des 12. Fünfjahresplans, der ebenfalls auf dem Parteitag verabschiedet wurde, *soll* sich die *Zahl* der Industrieroboter verdreifachen. Wenn bis zum Jahr 2000 die Produktion automatisiert ist, können 20 Milionen Arbeiter, die bisher manuelle Tätigkeiten ausübten, in anderen Wirtschaftszweigen eingesetzt werden.

Kritiker weisen *allerdings schon* jetzt darauf hin, daß bei zunehmender Automatisierung vom Ideal der Vollbeschäftigung Abschied genommen werden müsse. Westliche Wirtschaftsexperten sprechen seit langem von „verdeckter Arbeitslosigkeit" in der Sowjetunion, da viele Beschäftigte unproduktiven und überflüssigen Arbeiten nachgingen.

Herbe Kritik übte Ryschkow auch an Maschinen und Geräten „made in USSR": Oft entspreche *ihre Qualität* in keiner Weise den Bedürfnissen der Volkswirtschaft. Nach dem Willen der Sowjetführung sollen die Industriegüter, die bisher nur bei den Verbündeten *mit Gewinn abzusetzen* waren, in 15 Jahren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein. Auf welchen Wegen dieses Ziel erreicht werden kann, erklärten weder Gorbatschow noch Ryschkow.

RENTENMARKT / Bundesanleihe untergebracht

Die gute Stimmung hält an

Am Rentenmarkt hielt sich die *gute* Stimmung der letzten Tage, sowohl vor als auch nach der Senkung des Diskontsatzes. Reaktionen blieben aus, da der Schritt der Frankfurter Währungshüter nicht überrascht hatte. *Die* Einführung der neuen Bundesanleihe wurde nicht negativ berührt. Sie gilt als voll *untergebracht*. Angesichts der insgesamt freundlichen Tendenzen wurde von den Anlegern insbesondere der langfristige Bereich bevorzugt. Das *verdeutlicht* die weitverbreitete Erwartung auf weiter sinkende Zinsen. Der kurzfristige Zinssenkungs-Spielraum der Bundesbank scheint damit allerdings – auch wegen der starken Geldmengenexpansion zu Beginn des Jahres – vorerst ausgeschöpft. (Py.)

Emissionen	7.3. 86	28.2. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,71	5,54	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,92	5,96	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,57	5,62	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,18	6,19	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,61	5,69	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,25	5,30	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,29	6,35	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,62	5,68	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,49	6,55	6,82	7,20	8,08

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Axel Springer Verlag AG, Marketing Anzeigen: Milchprodukte – Informationen für die Werbeplanung, Berlin 1985, 62 Seiten, 75 Mark.

Mit einem Umsatzvolumen von mehr als 30 Mrd. DM ist die Milchwirtschaft die umsatzstärkste Sparte der deutschen Ernährungsindustrie. Die vorliegende Analyse informiert über Angebot und Nachfrage, wobei der Außenhandel zu Recht einen breiten Raum einnimmt. Die Werbung in den klassischen Medien erreichte 1984 mit über 150 Mill. DM einen neuen Höchststand. Marketing ist für die Branche kein Fremdwort mehr. Die Schrift nennt Promotoren, Medienanteile und gibt Firmeninformationen – hilfreiche Tips für einen wachsenden Markt.

Heinrich Weiler: Die besonderen Wahlmöglichkeiten nach der Neuregelung der Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums Weka Verlag, Kissing 1986 187 S., 49,90 Mark.

Der Gesetzentwurf zur Neuregelung der Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums sieht ab 1987 eine vollständige Neuorientierung der Besteuerung in allen Fällen selbstgenutzter Wohnungen vor. Ob es sich dabei um Eigentumswohnungen oder um Wohnungen in Ein-, Zwei- oder Mehrfamilienhäusern handelt, ist gleichgültig. Das vorliegende Fachbuch erläutert die besonderen Wahlmöglichkeiten der Besteuerung, die nach der gesetzlichen Neuregelung möglich sind, und gibt Hinweise, welche Kriterien für die Wahl der Besteuerung entscheidend sind.

***Ignaz Seidl-Hohenveldern (Hrsg.):* Lexikon des Völkerrechts, Luchterhand Verlag, Neuwied 1986, 400 S., 98 Mark.**

Durch die drängenden Probleme unserer Zeit stellen sich in der völkerrechtlichen Diskussion immer neue Themen- und Regelungskomplexe. Neben zahlreichen Veränderungen schon traditioneller Bereiche sind beispielsweise die Auseinandersetzungen um die territoriale Aufteilung des Meeresbodens und der Polargebiete, die Regelung des staatenlosen Weltraums und das internationale *Umweltrecht in verstärktem Maße in* den Vordergrund getreten. Mit dem Lexikon liegt nun ein Werk vor, das auch die neuen Aufgabenfelder des Völkerrechts berücksichtigt.

Andreas Wünschmann: Unbewußt dagegen, Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart 1986, 287 S., 19,80 Mark.

Das Buch stellt eine umfassende und qualifizierte Argumentationsbasis zur Versachlichung der Umweltschutzdebatte dar. Die vorgelegte Interpretation der Kernenergiekontroverse basiert auf einer breiten, empirischen Grundlage. Darüber hinaus versucht der Autor, Diplom-Physiker, eine Deutung des Phänomens der Debatte um die friedliche Nutzung der Atomenergie und nicht nur eine Darbietung rein empirischer Datensammlungen. 1985 ist das Buch mit dem Preis „Technik und Öffentlichkeit" des Deutschen Verbandes Technisch-Wissenschaftlicher Vereine ausgezeichnet worden.

Willi H. Grün, Mehr Geld durch weniger *Steuern* – Steuertricks für jedermann, Ullstein Sachbuch, Frankfurt/Berlin 1985, 190 Seiten, 9,80 Mark

Hier schreibt ein Fachmann – und er kann sich verständlich und unterhaltsam ausdrücken. Diese seltene Kombination hat den Finanzoberamtsrat aus dem Westerwald zum Erfolgsautor werden lassen. Sein neuestes Werk sollte beim nächsten Jahresausgleich oder der Einkommensteuererklärung zur Hand sein, denn der Autor gibt mehr als nur Tips, wie sie viele Steuerratgeber anbieten. Er bringt neue Urteile und Erlasse, zu denen er als Finanzbeamter eher Zutritt hat als *Außenstehende*.

NEUE HEIMAT / WELT-Umfrage zu den Plänen des gewerkschaftseigenen Konzerns

„Politische Lösung" weiter erhofft

DW. Bonn

Die prekäre Lage der gewerkschaftseigenen Neue Heimat, Hamburg, setzt in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung neue Maßstäbe in der gesellschafts- und wohnungspolitischen Dimension: Rund eine Million Menschen wohnen in Bauten dieses größten europäischen Wohnungsbaukonzerns, in dessen Kassen etwa zehn Milliarden Mark an öffentlichen Mitteln geflossen sind.

Die Bundesregierung hat *in* ihrer bisherigen Haltung deutlich gemacht, daß die Verantwortung vom Eigentümer, das ist der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften, übernommen werden *muß*. Erst wenn ein überzeugendes Sanierungskonzept vorliege, würde sich die Bundesregierung einer Erörterung, „ob im Interesse der Mieter dieses *Konzept noch durch* begleitende Entscheidungen der öffentlichen Hände flankiert wird", nicht verschließen.

Allerdings sieht es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht so aus, *als ob* die Neue Heimat und ihre überregionalen Gesellschaften große Anstrengungen für ein „unternehmerisches Sanierungskonzept" machen. Auch die Zentrale des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt hält sich bedeckt. Offensichtlich setzten alle Beteiligten, das zeigte sich bei einer WELT-Umfrage, auf die „politische Lösung", in dem sich die öffentliche Hand für die Übernahme der Wohnungen bereit erklärt.

Gespräche mit dem Land

So wird von der Neuen Heimat Nord, die für den Stadtstaat Hamburg und das Land Schleswig-Holstein zuständig ist, nicht bestritten, gegenwärtig Gespräche mit den Landesregierungen und den Kommunen zu *führen. Es geht um einen Bestand* von 27 000 Wohnungen in Hamburg und von 21 000 Wohnungen in Schleswig-Holstein. Der mit absoluter SPD-Mehrheit regierte Stadtstaat Hamburg will allerdings abwarten, ob *eine bundesweite Lösung zur* Rettung des Unternehmens zustande kommt. Die Kieler Landesregierung hat bislang keine Hinweise gegeben, ob sie zu einer Übernahme von Wohnungen der *Neuen Heimat* bereit ist.

Auch die Neue Heimat Niedersachsen in Hannover gehört zu den Regionalgesellschaften des Konzerns, die aus eigener Kraft aus dem Verkauf ihrer *39 000* Wohnungen die angefallenen Verluste nicht abdecken können. Seit 1982 wurden in der Region Niedersachsen/Bremen 13 800 Gebraucht-Wohnungen verkauft. Vom Bestand der *NH-Niedersachsen* sind vom Land rund 29 000 Einheiten mit insgesamt einer Mrd. DM gefördert worden. Die Landesregierung in Hannover äußert sich bislang zurückhaltend *zu möglichen Hilfemaßnahmen*. Allerdings hat sie sich mehrfach gegen eine Regionalisierung der NH, also die Aufteilung in Landesgesellschaften mit Hilfe von Steuergeldern, ausgesprochen. Die etwa *60 000 Mieter* der NH Niedersachsen „werden nicht im Stich gelassen", so die Zusicherung aus Hannover.

Das „Modell für die Bundesrepublik" glaubt dagegen Nordrhein-Westfalens Minister für Landes- und *Stadtentwicklung, Christoph Zöpel* (SPD), mit dem Kauf von 2385 der 47 000 NH-Wohnungen in NRW durch die Landesentwicklungsgesellschaft NRW zum Preis von 142,5 Mill. *DM* gefunden zu *haben. Der Minister* erklärte zugleich die Bereitschaft des Landes, auch alle übrigen NH-Wohnungen in diesem Bundesland zu übernehmen („Wir warten auf Angebote"). Die hochgerechneten Kosten dieser Transaktion liegen bei rund 2,7 Mrd. DM. Auf Antrag der FDP-Landtagsfraktion („es ist eine Zumutung für den Steuerzahler") beschäftigt sich in dieser Woche das Düsseldorfer Parlament mit den durchgeführten und beabsichtigten Käufen.

Gesunde Teile?

Die Neue Heimat Südwest in Frankfurt, gemeinsam mit der bayerischen Schwestergesellschaft noch der „gesundeste Teil" der Gruppe – weil überwiegend in Ballungsgebieten tätig – hat den En-bloc-Verkauf ihrer Wohnungen im Augenblick eingestellt, *um das neue Sanierungskonzept* aus der Hamburger Zentrale abzuwarten. Eine regionale Lösung wird dabei für denkbar gehalten. Insgesamt verwaltet die Gesellschaft noch 30 000 *eigene* Wohnungen, davon 27 000 in Hessen, 2700 in Rheinland-Pfalz und 180 im Saarland.

Die Neue Heimat Baden-Württemberg, Stuttgart, verhandelt derzeit in *der Frage der Regionalisierung der* eigenen 10 000 Wohnungen mit einer Reihe von Banken. Nach Angaben des Sprechers der NH-Geschäftsführung, Walter Hirrlinger, werden die *Gespräche „auch von der Landesseite her begleitet"*.

Bei der Neuen Heimat Bayern, München, werden derzeit keinerlei Verhandlungen über den Verkauf des Bestands von 32 400 Wohnungen geführt. Ein Sprecher des Unternehmens *begründet dies einmal mit* den in Hamburg zentral geführten Sanierungsbemühungen, zum anderen mit den „gesunden Verhältnissen" bei der NH-Bayern, deren Wohnungen zu *50 Prozent im Ballungsbereich von* München liegen. Im vergangenen Jahr hatte die NH allerdings auf Betreiben ihrer Hamburger Zentrale 3483 Wohnungen veräußern müssen. An die Stadt München gingen davon 2093 Einheiten zum Preis von 165 Mill. DM.

INVESTMENTFONDS / Wechselkurse beeinflussen stärker

Internationale Anlagepolitik

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Schwankungen der Währungskurse beeinflussen stärker als früher die Kursentwicklung an den Aktien- und Rentenmärkten. Daß vor allem professionelle, international ausgerichtete Investoren die Anlagedispositionen vornehmen, führt zu einer engeren *Verzahnung der Kapital- und* Devisenmärkte. Das zeigt die Entwicklung einiger Investmentfonds. Die Aussichten für den Aktienmarkt 1986 sind weiter positiv. Erhebliche Beträge aus dem Ausland sind jedoch nicht als Daueranlage anzusehen. Daher ist Flexibilität notwendig.

Der von der Kapitalfonds Kapitalanlagegesellschaft mbH, Köln, verwaltete Gerling Rendite Fonds erreichte 1985 mit knapp 127 (74) Mill. DM das bisher beste Absatzergebnis seit Gründung vor 15 Jahren. Das Fondsvermögen stieg um ein Drittel auf 572 Mill. DM, wozu neben dem hohen Nettomittelaufkommen auch die gute Wertentwicklung beigetragen hat. Bei Wiederanlage der Ausschüttung von 4,70 DM verbesserte sich der Anteilswert um 11,4 Prozent. Damit lag er gegenüber dem Durchschnitt anderer Rentenfonds um fast zwei Prozentpunkte besser; auch im längerfristigen Vergleich.

Auch der Gerling Dynamik Fonds nahm mit einem Zuwachs von 324 Prozent in den letzten 15 Jahren einen Spitzenplatz unter den international anlegenden deutschen Aktienfonds ein. 1985 stieg der Anteilswert bei Wiederanlage der Ausschüttung *von 2,75 DM* (einschließlich 0,30 DM Steuergutschrift) um 41,7 Prozent. Der Fondsdurchschnitt brachte es nur auf 26,1 Prozent. Trotz eines Nettomittelrückflusses von 1,6 Mill. DM *erhöhte sich das Fondsvermögen* um gut 25 Prozent auf fast 30 Mill. DM.

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres wurde mit 65 Mill. DM bei Gerling Rendite für mehr als die Hälfte des gesamten Vorjahreszuflusses neu abgesetzt. Die gute Wertentwicklung bei Gerling Dynamik beruht auf der frühzeitigen Verstärkung der Aktienpositionen von 78 auf 85 Prozent des Fondsvermögens.

Der zu 87 Prozent in in- und ausländischen *Aktien anlegende Fonds* Oppenheim Privat der Oppenheim-Bank hat 1985 den umgeschichteten Inlandsanteil auf 55 (60) Prozent gesenkt, den Auslandsanteil jedoch auf 32 (30) Prozent aufgestockt. Es wurde ein Wertzuwachs von 32,8 Prozent erzielt, die Ausschüttung betrug 1,60 DM pro Anteil. Das Fondsvermögen stieg von 27,2 auf 43,8 Mill. DM.

Der Rentenfonds Oppenheim Privat-Rent *erreichte ein Fondsvermögen* von fast 68 (66) Mill. DM und hatte zum Frühjahr 1985 die Anlagepolitik auf volles Investment umgeschaltet. Deutsche Werte wurden im Jahresverlauf zugunsten von US-Titeln abgebaut. Die Ausschüttung wurde mit 7,50 *(7,80) DM je Anteil* dem niedrigen Zinsniveau angepaßt.

Für den von der Rheinischen Kapitalanlage GmbH, Köln, verwalteten „Colonia Rentenfonds RK" erwies sich die Konzentration auf DM-Rentenwerte als vorteilhaft, die auf Auslandsanlagen weniger. Der Bestand an Dollar-Anleihen wurde auf zuletzt *15 Prozent zurückgeführt. Das Fonds*vermögen stieg um 45 auf 185 Mill. DM. Der Wertzuwachs betrug 8,2 Prozent; ausgeschüttet wurden 3,55 DM pro Anteil.

BADENWERK / Strompreise sollen stabil bleiben

Die Dividende wird erhöht

nl. Stuttgart

Wiederum mit eher moderaten Zuwachsraten bei der Stammabgabe (Stromabgabe im eigenen Versorgungsgebiet) rechnet die Badenwerk AG, Karlsruhe, einer der großen Energieversorger im Südwesten, für das laufende Geschäftsjahr 1986. Wie es in einem Zwischenbericht für die Aktionäre weiter heißt, steuere die Gesellschaft auch auf ein „zufriedenstellendes Geschäftsergebnis" zu und gehe davon aus, auch 1986 die Strompreise zu halten.

Für das Geschäftsjahr 1985 erwarte man ein Ergebnis „etwa in Vorjahreshöhe". Es werde ausreichen für eine erhöhte Ausschüttung von 13 (Vorjahr: *zwölf) Prozent auf* die breit gestreuten 75 Mill. DM Inhaberaktien und von elf (neun) Prozent auf die in Landesbesitz befindlichen 150 Mill. DM Namensaktien. Das inzwischen von der Landeskreditbank und der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH an die Kommunen veräußerte Paket von insgesamt 75 Mill. DM Namensaktien soll mit 13 (zwölf) Prozent Dividende bedient werden. HV ist am 4. Juli.

Zum Verlauf des Geschäftsjahres 1985 teilt das Badenwerk außerdem mit, daß sich die gesamte nutzbare Abgabe (Stamm- und Verbundabgabe) um 7,6 (1984: 1,7) Prozent auf 16,79 Milliarden kWh erhöht habe. Hier wirkten sich die um fast 45 Prozent gestiegenen Verbundlieferungen stark aus. Die eigentliche Stammabgabe erhöhte sich um bescheidende 1,7 Prozent auf 13,68 Mrd. kWh, wobei sich die Zuwachsrate bei den Tarifkunden auf 3,2 Prozent belief. Die Umsatzerlöse stiegen auch wegen der Restauswirkungen der letzten Strompreisanhebung von Mitte 1984 um 6,6 Prozent auf 2,6 Mrd. DM.

Günstig beeinflußt wurde die Kostenlage vom hohen Anteil der Kernenergie (über 65 Prozent) an der Strombereitstellung. Die gesamten Investitionen blieben mit 220 Mill. DM in etwa im Vorjahresrahmen. Im Hinblick auf das geplante Kernkraftwerk Wyhl und das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin, das die Klagen gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung abgewiesen hat, führt das Badenwerk aus, es könne mit dem Urteilsspruch leben. Die Entscheidung über den Baubeginn stehe *nicht unter Zeitdruck*.

Wochenschlußkurse

New York

	7.3.	28.2.
Adv. Micro Dev.	29,125	31,125
Aetna Life	61	61,5
Alcan Aluminium	32,875	32,875
Alcoa	43,625	44,5
Allied Signal	50,625	51,25
AMR Corp.	49,875	53
Amax	13,25	13,25
Am. Cyanamid	65,625	66
Am. Express	67	65,625
Am. Motors	4,25	3,125
Am. Tel. & Telegr.	22,375	22,625
Amoco Corp.	55,25	57,75
Asarco	20,25	20,75
Atlantic Richfield	48,75	52,25
Avon Products	32	30,75
Bally	19	19,625
Bk. of America	16,125	17,625
Bethlehem Steel	19,75	19,875
Black & Decker	22,625	22,5
Boeing	54,375	53,375
Brunswick	26,75	26,625
Burroughs	64,125	67,875
Caterpillar	50,875	50,75
CBS	134,625	138,5
Celanese	189,25	192,5
Chase Manhattan	45,375	43,5
Chrysler	39,25	54,875
Citicorp	54,25	54,5
Clorox	58,875	58
Coca-Cola	98,75	96,25
Colgate	35	35
Commodore	7,875	8,875
Commwth. Edison	33,75	35
Comm. Satellite	38,625	39,25
Control Data	23	23,5
CPC Int.	59,75	57,125
Curtiss Wright	51,125	47,875
Deere	33,125	30
Delta Airlines	42,25	41,125
Digital Equipm.	158,625	168
Dow Chemical	48,875	48,625
Du Pont	70,75	71,875
Eastern Gas-Fuel	24,625	25
Eastman Kodak	58	56
Exxon	52,25	52,375
Firestone	26,75	25,875
Fluor	17,5	18,375
Ford	72,125	71,75
Foster Wheeler	13,875	14
Foxboro	56,875	53,375
GAF Corp.	66,625	67,25
General Dynamics	78,125	76,625
General Electric	74,25	77,5
General Instr.	19,625	20,75
General Motors	80,375	77,875
Gen. T. & E.	50,625	50,625
Global Nat. Res.	3	3,25
Goodrich	43,875	43,625
Goodyear Tire	34,625	35,875
Grace	50,25	48,75
Halliburton	22,5	22,625
Heinz	36,375	35,5
Hewlett Packard	42	43,875
Homestake	24	23,25
Honeywell	71,625	76,25
IBM	145,5	151
Int. Tel. & Tel.	43,125	44,625
Int. Paper	55,25	57,375
Int. North. Inc.	56,125	59,125
Jim Walter	50,5	51,125
Litton Industries	84	84,25
Lockheed Corp.	52,5	55,875
Loew's Corp.	63,125	64,375
Lone Star	33	32,75
Louisiana Land	23,75	26,75
LTV Corp.	8,375	7,75
Mc Dermott	18	14,625
Mc Donnel Doug.	78	78,25
Merck & Co.	158,75	150,625
Merrill Lynch	41,75	40,75
Mesa Petroleum	3	3,125
MGM (Film)	25,875	25,75
Minnesota M.	96,75	98,75
Mobil Oil	26,75	29
Monsanto	56,875	59,5
Morgan J.P.	74,375	71,625
Nat. Semiconductor	13,625	13,875
Navistar Int. Corp.	9	8,625
NCR	41,875	44,625
Newmont	48,375	48,5
PanAm World	8,75	8,5
Pantry Pride	14	11,875
Pfizer	54	55,375
Phibro	58	50,875
Philip Morris	103,875	104,25
Philips Petroleum	9,625	10,75
Pittston	13,25	13,125
Polaroid	65,25	66,125
Prime Computer	24	24,5
Procter & Gamble	68,375	69
RCA	62,375	62
Reynolds Ind.	37	38
Rockwell Int.	39,875	40
Rorer Group	36	33,875
Schlumberger	29,125	30,125
Sears, Roebuck	44	44,5
Singer	47,5	48,375
Sperry Corp.	49,125	57
Stand. Oil Calif.	35,125	36,75
Storage Techn.	5,25	3,75
Tandy	41	42,875
Teledyne	348,75	354,5
Telex Corp.	64	67,5
Tesoro	9,75	9,5
Texaco	27,25	30
Texas Instrum.	121,75	127,5
Tosco	2,5	2,875
Trans World Corp.	42,625	41,375
Transamerica	38	38,25
Travelers	53,25	53,25
UAL	55,5	58,875
Ucal Corp.	17,625	17,5
Union Carbide	19,25	96,125
Union Oil of Calif.	21,375	22,5
US Gypsum	67	62,75
US Steel	22,25	23,75
United Technologies	53,75	53,25
Walt Disney	35,375	39,5
Warner Comm.	39,25	38,5
Westinghouse El.	49,5	49
Weyerhaeuser	36,125	36,625
Whittaker	26,375	24,75
Woolworth	69,5	68,75
Xerox	70,125	70,625
Zenith Radio	25,125	25,625
Dow Jones Index	1699,83	1709,06
Stand. & Poors	225,56	226,92

Toronto

	7.3.	28.2.
Abitibi-Price	26	24
Alcan Alu.	46,25	46,625
Bk. of Montreal	29,5	28
Bk. of Nova Scotia	12,625	12,375
Bell Cda Enterprises	39	38,375
Bluesky Oil	2,36	2,41
Bow Valley Ind.	11,25	11,75
Brenda Mines	8,125	8
Brunswick M & Sm.	–	13
Cdn. Imperial Bk.	18,375	18,625
Cdn. Pacific Ltd.	18,25	17,625
Cominco	12,875	11,75
Coseka Res.	1,65	1,62
Denison Mines	10	10,125
Dome Petroleum	2,25	2,35
Domtar	29	28,25
Falconbridge Ltd.	24,5	22,5
Great Lakes Forest	22,25	21,5
Gulf Canada	16,125	15,125
Gulfstream Res.	0,65	0,7
Hiram Walker Res.	26,75	28,25
Hudson Bay Mng. Sp.	7,25	7,125
Husky Oil	7,75	8,125
Imperial Oil -A-	45,25	45
Inco	22,25	21
Inter City Gas Ltd.	14,875	14,875
Interprov. Pipeline	38,625	38,25
Kerr Addison	15	–
Lac Minerals	41,75	36,5
Massey Ferguson	3,15	2,85
Moore Corp.	34,5	33,5
Noranda Mines	18,375	16,75
Norcen Energy Res.	13,125	13,125
Northgate Expl.	4,85	4,35
Northern Telecom.	38,875	39,5
Nova An Alberta 'A'	6	6,25
Nu West Group	0,37	0,37
Oakwood Petrol	5,25	–
Placer Development	23	22,5
Provigo Inc.	19,25	18,25
Ranger Oil	4,1	4,05
Revenue Properties	1,95	1,95
Rio Algom	24,5	25,25
Royal Bk. of Can.	29	28,25
Seagram	72,875	76,625
Shell Canada	21,125	21,375
Sherritt Gordon	7,875	7
Stelco -A-	26	25,75
TransCda. PipeLines	17,5	17,5
Westcoast Transm.	14	14,375
Index: TSE 300	2927,00	2855,80

Tokio

	7.3.	1.3.
Alps	1790	1690
Bank of Tokyo	830	762
Banyu Pharma	820	822
Bridgestone Tire	559	548
Canon	1020	989
Daiichi Kogyo	458	461
Daiwa House	955	962
Daiwa Sec.	976	958
Eisai	1490	1510
Fuji Bank	1610	1550
Fuji Photo	1870	1780
Fuji Radio	2600	2650
Hitachi	754	723
Honda	1070	1020
Ikegai Iron	400	420
Isetan	825	700
Ito Yokado	3230	–
Japan Air	11970	13000
Japan Met.	355	–
Japan Syn. Rubber	420	425
Kajima	569	572
Kansai Elec.P.	2310	2210
Kao Soap	1200	1180
Kawasaki H	161	–
Kawasaki S	148	147
Kirin Brewery	915	921
Komatsu	473	465
Kubota Iron	358	343
Kyocera	4310	4160
Makita El.	920	900
Marui	1810	1850
Matsushita El. Ind.	1280	1210
Matsushita El. Wks.	965	948
Mitsubishi CP	641	548
Mitsubishi El.	341	334
Mitsubishi Estate	1260	1140
Mitsubishi Heavy I.	380	394
Mitsui Co. Ltd	444	445
Mitsukoshi	670	675
Mitsumi El	1220	950
Nichicon	–	–
Nihon Cement	400	393
Nikko Sec.	775	765
Nippon El.	1260	1180
Nippon Kokan	154	157
Nippon Oil	880	885
Nippon St.	164	169
Nippon Yusen	318	323
Nissan Motor	553	546
Nomura Sec.	1360	1380
Olympus	1050	995
Penta-Ocean	482	–
Pioneer	1890	1750
Renown	787	795
Ricoh	941	900
Sankyo	1250	1280
Seiyu Stores	1170	–
Sekisui Pref.	920	–
Sharp	890	870
Shiseido	1650	1600
Sony	3600	3490
Sumitomo Bank	1800	1720
Taisei Corp.	365	372
Taisho Marine	636	–
Takeda Chem.	1160	1140
Teijin	490	484
Tokyo Elec.	3170	–
Tokyo Gas	364	360
Tokio Marine	955	945
Tokyo El. Power	3170	3120
Toray Ind.	514	528
Toshiba Elec.	365	358
Toto	1010	–
Toyo Kogyo	380	–
Toyota Motor	1210	1170
Yamaichi	785	762
Yamanouchi	3030	3070
Yamaha	663	680
Yamazaki	1100	–
Index	1127,78	–

NAMEN

Prof. Dr. **Norbert Kloten**, Präsident der Landeszentralbank (LBZ) in Baden-Württemberg, vollendet am 12. März 1986 das 60. Lebensjahr.

Hermann Reschke, Mitinhaber des Bankhauses B. Metzler seel. Sohn u. Co., Frankfurt, wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes des Bankenverband Hessen e. V., Frankfurt, bestellt. *Er ist Nachfolger von Dr.* **Hugo Graf von Walderdorff**, Direktor der Hauptfiliale Frankfurt der Deutsche Bank AG, der wie auch **Wolfgang Strutz** zum Stellvertreter berufen wurde.

Prof. Dr. **Norbert Szyperski** (54), Vorstandsvorsitzender der Gesell*schaft für Mathematik und Datenver*arbeitung mbH (GMD), Bonn, wird zum 1. Mai Vorsitzender der Geschäftsführung der Mannesmann Kienzle GmbH, Villingen-Schwenningen.

Dr. **Gerhard Schröder**, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg, wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes der Hamburgischen Anstalt für Neue Medien gewählt. Gleichzeitig ist er als stellvertretender Vorsitzender aus dem NDR-Rundfunkrat ausgeschieden.

Hans Neufang, Direktor der Philips GmbH und Leiter des Unternehmensbereichs Hausgeräte, wurde am *9. März 85 Jahre.*

TENNIS / Westphal blamierte sich, das Doppel enttäuschte – Herber Rückschlag für das deutsche Team in Mexiko

● Wilhelm Bungert, *Kapitän der deutschen Daviscup-Mannschaft*, schickte gestern seine Spieler Boris Becker und Michael Westphal *mit einem klassischen Sheakespeare-Zitat* in die letzten Einzel des Spiels gegen Mexiko: „To be or not to be." Sein oder Nichtsein – Bestätigung des *Aufschwungs* oder *Kampf* gegen den Abstieg, das war die Frage nach den Niederlagen von Michael Westphal und dem Doppel Becker/Maurer.

● Die Zeit des Doppels Boris Becker/Andreas Maurer muß jetzt vorbei sein. Immer mehr stellt sich heraus, daß hier zwei gute *Einzelspieler auf ihrer Seite des Feldes ihr eigenes Einzel spielen.* Zusammenarbeit gibt es selten, gemeinsames Reden und Hän*deklatschen kann nicht mehr darüber* hinwegtäuschen. Eine Ursache liegt auch im psychologischen Bereich: Die Vertraunsbasis ist weg, *Becker wohl nicht mehr bereit, Maurer durchzuziehen.*

● Wilhelm Bungert, der Kapitän der deutschen Mannschaft, spricht davon, daß nun „Köpfe rollen" müßten. Aber auch er steht wieder im Mittelpunkt der Kritik. Michael Westphal wirft ihm vor, keinen Rat wegen seiner vielen Doppelfehler erhalten zu haben. Und auch die andere Schar der Verbands-Offiziellen übt sich einmal mehr in Rivalität und gegenseitigen Vorwürfen. Auch hier das alte Bild: *Zusammenarbeit und Führung findet kaum statt.*

Ratlosigkeit nach der Euphorie. „Wir sind vom Thron gestoßen worden"

CLAUS GEISSMAR, **Mexico City**

Im Zimmer Nummer 2940 des Luxushotels „Camino Real" von Mexico City herrschte Ratlosigkeit. Der Deutsche Tennis-Bund hatte zu einer „blauen Stunde" gebeten. Drei Präsidiumsmitglieder, Kapitän Wilhelm Bungert, Trainer Niki Pilic und 17 deutsche Journalisten zerbrachen sich den Kopf darüber, wie die Zukunft der deutschen Daviscup-Mannschaft aussehen soll. „Wir sind vom Thron geholt worden", sagte Wilhelm Bungert. Eine nüchterne Erkenntnis, noch bevor die beiden letzten Einzel gespielt waren und nur zweieinhalb Monate nach dem Finale gegen Schweden und dem Höhepunkt deutscher Tennis-Euphorie.

Und nun das: Boris Becker hatte das erste Einzel standesgemäß in etwas mehr als zwei Stunden mit 6:3, 6:2, 6:4 gegen Leonardo Lavalle, Mexikos Spitzenspieler, gewonnen. Das vorentscheidende 2:0 schien nur noch Formsache zu sein. Doch dann erschien Michael Westphal zu „meinem schlechtesten Daviscup-Spiel, das ich je gemacht habe". Er unterlag Francisco Maciel, der Nummer 83 der Weltrangliste, mit 5:7, 0:6, 2:6. Am Samstag schloß sich das Versagen im Doppel an. Becker und Andreas Maurer ließen sich 6:3, 1:6, 5:7, 6:3, 4:6 niederkämpfen (siehe untenstehender Bericht).

Müssen „Köpfe rollen"?

Was also ist in Mexiko passiert? Wurde der deutsche Traum vom Aufstieg *zu einer führenden Tennis-Nation* nur angekratzt, oder ist er schon *geplatzt? War nur das mexikanische* Publikum die Ursache des unerwar*teten Spielverlaufs, oder müssen in* jedem Fall beim Deutschen Tennis Bund *„Köpfe rollen"? Kapitän Wil*helm Bungert hatte schon vor dem *ersten Match vorbeugend den Satz* geprägt: „Im Falle einer Niederlage *muß irgend jemand den Kopf hinhal*ten." Aber welcher Kopf das sein *könnte, blieb bis zum Schluß offen.*

Dabei stand Bungert selbst wieder in der *Kritik*. Westphal machte 15 Doppelfehler. Er sagte zwar: „Ich habe das Spiel verloren. Eine Entschuldigung woanders zu suchen, wäre billig und unglaubwürdig." Doch danach zielt es schon wieder in Richtung Bungert: „*Es* hätte mir einer sagen müssen, ob ich den Ball beim Aufschlag zu weit nach rechts oder zu weit nach links werfe. Das hätte von außen kommen müssen." Also vom Kapitän. Günter Bosch, Beckers Trainer und erstmals *offizieller* Berater im Team, schlug in die gleiche Kerbe: „*Michael hat* den *Ball viel zu weit* nach hinten geworfen, das hätte man ihm sagen müssen." Bei Bungert selbst hat sich eine verständliche Trotzhaltung entwickelt: „*Ich bin mir* keiner Schuld beim coachen bewußt. Und je mehr mir unterschoben wird, desto weniger Lust habe ich zurückzutreten."

Dabei begann Westphal überlegen, und sein Gegner Maciel wurde zunächst geradezu zum Tennis-Hilfsschüler degradiert. Er schien vorher nur selten einen Schläger in der Hand gehabt zu haben. 4:1 führte Westphal und noch 5:3, dann kam der Satzball, und er vergab die Chance mit einem Doppelfehler. Westphal unterlag schließlich im Gejohle der leidenschaftlich mitgehenden Zuschauer mit 5:7, wurde im zweiten Satz mit 6:0 eingestampft, dann im dritten, entscheidenden Satz endgültig davongejagt.

Und was spielten die Zuschauer dabei für eine Rolle? Ein Deutscher kläffte Westphal an: „Eierkopf". Der Spieler returnierte mit: „Dummkopf". Das ist unfair, zweifellos. Die Mexikaner waren es nicht. So sieht es Boris Becker: „Hier war die Hölle los, aber so müßte es im Daviscup immer sein." Die Stahlrohrtribünen erzitterten unter den Rufen „Mexiko-Mexiko-Ra-Ra-Ra". Noch beeindruckender war eine andere Art der Anfeuerung: Wellenförmig erhoben sich die Zuschauer zwischen den einzelnen Spielen im Stadionrechteck, warfen die Arme in die Luft und brüllten, was die Lungen *hergaben*. „So etwas habe ich noch nie erlebt", staunte selbst Wilhelm Bungert, der immerhin deutscher Rekordhalter bei den Daviscup-Einsätzen ist.

Kapitän Wilhelm Bungert mußte den deutschen Spielern, wenn sie beim Seitenwechsel neben ihm saßen, ins Ohr schreien. So ohrenbetäubend war der Lärm, den die 9000 Zuschauer auf dem Centre Court des „Club Aleman" in Mexico City machten. Noch niemals vorher hat es in Mexiko eine so große Zuschauerkulisse beim Tennis gegeben. Die deutsche Mannschaft wird die Davis-Pokal-Schlacht von Mexico City daher als einen Kampf gegen einzelne Spieler in Erinnerung behalten, die die gebündelte psychische Kraft von 9000 Menschen in Schmetterbälle und Siegpunkte verwandelten. Boris Becker hat die Stimmung im Stadion noch am wenigsten ausgemacht: „Bei unseren Spielen gegen die CSSR und gegen Schweden in Frankfurt und München war es ja auch nicht gerade leise. Das gehört dazu."

Pilic wollte Verwarnung

Kapitän Wilhelm Bungert glaubt, daß das Publikum der entscheidende *Faktor der unerwarteten mexikani*schen Leistungssteigerung war. Auch die bisher erfolgreichsten Nationen der Daviscup-Geschichte, Australien und die USA, sind in der Vergangenheit bereits diesem Publikum zum *Opfer gefallen*. Trainer Niki Pilic meint sogar, der Schiedsrichter hätte *wegen des tobenden Publikums* im fünften Satz des Doppels eine War*nung gegen die mexikanische Mann*schaft aussprechen müssen. Eine solche Warnung oder einen anschließenden Punktabzug, der die Spieler für *das Verhalten des Publikums* bestraft, sehen die Regeln ausdrücklich vor.

„Wir hatten nach den Einzeln mit einem 0:2 gerechnet, jetzt führen wir plötzlich 2:1 und werden mit unseren Zuschauern im Rücken auch 3:2 gewinnen", sagte Mexikos Kapitän *Raul Ramirez* nach dem Doppel und vor den letzten beiden Einzeln am Sonntagabend (Ergebnisse standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest). Deutschland, Finalist *1985*, ein Kandidat für den Abstieg aus der A-Gruppe?



Das Netz trennt säuberlich Freud und Leid: Lavalle, Perez Pascal, Kapitän Ramirez (rechts), Maurer und Beckers Abgang (links). FOTO: DPA

Schweden und die CSSR bereits im Viertelfinale

DW./sid, **Düsseldorf**

Nächster Daviscup-Gegner des deutschen Tennisteams wird entweder Ekuador oder die USA sein. Bei einer Niederlage gegen Mexiko wird Deutschland gegen den Verlierer der Begegnung Ekuador – USA (gestern 1:2) spielen, und zwar gegen den Abstieg. Gewinnt Deutschland, trifft man im *Viertelfinale* auf den Sieger dieser Begegnung.

Vier der acht Teilnehmer am Viertelfinale standen übrigens bereits gestern nachmittag fest: Schweden, England, die CSSR und Australien. Der Titelverteidiger aus Skandinavien kam in Kopenhagen gegen Dänemark ohne Satzverlust zu einer 3:0-Führung. Auch die Engländer hatten in Telford gegen Spanien schon am Samstag nach dem Doppel einen uneinholbaren 3:0-Vorsprung. Die Tschechoslowakei siegte ohne ihren Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl in Kalkutta gegen Indien mit 4:1, während Australien sich in Auckland (Neuseeland) gegen den Nachbarn vom Fünften Kontinent noch vor dem Schluß-Einzel einen 3:1-Vorsprung sicherte.

Schweden *trat gegen die international unerfahrenen* Dänen mit sei*nen besten Spielern an und feierte* durch Wilander, Nyström und das *Doppel Wilander/Jarryd glatte* Drei-Satz-Erfolge. Im Viertelfinale, das *weltweit vom 18. bis 20. Juli entschie*den wird, trifft Schweden wahr*scheinlich* auf Italien.

Das englische Team mit dem erfahrenen John Lloyd und dem talentierten Nachwuchsspieler Jeremy Bates setzte sich gegen das spanische Duo Casal/Sanchez erstaunlich leicht durch. In der nächsten Runde kommt es dann zum Vergleich gegen Australien, dessen Einzelspieler McNamee gegen Neuseeland gleich zweimal gewann.

Nie mehr Becker/Maurer zusammen
Das gegenseitige Vertrauen fehlt

H.-J. POHMANN, **Mexico City**

Was sich da auf dem sonnenüberfluteten Centre Court im Deutschen Club von *Mexico City im* Doppel abspielte, entbehrte nicht einer gewissen *Tragik. Boris* Becker und Andreas Maurer bemühten sich zumin*dest oberflächlich*, als Team aufzutreten. Gelegentliches Aufmuntern und *gemeinsames* Händeklatschen sollte dies auch noch nach außen hin de*monstrieren.*

Doch hier stand kein Team auf dem Platz, das sich innerlich verbunden fühlte. Hier bemühten sich zwei Einzelspieler, mit Anstand über die Runden zu kommen. Aber beide spulten ohne inneres Feuer ihr Pensum herunter. Jeder spielte auf seiner Seite ein Einzel für sich herunter.

*Es wäre dennoch müßig, nach ei*nem Schuldigen zu suchen – und un*gerecht dazu. Denn die optimale* Leistung brachte weder Boris Becker *noch der angespannte Andreas Mau*rer. Nein, da helfen auch keine schö*nen Worte* der Verbands-Offiziellen auf internen Pressekonferenzen. Dieses *Doppel hat sich auseinanderge*spielt. Und es sollte niemals mehr *gemeinsam* bei *einem Cup-Wettbe*werb für den DTB starten. Es wird wohl *auch nicht mehr dazu kommen.*

Denn hier hat sich das Schlimmste ereignet, was einem Doppel überhaupt passieren kann: die Vertrauensbasis (auf das Spiel bezogen) besteht nicht mehr. Schon nach dem Doppel im Daviscup-Finale gegen die Schweden in München war klar, daß hier ein Doppel „ohne Zukunft auf dem Platz stand" (Coach Niki Pilic). Zu unterschiedlich ist die spielerische Klasse und die Spielanlage bei Becker und Maurer. Genau deshalb war der Wimbledon-Sieger zuletzt nicht mehr bereit und in der Lage, seinen Partner wie 1985 gegen die USA und die CSSR mitzuziehen. Die Folge war abzusehen: Schlagartig existierte nur noch eine Interessengemeinschaft auf dem Platz.

Und trotzdem hätte es beinahe noch gegen die harmlosen Mexikaner gereicht. Bei einer 3:1-Führung und 0:30 bei Aufschlag des so überheblich wirkenden Leonardo Lavalle im fünften Satz hatten die beiden Deutschen den Sieg dicht vor Augen. Tragisch für Becker in dieser Situation, daß ihm unnötige Fehler am Netz unterliefen und er dann auch noch seine nächsten entscheiden Aufschlagspiele abgeben mußte. Fast ungläubig starrten in diesen Sekunden Wilhelm Bungert und Niki Pilic auf den in Sekundenschnelle mit Sitzkissen überfluteten Platz.

Kopfschüttelnd hatten sie mit ansehen müssen, daß der für ein College in Louisiana spielende Perez-Pascal für die entscheidenden Impulse bei den Mexikanern sorgte. Dabei ist dieser 23jährige Bursche in der Computer-Weltrangliste nicht aufgeführt, und große internationale Grand-Prix-Turniere kennt er gar nur vom Hörensagen und vom Fersehen.

So kann es für die Niederlage auch keine Entschuldigung geben, denn weder die Höhe, die Zuschauer oder auch die von den Deutschen bemängelten Bälle waren für den mexikanischen Sieg verantwortlich. Eine Tatsache, die akzeptiert werden muß. Genauso wie der Einbruch von Michael Westphal in seinem Einzel gegen Francisco Maciel.

Gefragt ist jetzt die sachliche Analyse innerhalb des Deutschen Tennis-Bundes. Doch genau dies scheint schwierig zu werden. In den Tagen von Mexico City türmten sich tagtäglich größere Probleme innerhalb der DTB-Delegation auf, die letztendlich dafür sorgten, daß Unruhe aufkam. Was in den Reihen des DTB fehlte, war die klare Kompetenzverteilung. Oder besser: der alles entscheidende führende Kopf.

Wie heißt es auch so schön, zu viele *Köche* verderben den Brei. Und so wurde fleißig DTB-intern die Streitaxt ausgegraben. Mal gab es für Sportwart Peter von Pierer keinen Platz bei der Kapitänsbesprechung oder im offiziellen Spielerbus. Ein anderes *Mal wurde kräftig darüber* geschimpft, daß Westphals Freundin *Jessica nun doch im* Spielerhotel *mit* Zimmer 2635 Nachbarin ihres Freundes war. *In diesem Punkt* soll Sportdirektor Günter Sanders im Oktober *1984* in Berlin den Spielern die Zusage erteilt haben, daß Spielerfrauen und Freundinnen anreisen können. Eine Aussage, die Niki Pilic vehement bekämpft.

Bekannt ist nur, daß es die DTB-Zentrale selbst war, die eben für jene *Jessica im Hotel „Camino Real" ein* Zimmer buchte. Also erregte sich Michael Westphal, der *von Unfairneß* der Funktionäre sprach. Dann war von Pierer wieder an der *Reihe und* schimpfte über die „schlechte taktische Einstellung der Doppelspieler Becker und Maurer von der Bank aus bei *ihren* Aufschlägen und Returns". Von Pierer: „Ich weiß zwar, daß mich alle Experten im DTB für blöd halten, aber schließlich verstehe ich als ehemaliger Turnierspieler auch was von Taktik."

Apropos Taktik. Die wäre nun *auch einmal innerhalb des DTB ange*bracht. All diese entstandenen Unruhen stammen diesmal *nicht* von den zahlreichen Medienvertretern, die allesamt in einer Art Goodwill-Stimmung nach Mexico City gereist waren. Hier sind Probleme aus dem Inneren heraus zu lösen. Und die bitteschön mit einer Portion Fairplay und nicht mit dem Waschen schmutziger Wäsche.

EISHOCKEY / Erstes Finalspiel in Köln ohne spielerische Höhepunkte

Eine Flasche zersplitterte auf dem Eis

sid/dpa, **Köln**

„*Das* Finale *ist* wie ein Tennis-Match. Wir hatten durch den Heimvorteil Aufschlag und haben den ersten Satz gewonnen." So nüchtern und abgeklärt zog der schwedische Trainer Hardy Nilsson das Fazit zum überaus glücklichen 6:5-Sieg, mit dem der Kölner EC, die „Haie", das erste *von höchstens fünf* Endspielen um die deutsche Eishockey-Meisterschaft *gegen* die Düsseldorfer EG beendete. Torjäger Miroslav Sikora bilanzierte: „*Das war ein* Sieg *unserer* Moral." Düsseldorfs Torwart Erich Weishaupt schüttelte *noch lange nach* der Schlußsirene den Kopf: „Dieses Spiel durften wir nicht mehr verlieren. Wer weiß, ob sich uns noch einmal eine *solche* Chance bietet."

Der Kölner EC, der die Vorrunde als Spitzenreiter mit fünf Punkten Vorsprung beherrschte, lag gegen den Erzrivalen von der anderen Rheinseite ständig im Rückstand. Die Düsseldorfer führten 1:0, 2:1, 3:2 und *dann* sogar bis zur 51. Minute mit 5:3, wobei zwei Treffer besonders de*moralisierend wirkten*, weil Köln sie in numerischer Überlegenheit einstecken *mußte*. Als jedoch Schiedsrichter Jupp Kompalla (Krefeld) mehrere Kölner *Spieler gleichzeitig* auf die Strafbank schickte, sorgten die Zuschauer für *Aufregung*. Das Eis wurde mit Wurfgeschossen bombardiert, unter anderem zersplitterte eine Flasche, so daß zur Säuberung eine Unterbrechung nötig war. Über den Stadionlautsprecher drohte Kompalla, notfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit weiterspielen zu lassen.

Torjäger Sikora meinte zwar, Trainer Nilsson habe in der Zwangspause nur *gesagt*, die Mannschaft solle ruhig und ohne Hektik weiterspielen, *doch offensichtlich war dies genau* die richtige Order. Plötzlich erhielten die *Kölner, die schon geschlagen* schienen, unerhörten Rückenwind. *Bis zur 54. Minute schafften* Augsten und Meitinger den Ausgleich, und 26 Sekunden vor der Schlußsirene gelang Peter Schiller sogar noch die Entscheidung zum 6:5. Ausgerechnet Schiller – der heißblütige Außenstürmer stand noch im Dezember nach Differenzen mit Schatzmeister Clemens Vedder auf der Abschußliste und sollte abgegeben werden, es fand sich jedoch kein anderer Klub.

Insgesamt erfüllte der Final-Auftakt nur die Erwartungen, was die *Spannung betrifft*. Spielerische Feinheiten kamen bei diesem Kampf zu kurz, *weil beide Trainer auf* Taktik setzten. Kölns Torjäger Sikora wurde *in Manndeckung durch den* Deutsch-Kanadier Dave Hatheway genommen, der gefährlichste Düsseldorfer Stürmer, Peter Lee, sah sich ständig von Augsten verfolgt. „Solch ein Polizisten-Eishockey ist nichts für die Zuschauer", schimpfte Bundestrainer Xaver Unsinn. Und: „Die Schlußphase hat für vieles entschädigt. Aber ich bin überzeugt, daß die DEG ohne die Spielunterbrechung gewonnen hätte."

Unsinn hofft, daß *beide* Teams in den nächsten Spielen die taktischen *Fesseln ablegen. Denn das dritte* Fernsehprogramm des WDR schaltet sich *morgen* und *am Freitag* beim dritten und möglicherweise vierten *Spiel live zu (andere Anstalten wollen* mitziehen) und überträgt in voller *Länge. „Das kann eine tolle* Werbung für das Eishockey werden", glaubt der Bundestrainer. (Das Resultat der gestrigen zweiten Begegnung lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor).

In die Röhre werden wohl nur die Schwarzmarkthändler sehen, die schon am Freitag auf vielen Karten *sitzen blieben*. Denn wenn *der offi*zielle Preis für ein Tribünenticket schon bei 200 Mark liegt, *dazu noch*, wie ebenfalls in dieser Preiskategorie geschehen, der Zusatz „Sichtbehinderung" aufgedruckt ist, dann sind dies *ja schon Schwarzmarkt-ähnliche* Bedingungen – die „Wucherhaie" lassen grüßen.

SKI NORDISCH / Österreicher Andreas Felder Weltmeister im Skifliegen

Weltrekord und viele brutale Stürze

O. B./dpa/sid, **Mitterndorf**

Mit einem Flug von 191 Meter – also genauso weit wie im letzten Jahr der Finne Matti Nykänen beim Weltrekord in Planica (Jugoslawien) – gewann der Österreicher Andreas Felder (24) in Bad Mitterndorf (Österreich) die Weltmeisterschaft im Skifliegen. Felder, der es am Schlußtag außerdem auf die Weiten 161 m und 175 m brachte und dafür die Note 745,0 erhielt, siegte vor seinem Landsmann Franz Neuländtner (Note 731,5/ Weiten: 174/179/180m) und Matti Nykänen (699,0/173/185/176). Sechster wurde Thomas Klauser aus Reit im Winkl (674,5), der gestern wie schon am Freitag den Deutschen Rekord von 176 Metern einstellte.

Überschattet wurde die Veranstaltung von den schweren Stürzen des Japaners Yashiro Akimoto, des Norwegers Sven-Ake Berg und des „DDR"-Springers Ulf Findeisen. Akimoto hatte sofort nach dem Absprung Oberluft bekommen und sich dann mehrmals überschlagen. Nach einer ersten Diagnose erlitt der Japaner einen offenen Unterschenkel-Bruch und eine Gehirnerschütterung.

Ulf Findeisen widerfuhr Ähnliches. Der „DDR"-Springer schlug mit dem *Kopf zuerst auf*. Neben schweren Prellungen wurde eine Gehirnerschütterung *nach kurzer Bewußtlo*sigkeit diagnostiziert. Was dem Norweger Berg bei dessen Sturz widerfahren ist, stand bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht fest.

Obwohl der Schanzen-Sprecher vor 30 000 Zuschauern feststellte: „Das waren die schlimmsten Stürze, die wir jemals hier erlebt haben," obwohl es zuvor seit 1962 keine schweren Unfälle mehr am Kulm gegeben hat, wurde die Veranstaltung zügig fortgesetzt.

Rekord oder Sturz? Zwischen diesen beiden Extremen pendelte zu*mindest am letzten Tag die* Skiflug-Welmeisterschaft am Kulm. Und wie war es zuvor? Vize-Weltmeister Neuländtner erzählte: „Ich sah den Weltrekord-Strich von 191 Meter. Ich hätte drüber springen können, aber ich habe instinktiv die Leine gezogen. Ich hatte Angst, den Sprung zu stehen. Denn eine falsche Bewegung – dann zerschellst du."

Die Angst des Franz Neuländtner traf sich mit dem, was Gian-Franco Kasper, der Schweizer Direktor des Internationalen Ski-Verbandes (FIS), befürchtete. Kasper erklärte, warum die *Weltmeisterschaft trotz* des weiten Fluges von Andreas Felder nicht *zu einer Rekordfliegerei* um jeden Preis ausgeufert ist: „Wir hatten oben *am Turm einen Mann mit einem gro*ßen Bremspedal, und zwar den technischen Delegierten Wolfgang Happle aus Meinerzhagen, der in den sechziger Jahren selber einer der besten Skiflieger war. Er achtete darauf, daß die Anfahrtsgeschwindigkeit von 110 Kilometern in der Stunde nicht überschritten wurde. So wollen wir es künftig auch in Planica halten, wo noch eher die Chance besteht, über die 200-m-Marke zu fliegen."

Was ganz offenbar in Bad Mitterndorf aber nicht viel geholfen hat – hätte es sonst drei schwere Unfälle gegeben?

Der deutsche Bundestrainer Ewald Roscher meinte dazu: „Wenn die Bestimmungen der FIS eingehalten werden, ist es nirgendwo auf der Welt möglich, 200 Meter oder weiter zu springen. Trotzdem wird überall Druck auf alle möglichen Leute ausgeübt, um diese Schallmauer zu durchbrechen." Und Roscher ist überzeugt, daß bei den Springern, die sich derzeit für einen Tagessatz von 15 Schweizer Franken von der Schanze stürzen, Startgelder und Rekord-Prämien von 20 000 Mark die „Dämme brechen" (Roscher) lassen würden. „Sie werden dann mit fünf oder *sechs Metern mehr Anlauf in die Spur* gehen und Kopf und Kragen riskieren."

NACHRICHTEN

Langer ausgeschieden

Miami (GAB) – Bei seinem siebten Start auf der amerikanischen Golf-*Tournee schaffte Bernhard Langer* (Anhausen) bei der „Doral Eastern Open" in Miami mit 69+76=145 Schlägen nur den 92. Platz und schied erstmals vorzeitig aus. Nur die besten 72 der 150 Teilnehmer (bis 143 Schläge) durften weiterspielen. Halbzeitbester war Tom Kite (USA) mit 66+67=133 bei Par 72.

Stevenson unterlag

Berlin (sid) – Kubas *Box-Idol* Teofilo Stevenson verlor das Finale des 15. Chemiepokal-Turniers in *Halle* im Superschwergewicht gegen den „DDR"-Meister Ulli Kaden nach Punkten. Für den Kubaner war es die elfte Niederlage in 303 Kämpfen.

Weltcup-Sieg für Angerer

Lahti (sid) – Biathlon-Olympiasieger und Vize-Weltmeister Peter Angerer aus Hammer schaffte in Lahti über 20 Kilometer in dieser Saison seinen dritten Weltcup-Sieg. Über zehn Kilometer wurde Angerer lediglich Zehnter. Die Führung im Gesamt-Weltcup gab er damit an Andre Sehmisch („DDR") ab, der das Rennen in Lahti gewann.

Peter Zipfel Zweiter

Zuoz (dpa) – Peter Zipfel (Kirchzarten) fehlten zwei Sekunden zum Sieg. Beim 18. Engadiner Ski-Marathon von Maloja nach Zuoz mußte sich Zipfel nur dem Schweizer Konrad Hallenbarter geschlagen geben.

Tor von Hansi Müller

Innsbruck (sid) – Der frühere deutsche Fußball-Nationalspieler *Hansi Müller* war beim 3:0-Erfolg von Wacker Innsbruck über Sturm Graz der überragende Spieler *auf dem* Platz. Mit einem Freistoß gelang Müller *das Tor zum 2:0. In* dieser Saison hat er damit neun Treffer erzielt.

Mexiko: Kein schulfrei

Mexiko-City (dpa) – Die mexikanischen Schüler müssen auch während der Fußball-Weltmeisterschaft die Schulbank drücken. Das Erziehungsministerium lehnte eine Anregung der WM-Organmisation ab, im Juni den Volks- und Oberschülern Gelegenheit zu geben, in den Stadien oder am Fernseher die Spiele der Endrunde aktuell mitzuerleben.

Auch Leandro fällt aus

Rio de Janeiro (sid) – Nach Zico (Knieverletzung) müssen die Brasilianer beim Fußball-Länderspiel am Mittwoch (20.15 Uhr) in Frankfurt gegen Deutschland auch auf den rechten Verteidiger Leandro verzichten. Der Brasilianer zog sich eine Verletzung am linken Knöchel zu.

Williams verunglückt

Toulon (sid) – Der britische Formel-1-Rennstallbesitzer Frank Williams wurde bei einem Autounfall auf der Rennstrecke von Castellet erheblich verletzt. Williams verlor in einer Kurve die Kontrolle über sein Fahrzeug und überschlug sich mehrmals. Er wurde in das Krankenhaus von Toulon eingeliefert.

Portugal-Rallye beendet

Estoril (sid) – Die von drei Toten und 35 Verletzten überschattete Rallye-Portugal endete in Estoril mit einem Sieg des Toyota-Privatfahrers Joaquim Moutinho (Portugal) vor seinem Landsmann Carlos Binca (Lancia). In der Gesamtwertung bleibt der Finne Juha Kankkunen (Peugeot) mit 28 Punkten in Führung, obwohl sich nach den tödlichen Ereignissen alle Werkteams von dem Wettbewerb zurück gezogen hatten.

Real nicht zu stoppen

Madrid (sid) – Real Madrid besiegte in der spanischen Fußball-Meisterschaft den Titelverteidiger FC Barcelona (ohne Bernd Schuster) mit 3:1 (0:0) und hat nun acht Punkte Vorsprung. Der Schotte Steve Archibald *vom FC Barcelona wurde in der 70.* Minute vom Platz gestellt.

Dremmler muß aufhören

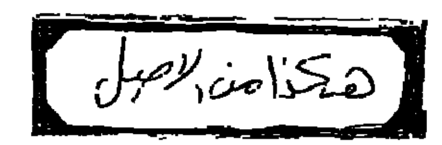
München (sid) – Der frühere Fußball-Nationalspieler Wolfgang Dremmler vom FC Bayern München muß wegen einer Knieverletzung seine Karriere beenden. Der Verein und Dremmler werden einen Antrag auf Sportinvalidität stellen.

Majewski für Polen

Warschau (sid) – Ein Comeback in der polnischen Fußball-Nationalelf soll Stefan Majewski, der in der Bundesliga für den 1. FC Kaiserslautern *spielt, am 26. März in Gijon* beim WM-Testspiel gegen Spanien feiern. *Polens Nationaltrainer Antoni* Piechniczek berief den 30 Jahre alten Ab*wehr- und Mittelfeldspieler* in seinen vorläufigen Kader für Gijon.

Navratilovas Rekord

Piscataway (dpa) – Die amerikanische Weltranglisten-Erste Martina Navratilova gewann das Tennis-Turnier von Piscataway (New Jersey) durch einen 3:6, 6:0, 7:6-Erfolg über Helena Sukova (CSSR). Sie erhielt eine Siegprämie von 32 000 Dollar und ist damit die erste Tennisspielerin der Welt, die sich in ihrer Laufbahn über zehn Millionen Dollar erspielt hat: genau 10 006 424 Dollar.



FUSSBALL-BUNDESLIGA / Schwere Verletzungen von Nationalspielern – Hat Bayern das Titelrennen verloren?

Littbarski: „Mexiko, das kann ich abschreiben" – andere Pläne auch?

ULFERT SCHRÖDER, Köln

Eigentlich war da gar nichts. Ein Tritt des Schalker Thomas Kruse. Ein Sprung, eher ein Hüpfer, von Pierre Littbarski. Der linke Fuß des Kölners knickt dabei weg. Littbarski humpelt, legt sich auf den Rasen, der Arzt und der Masseur kommen. „Ich habe was knacken gehört", sagt Littbarski.

So oder ähnlich beginnen alle Geschichten vom Betriebsunfall am Samstagnachmittag. Völler, Augenthaler, Aumann, Littbarski. Die jüngsten Fälle. Teure, hochversicherte Gliedmaßen, halten der Belastung nicht mehr stand. „Es gab einen kurzen Augenblick, da war Littbarski ziemlich down", sagt der Arzt.

Doktor Günther Enderer hatte ihn behandelt gleich auf dem Rasen. Hatte ihn wieder auf die Beine gestellt. „Er wollte weitermachen", sagt der Arzt. Littbarski humpelte, kniff die Lippen zusammen. „Es tut schrecklich weh", sagt er in der Kabine. „Ich hab ihm gesagt, daß wir ins Krankenhaus müssen. Sehen, was los ist", berichtet Enderer. Auf dem Weg ins Gelsenkirchener Hospital „Bergmannsheil" bohren Ungewißheit und Ungeduld. „ich habe ihn schon vorsichtig vorbereitet", sagt der Doktor. Littbarski redet von dem Knacks, den er gehört hatte. „Du mußt dich verhört haben", sagt Enderer. „Am Knochen kann eigentlich nichts sein. Zum Glück."

Das ist der Augenblick, wo Littbarski ganz unten ist, seine Psyche völlig durchhängt. Geheult hat er nicht. Aber es war ihm danach. „Mexiko, das kann ich abschreiben", stöhnt er. Andere Pläne natürlich auch. Die Spiele bis zum Ende der Saison. Die Gedanken an Italien. „Warte doch erst mal ab", sagt der Arzt, „und wenn was kaputt ist, wird es sofort repariert und der Weg zurück beginnt schon morgen." Das ist ein verteufelter Balance-Akt. Aufs Schlimmste vorbereiten und trotzdem die Hoffnung noch nähren.

Dann geht alles sehr schnell. Röntgenaufnahmen. Resultat: Doppelter Bänderriß im linken Knöchel. Im Bus der Kölner Mannschaft rollt Littbarski zurück an den Rhein. Spitze Wangenknochen, die Augen tief in den Höhlen. „Alles aus. Mexiko im Eimer. Scheiße", knurrt er.

Zur selben Zeit tickern die Fernschreiber der Nachrichtenagenturen die Meldung ins Land. In Köln macht sich Professor Eckart Hertel auf den Weg zum Eduardus-Krankenhaus. Als Littbarski um sieben Uhr dort eintrifft, ist schon alles vorbereitet für die Operation. „Wir müssen operieren, ehe die Schwellung einsetzt", hatte Enderer gesagt. Eine halbe Stunde schneiden und nähen die beiden Ärzte. Enderer: „Am linken Sprunggelenk, am Außenknöchel, verlaufen drei Bänder. Zwei waren völlig zerrissen. Das dritte war zur Hälfte durch. Und die Kapsel war angerissen." Deprimierender Zustandsbericht eines Knöchels. „Eine schwere Verletzung", sagt Enderer.

Nach 90 Minuten ist der Knöchel repariert, der Fuß vergipst, ein Berufsspieler auf dem Weg zurück an den Arbeitsplatz. Ein Weg von sechs Wochen, acht Wochen, zehn Wochen. Zuspruch, Aufmunterung hat Littbarski genug. Seine Frau Monika ist da, der Kollege Harald Schumacher. Der Manager Rüdiger Schmitz. Aber der Patient befindet sich in Narkoseträumen. „Morgen bitte für zehn Mark Eis", bestellt er. Als er aufwacht, ist die gute Laune nicht verflogen. „Er hat sich gefangen", sagt der Arzt. „Jetzt kommt die Spielernatur durch", sagt der Manager. „Was passiert ist, kann man nicht ändern", sagt Littbarski. „Jetzt müssen wir Gas geben, damit wir den Zug nicht verpassen."

In einer Woche, in zehn Tagen darf Littbarski nach Hause. In zwei Wochen werden die Fäden gezogen. Von da an trägt er nachts eine Gipsschiene und tags einen Spezialschuh, an dessen Seitenschaft Korsettstangen die Funktion der Bänder übernehmen, ein Knicken verhindern. Von der sechsten Woche an darf Littbarski traben, nach acht Wochen kann er voll mit dem Ball trainieren. Aber mit dem Training beginnt er schon heute. Muskelarbeit, Oberkörpergymnastik im Sitzen. Dann Krafttraining. „Körperlich wird er fit sein. Muskelmasse wird er nicht verlieren", sagt Enderer. Und: „Wenn die Wunde gut verheilt, wenn er Glück hat, kann er in zehn Wochen wieder spielen".

In zehn Wochen, das wäre am 17. Mai. Franz Beckenbauer wiederholt, was er schon Völler versprach. „Wenn du am 15. Mai so weit bist, nehme ich dich mit." „Das schaff' ich", sagte Littbarski. Gestern nachmittag hatte er wieder Mut. Und sein Eis hatte er auch.

*

„O mei, der auch noch," so lautete die erste Reaktion von Teamchef Franz Beckenbauer in Kitzbühel. Und weiter: „Es ist zum Heulen. Es vergeht ja kaum ein Tag ohne eine neue Hiobsbotschaft." Nach Uwe Rahn und Rudi Völler muß Beckenbauer für das Länderspiel am Mittwoch (20.15 Uhr) gegen die Brasilianer in Frankfurt nun auch auf Littbarski und den Münchner Libero Klaus Augenthaler (Muskelfaserriß), der vier Wochen pausieren muß, verzichten.

Besonders auf den Kölner Littbarski hatten Teamchef Franz Beckenbauer und Trainer Horst Köppel gebaut. Beckenbauer sagt: „Gerade Techniker wie ihn braucht man drüben in Mexiko. Mit Littbarski haben wir fest gerechnet."





Udo Lattek (links) graust es, Jörg Schmadtke schreit seine Freude heraus. FOTOS: FRINKE, SIMON

Hoeneß gibt die Hoffnung nicht auf – Fortuna feiert Schmadtke und Zewe

BERND WEBER, München

In der Vereinszeitschrift des FC Bayern München hatte Manager Uli Hoeneß auf einen 3:0-Sieg seiner Mannschaft gegen Fortuna Düsseldorf getippt. Das sollte man ihm im Nachhinein aber nun wirklich nicht als Überheblichkeit auslegen, denn mit seiner Prognose lag Hoeneß durchaus im Trend allgemeiner Erwartungen.

Es sprach schließlich alles für die Münchner. Ihr zweiter Tabellenplatz, ihr Wissen darum, daß ein Ausrutscher auf eigenem Platz voraussichtlich das Ende aller Hoffnungen auf eine erfolgreiche Titelverteidigung bedeuten würde. Und sicherlich war in der Bayern-Einschätzung des abstiegsbedrohten Gegners auch nicht ganz ohne Belang, daß der zuletzt vor 19 Jahren, genau am 21. Jnuar 1967, in München gewonnen hatte. Was also konnten die vermeintlichen Düsseldorfer Habenichtse im Olympiastadion schon einbringen, außer ihrer Hoffnung, die Niederlagen in wenigstens einigermaßen erträglichen Grenzen zu halten? Im Grunde nichts.

Doch als am Ende abgerechnet wurde, stand die Fußballwelt Kopf. Die überglücklichen Fortunen, die mit ihrem 3:2-Sieg für den Sensation des Tages gesorgt hatten, fielen sich freudetrunken in die Arme, wälzten sich in Menschen-Trauben über den Rasen und rafften sich dann mit letzter Kraftanstrengung noch einmal auf, um in die Südkurve zu ihren Fans zu laufen und denen die verschwitzten, verdreckten Trikots zuzuwerfen. Düsseldorfs Präsident Peter Förster saß derweil auf der Ehrentribüne und sagte nur immer wieder den gleichen Satz: „Das gibt es doch gar nicht." Und Hoeneß? Der stand später mit versteinerter Mine vor der Kabine der Bayern und beschwor das Prinzip auch noch. „Ich bin einer von denen", so meinte er, „die den Hasen nicht verteilen, bevor er erlegt ist. Weil Bremen gegen Bochum nur 0:0 gespielt hat, bin ich der Meinung, daß sich unsere Chance auf die Titelverteidigung nur leicht geschmälert hat." Münchens Schatzmeister Kurt Hegerich indes sah es anders. Sein Kommentar: „Die Würfel sind gefallen, der Meisterschaftszug ist ohne uns abgefahren."

Vielleicht wäre alles anders gelaufen, das gaben auch die Düsseldorfer zu, wenn die Bayern an diesem Tag nicht so viel Verletzungspech gehabt hätten. Schon nach drei Minuten fiel Kapitän Klaus Augenthaler mit einem Muskelfaserriß aus, schlimmer erwischte es Raimond Aumann. Sekunden vor dem Halbzeitpfiff zog er sich im Getümmel einen Kreuzbandriß zu. Heute wird Aumann operiert, wahrscheinlich fällt er bis zum Ende dieses Jahres aus.

Trainer Udo Lattek stellte Jean-Marie Pfaff ins Tor – und der mußte Sekunden später das vorentscheidende 0:2 hinnehmen. Um diesen Treffer ist nun ein heftiger Streit entbrannt. Bayern-Mittelstürmer Dieter Hoeneß: „Ich empfinde es als grobe Unsportlichkeit von Gerd Zewe, daß er den Eckball, der dem 2:0 vorausging, normal gespielt hat. Schließlich hatte Lerby den Ball absichtlich ins Seitenaus geschlagen, um eine Behandlung des erkennbar schwer verletzten Aumann zu ermöglichen." Dem hält Förster jedoch entgegen: „Ich finde es geradezu absurd, wenn sich ausgerechnet die Münchner mit irgendwelchen Fairneß-Appellen an die Öffentlichkeit begeben. Meine Spieler haben mir glaubhaft erzählt, daß die fast während der gesamten 90 Minuten den Schweizer Schiedsrichter Kurt Röthlisberger aufs übelste beschimpft und beleidigt haben."

Aber im Prinzip war dies natürlich kein Thema bei den Düsseldorfern. Sie ließen sich auf dem Rückflug von ihren Anhängern ein paar Flaschen Sekt spendieren und feierten vor allem Torhüter Jörg Schmadtke (Trainer Dieter Brei: „Er hat mindestens sechs eigentlich unhaltbare Bälle abgewehrt") und Routinier Gerd Zewe, der – seitdem ein Vorstandsbeschluß vorliegt, daß sein am Saisonende auslaufender Vertrag nicht verlängert wird – eine Glanzleistung an die andere reiht. Trotzdem stellte Förster gestern gegenüber der WELT klar: „Auch wenn der öffentliche Druck vielleicht groß wird, werden wir nicht umdenken. Zewe bekommt keinen neuen Vertrag angeboten."

Das Aufgebot

DW. Bonn

Die neuen Verletzungen zwingen Teamchef Franz Beckenbauer erneut zu Experimenten. Im Länderspiel gegen Brasilien (Mittwoch, 20.15 Uhr in Frankfurt, Live-Übertragung im Ersten Programm) wird der Hamburger Jakobs wahrscheinlich wieder als letzter Mann eingesetzt. Mit dieser Mannschaft ist zu rechnen: Schumacher – Jakobs – Matthäus, Förster, Briegel – Rolff, Herget, Magath, Thon – Gründel, Rummenigge. – Außerdem sind dabei: Stein, Brehme, Buchwald, Allgöwer, Mill, Klaus Allofs.

Alle Aufsteiger am Tabellenende

							Heim		Auswärts	
1. Bremen	26	17	6	3	71:36	40:12	47:12	24:2	24:24	16:10
2. München	26	16	4	6	56:28	36:16	41:13	22:4	15:15	14:12
3. M'gladbach	24	13	7	4	53:33	33:15	34:13	21:5	19:20	12:10
4. Leverkusen	24	10	8	6	47:34	28:20	30:14	19:5	17:20	9:15
5. Hamburg	23	11	4	8	35:23	26:20	22:6	16:6	13:17	10:14
6. Stuttgart	25	10	6	9	45:38	26:24	27:11	15:9	18:27	11:15
7. Mannheim	22	8	7	7	31:26	23:21	24:11	18:8	7:15	5:13
8. Uerdingen	22	9	5	8	33:49	23:21	18:18	14:6	15:31	9:15
9. Bochum	23	10	3	10	42:36	23:23	29:16	16:6	13:20	7:17
10. Frankfurt	24	6	11	7	27:35	23:25	17:11	17:9	10:24	6:16
11. Dortmund	25	8	6	11	40:49	22:28	31:19	17:9	9:30	5:19
12. Schalke	23	8	5	10	37:35	21:25	25:11	16:8	12:24	5:17
13. Köln	24	6	8	10	34:45	20:28	22:15	14:8	12:30	6:20
14. Düsseldorf	26	8	4	14	40:59	20:32	24:17	16:10	16:42	4:22
15. K'lautern	24	6	7	11	31:38	19:29	18:10	15:9	13:28	4:20
16. Nürnberg	26	7	5	14	35:43	19:33	21:21	11:15	14:22	8:18
17. Saarbrücken	24	5	8	11	31:45	18:30	22:16	16:8	9:29	2:22
18. Hannover	23	5	4	14	35:71	14:32	16:21	9:11	19:50	5:21

2. Liga

DW. Bonn

Fortuna Köln hat nach seinem 2:1-Sieg über Kickers Stuttgart und der gleichzeitigen 1:2-Niederlage von Bielefeld gegen Oberhausen wieder eine sehr gute Ausgangsposition im Kampf um den Aufstieg. Die Rechnung von Trainer Hannes Linßen: „Wenn wir aus den 13 Spielen noch 14 Punkte holen, dann haben wir es geschafft."

DIE ERGEBNISSE

Köln – Stuttgart	2:1	(0:1)
Darmstadt – Aachen	1:1	(1:1)
Bielefeld – Oberhausen	1:2	(0:0)
Karlsruhe – Osnabrück	2:1	(0:0)
Bayreuth – Aschaffenburg	ausgefallen	
BW Berlin – Freiburg	ausgefallen	
Homburg – Braunschweig	ausgefallen	
Kassel – Solingen	ausgefallen	
TB Berlin – Hertha BSC	ausgefallen	
Wattenscheid – Duisburg	ausgefallen	

DIE TABELLE

1.Homburg	28	15	6	5	61:29	36:16
2.Köln	25	15	4	6	46:32	34:16
3.Bielefeld	27	14	6	7	45:29	34:20
4.Karlsruhe	26	12	7	7	44:33	31:21
5.Aachen	25	10	10	5	39:23	30:20
6.BW Berlin	26	10	10	6	49:33	30:22
7.Darmstadt	26	11	8	7	46:34	30:22
8.Kassel	25	13	3	9	38:34	29:21
9.Stuttgart	27	11	7	9	46:40	29:25
10.Wattenscheid	26	11	6	9	40:43	28:24
11.Oberhausen	27	8	9	10	40:45	25:29
12.Braunschweig	24	8	8	8	45:40	24:24
13.Solingen	25	8	7	10	34:47	23:27
14.Aschaffenb.	27	10	3	14	41:48	23:31
15.Osnabrück	25	6	10	9	31:37	22:28
16.Hertha BSC	27	4	12	11	32:47	20:34
17.Bayreuth	24	7	4	13	26:50	18:30
18.TB Berlin	25	6	6	13	36:52	18:32
19.Freiburg	23	5	6	12	29:43	16:30
20.Duisburg	24	3	4	17	19:48	10:38

Nachholspiele, Dienstag, 11. 3., 19.30 Uhr: Bielefeld – Solingen; **20 Uhr:** Osnabrück – Köln, Braunschweig – Oberhausen, Karlsruhe – Darmstadt. – **29. Spieltag: Freitag, 14. 3., 20 Uhr:** Aachen – Homburg, Osnabrück – Wattenscheid. – **Samstag, 15. 3., 15.30 Uhr:** Freiburg – Bayreuth, Solingen – TB Berlin, Duisburg – Darmstadt, Stuttgart – Kassel, Hertha BSC – BW Berlin. – **Sonntag, 16. 3., 15 Uhr:** Oberhausen – Köln, Braunschweig – Bielefeld, Aschaffenburg – Karlsruhe.

ERGEBNISSE

München – Düsseldorf	2:3	(0:2)
Bremen – Bochum	0:0	
Stuttgart – Nürnberg	3:1	(1:0)
Schalke – Köln	3:0	(2:0)
Dortmund – K'lautern	4:2	(1:0)
Hannover – Hamburg	ausgefallen	
Leverkusen – Frankfurt	ausgefallen	
M'gladbach – Mannheim	ausgefallen	
Saarbrücken – Uerdingen	ausgefallen	

DIE SPIELE

Dortmund – K'lautern 4:2 (1:0)

Dortmund: Immel – Pagelsdorf – Hupe, Kutowski – Storck, Bittcher, Zorc, Raducanu, Loose – Simmes, Wegmann. – **K'lautern:** Ehrmann – Geye – Wolf, Dusek – Spielberger (46. Schupp, 75. Majewski), Melzer, Moser, Brehme, Loechelt – Roos, Allofs. – **Schiedsrichter:** Junk (Fronhausen). – **Tore:** 1:0 Wegmann (17.), 1:1 Melzer (70.), 2:1 Zorc (71.), 3:1 Wegmann (75.), 3:2 Allofs (76.), 4:2 Simmes (86.). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karte:** Storck (4).

München – Düsseldorf 2:3 (0:2)

München: Aumann (45. Pfaff) – Augenthaler (3. Beierlorzer) – Eder, Pflügler – Schwabl, Matthäus, Lerby, Willmer – Wohlfarth, Hoeneß, Rummenigge. – **Düsseldorf:** Schmadtke – Fach – Weikl, Kuczinski, Grabotin (20. Bunte) – Bokkenfeld, Keim, Zewe, Dusend – Thiele (76. Jakobs), Demandt. – **Schiedsrichter:** Röthlisberger (Schweiz). – **Tore:** 0:1 Dusend (37.), 0:2 Fach (45.), 0:3 Dusend (49.), 1:3 Pflügler (62.), 2:3 Lerby (83.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Rummenigge (2), Dusend (4), Bokkenfeld (7/1).

Stuttgart – Nürnberg 3:1 (1:0)

Stuttgart: Roleder – Zietsch – Schäfer, K.-H. Förster – Müller, Allgöwer, Buchwald, Sigurvinsson, Nushöhr – Klinsmann (87. Reichert), Pasic (74. Hartmann). – **Nürnberg:** Heider – Reuter – T. Brunner, Giske, Grahammer – Geyer (56. H.-J. Brunner), Philipkowski, Güttler, Lieberwirth (41. Dorfner) – Andersen, Eckstein. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Allgöwer (45.), 2:0 Schäfer (47.), 3:0 Allgöwer (56.), 3:1 Eckstein (69.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Müller (7/1), Sigurvinsson (4), Eckstein (4), Andersen (2).

Schalke – Köln 3:0 (2:0)

Schalke: Junghans – Fichtel – Kleppinger, Kruse – Schipper, Dietz, Opitz, Dierßen, Thon – Hartmann, Täuber. – **Köln:** Schumacher – van de Korput – Prestin, Steiner – Lehnhoff, Geils, Hönerbach, Geilenkirchen, Pisanti (25. Janßen) – Littbarski (46. Dikkel), Allofs. – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tore:** 1:0 Täuber (24., Foulelfmeter), 2:0 Hartmann (33.), 3:0 Täuber (69.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Geilenkirchen, Janßen.

Bremen – Bochum 0:0

Bremen: Burdenski – Pezzey – Votava, Kutzop – Schaaf, Wolter, Sidka, Hermann, Okudera (55. Ordenewitz) – Neubarth, Burgsmüller. – **Bochum:** Kleff – Kempe – Oswald, Woelk – Lameck, Kree, Leifeld (57. Knüwe), Benatelli, Wegmann (70. Knappheide) – Fischer, Kuntz. – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Zuschauer:** 21 000. – **Gelbe Karten:** Kempe (4), Kree (2), Kuntz (3).

Die Statistik

Die fünf Spiele sahen 78 000 Zuschauer – wieder nur 15 600 im Schnitt. Noch 17 Spiele müssen nachgeholt werden. Lediglich Bremen, München, Düsseldorf und Nürnberg sind davon nicht betroffen. Der Stuttgarter Karl Allgöwer schob sich auf Platz drei der Torschützenliste (16 Treffer). Es führen weiter Neubarth (Bremen) und Kuntz (Bochum) mit 18 Toren.

VORSCHAU

Dienstag, 11. 3., 20.00 Uhr

Bochum – Mannheim	(1:4)

Freitag, 14. 3., 20 Uhr:

K'lautern – Leverkusen	(2:3)

Samstag, 15. 3., 15.30 Uhr:

Mannheim – München	(1:3)
Frankfurt – Bremen	(0:4)
Bochum – M'gladbach	(0:2)
Uerdingen – Dortmund	(2:5)
Hamburg – Saarbrücken	(2:2)
Köln – Hannover	(1:3)
Nürnberg – Schalke	(0:2)
Düsseldorf – Stuttgart	(0:5)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

HANDBALL / Jugoslawien verdient Weltmeister – Hirarchie durcheinandergerüttelt – Sturz der Lehrmeister UdSSR, Rumänien

Dem Kraftspiel alter Schule wurde eine deftige Abfuhr erteilt

sid/dpa, Zürich

Die Hierarchie ist durcheinandergebracht: Mit einer fast völligen Neugestaltung der Weltspitze und einem Millionengewinn für die Gastgeber endete die 11. Handball-Weltmeisterschaft der Männer in der Schweiz. 12 000 begeisterte Zuschauer eines teilweise berauschenden Endspiels bejubelten Jugoslawien nach dem 24:22 (12:12) gegen Ungarn in Zürich als würdigen Weltmeister. Zuvor waren Titelverteidiger UdSSR und Rekordweltmeister Rumänien in ein Fiasko gestürzt – die Plätze neun und elf sind für Topfavoriten mehr als nur ein Ausrutscher. Besser, aber nicht gut genug war die Mannschaft aus der Bundesrepublik Deutschland: Platz sieben war zu wenig, um das erklärte Minimalziel, die direkte Qualifikation für die Olympischen Spiele 1988 in Südkorea, zu schaffen.

Die Demontage des sowjetischen Lehrmeisters kollektiver Handball-Schule mit einem statisch-taktischen Spielsystem war nicht zuletzt das Verdienst der gelungenen jugoslawischen Mischung aus individuellem Können und taktischer Disziplin. Vlado Stenzel, der Jugoslawien 1972 beim Olympia-Turnier in München zur Goldmedaille führte, sagt über seine Landsleute: „Die Intelligentesten, physisch und psychisch Stärksten gewannen zu Recht den WM-Titel." Jugoslawien ist auch ohne Boykotthilfe die stärkste Handball-Nation der Welt. Hatte der Olympiasieg von Los Angeles 1984 durch die Abwesenheit der Ostblock-Länder noch fahlen Glanz, so strahlt dieser Titel der Jugoslawen um so heller.

Die Spieler des neuen Weltmeisters werden an der Spielerbörse schon hoch gehandelt. Die beiden Torhüter Mirko Basic und Zlatan Arnautovic verdienen in Zukunft ihr Geld in Spanien, die Stars Jovica Svetkovic und Veselin Vujovic werden von Bundesligaklubs umworben.

Ein Musterbeispiel an Beständigkeit lieferte die „DDR" und gewann mit dem 24:23 über Schweden die Bronzemedaille. Das Team von Trainer Paul Tiedemann bildete die Ausnahme der zentralen Erkenntnis dieser 11. WM: Noch nie gab es einen so krassen Einbruch der Elite. Tiedemann: „Der Handball hat gewonnen. Herausragende Teams wie das der UdSSR von 1982 gibt es nicht mehr. Die Spitze reicht von eins bis zehn."

Die Rückkehr von Ex-Weltmeister Schweden (1954 und 1958) mit jungen, schwungvollen Individualisten, die Olympia-Qualifikation von Island mit Platz sechs und Südkoreas furioses Angriffsspiel haben die Handball-Welt in einem Maße belebt, wie es keiner erwartet hatte. Virtuoses Angriffsspiel und elegante Technik haben dem Krafthandball alter Schule eine gehörige Abfuhr erteilt.

Auf das insgesamt positive Urteil über die WM fiel nicht nur am Finaltag ein Schatten. Mit einem Protest sorgte Südkorea für einen Eklat. Das Team erschien nicht zur Ehrung des Torschützenkönigs Jae-Won Kang (67 Treffer), sondern reiste direkt nach dem Spiel gegen die Schweiz um Platz 12 (22:27) ab. Südkorea hatte zuvor Einspruch gegen die umstrittene 25-Prozent-Regel eingelegt, die den Asiaten eine bessere Plazierung verdarb. Erst die Drohung des Weltverbandes IHF, den Gastgeber 1988 von seinem eigenen Olympiaturnier auszuschließen, bewog Südkoreas Funktionäre zur Umkehr. Zuvor hatte der Doping-Fall des rumänischen Torwarts Adrian Simioni für negative Schlagzeilen gesorgt.

Selten gab es nach einem WM-Turnier so viele Gerüchte um Rücktritt, Abschied und Trainerwechsel wie in der Schweiz. Die UdSSR verliert fast eine komplette Mannschaft, nachdem das personell identische WM-Team von 1982 und 1986 derart einbrach. Dennoch wird Trainer Anatolij Jewtuschenko (53) wohl im Amt bleiben. Rumäniens Trainer Pana, CSSR-Trainer Grubitzki und der Pole Wresniewski müssen ihren Hut nehmen. Island wird nach dem bravourösen sechsten Rang ein Opfer des polnischen Debakels (14.): Der an Island ausgeliehene Trainer Kowalczyk wird nun in seiner polnischen Heimat Aufbauarbeit leisten müssen. Die CSSR bereut, daß sie Trainer Vicha von Prag zum Bundesliga-Spitzenreiter TV Großwallstadt ziehen ließ.

Rund 100 000 Zuschauer verfolgten an sieben Spieltagen in 13 Hallen ein Spektakel, das der Schweiz trotz Kosten von 3,5 Millionen Franken mehr als 1,5 Millionen Gewinn einbrachte.

MOTORRAD

Daytona Beach: Mang erster Sieger aus Europa

dpa/sid, **Daytona Beach**

Als erster Europäer gewann der viermalige Weltmeister Anton Mang aus Inning auf einer Honda das berühmteste amerikanische Motorrad-Rennen, die nicht zur Weltmeisterschaftsserie zählenden 100 Meilen von Daytona Beach im US-Bundesstaat Florida.

Mang triumphierte auf dem 7,5 km langen Kurs, der 29 Mal zu umrunden war, in 57:31,175 Minuten und verwies seinen spanischen Teamkollegen, den Weltmeisterschaftsvierten von 1984, Alfonso Pons, mit fast einer Minute Rückstand auf Platz zwei. Dritter wurde Harald Eckl aus Vohenstrauß auf Honda. Mit Don Green folgte der erste Amerikaner erst auf Rang vier.

Reinhold Roth aus Amtzell am Bodensee mußte seine Hoffnungen auf einen der vorderen Plätze wegen eines Sturzes in der 15. Runde begraben. Roth, der in Daytona Beach seinen 33. Geburtstag feierte, lag zum Zeitpunkt des Sturzes auf dem dritten Platz.

Toni Mang hatte seine Honda 250 NSR bereits vor einer Woche in Daytona Beach übernommen. Es ist eine Weiterentwicklung jenes Motorrades, mit dem im letzten Jahr der Amerikaner Freddie Spencer überlegen die Weltmeisterschaft gewonnen hat. Mang dazu: „Es ist das erste Mal in meiner 14jährigen Karriere, daß ich gleich zu Saisonbeginn ein absolut fertiges und konkurrenzfähiges Motorrad zur Verfügung habe. Es ist kleiner und leichter als unsere Maschine vom letzten Jahr. Der Motor hat dazu mehr Leistung, wobei ich vor allem von der Beschleunigung sehr beeindruckt bin."

Als Mang beim Training über eine Bodenwelle raste, rutschte er von den Fußrasten, prallte mit der Brust auf den Tank und zog sich eine schmerzhafte Prellung zu. Das Rennen bestritt er mit einem Stützverband.

Zum Aufeinandertreffen der Werkteams von Honda und Yamaha kam es in Daytona Beach noch nicht. Der italienische Rekord-Weltmeister Giacomo Agostini, jetzt Yamaha-Teamchef, will den Münchner Martin Wimmer und den venezolanischen Ex-Weltmeister Carlos Lavado erst am 5. Mai beim Weltmeisterschafts-Auftakt in Spanien einsetzen.

SKI ALPIN / Abfahrts-Weltcup für Wirnsberger

Wasmeiers neue Haltung: Hände auf dem Rücken

sid/dpa, **Aspen**

Peter Wirnsberger hat es geschafft. Mit dem zweiten Platz hinter dem Schweizer Peter Müller bei der Abfahrt in Aspen (US-Bundesstaat Colorado) gewann der Österreicher den Abfahrts-Weltcup. Der 27jährige hatte zu Beginn dieser Saison bereits vier klassische Abfahrtsrennen gewonnen – in Gröden, Schladming und Kitzbühel (zwei) – und damit den Grundstein zu seinem Erfolg gelegt.

Wirnsberger tritt damit die Nachfolge seines beim Training in Aspen schwer gestürzten Landsmannes Helmut Höflehner an. Er muß seinen Erfolg nur dann noch teilen, wenn Peter Müller am Samstag in Whistler Mountain (Kanada) noch einen vierten Saisonsieg landet. Wirnsberger: „Das wäre allerdings das Beste, was passieren könnte."

Von den deutschen Rennläufern hielt sich Markus Wasmeier (Schliersee) als Neunter am besten. Wasmeier verzeichnete als Neunter mit 1,47 Sekunden Rückstand auf Müller sein drittbestes Saison-Resultat und sorgte durch eine neuartige Abfahrts-Position mit hinter dem Rücken gehaltenen Armen für Aufsehen. Einem Skispringer ähnlich glitt er über die obere Streckenhälfte, hatte aber Schwierigkeiten, das Gleichgewicht zu halten, und zog im unteren Teil wieder die traditionelle Haltung vor. Er gewann damit aber immerhin sechs weitere Weltcup-Punkte und blieb somit Vierter in der Wertung um den Gesamt-Weltcup. Im Abfahrts-Weltcup ist er nun Neunter.

Der Tagessieg von Müller, in Aspen bereits sein vierter seit 1982, war um so wertvoller, als der Schweizer vor zwei Wochen in Schweden bei einem Sturz in Aare einen Knochenbruch im linken Handgelenk erlitten hatte. Die Ärzte prognostizierten ihm schon das vorzeitige Ende der Saison, doch sie hatten nicht mit der Trotzreaktion gerechnet, die Müller schon immer zu besonderen Taten befähigte. So auch diesmal: Das Rennen des mit einer Ledermanschette um den lädierten Arm gestarteten Olympiazweiten von Sarajevo war nahezu perfekt. Müller: „Viel schneller hätte ich nicht mehr fahren können, ich fand einfach die ideale Linie."

Im kanadischen Sunshine Valley feierte indes die Schweizer Abfahrtsspezialistin Maria Walliser mit fast einer halben Sekunde Vorsprung ihren dritten Saisonsieg vor ihrer österreichischen Rivalin Katrin Gutensohn. Maria Walliser baute damit ihren Vorsprung im Gesamt-Weltcup aus.

Beste Deutsche war bei idealen Verhältnissen die erst nach den deutschen Meisterschaften in Todtnau wieder in die A-Mannschaft aufgenommene Schwarzwälderin Heidi Wiesler als Sechste, nachdem sie sich vorher in Furano (Japan) und in Crans Montana (Schweiz) mit jeweils neunten Plätzen in die Weltelite zurückgemeldet hatte. Achte wurde die Münchnerin Marina Kiehl.

SPRINGREITEN / Kurt Gravemeier überraschte

Schockemöhle kämpft für einen Fernsehbeweis

dpa/sid, **Dortmund**

Sie haben ihn gefeiert wie den Sieger Michael Withaker aus England: Kurt Gravemeier (28) aus dem westfälichen Metting. Mit dem achtjährigen Schimmel Wembley war er beim Weltcup-Springreiten in der Dortmunder Westfalenhalle Dritter geworden.

Da staunte die Konkurrenz. Peter Weinberg aus Eschweiler: „Es ist unheimlich, was der Kurt nach so kurzer Zeit mit dem Pferd fertigbringt." Denn erst seit Juni letzten Jahres reitet Gravemeier den Schimmel, und zu Beginn verweigerte das Pferd selbst die kleinsten Hindernisse. 1985 gehörte Gravemeier denn auch noch nicht einmal zur Kader-Auswahl der deutschen Springreiter.

Mit jenem Elan, mit dem sich Gravemeier zu Beginn des vergangenen Jahres jedoch selbstständig gemacht hat, um gemeinsam mit drei Angestellten Pferde auszubilden, trat er nun auch bei den Turnieren an. So ist er nach dem dritten Platz im Weltcup-Springen auch der erfolgreichste deutsche Reiter in Dortmund. Er hatte zuvor bereits den Großen Preis von Nordrhein-Westfalen gewonnen und war zudem im Großen Preis der Bundesrepublik Deutschland als Vierter bester Deutscher gewesen.

Mit 40 Punkten weist Gravemeier auch in der Europaliga des Weltcups als Achter die beste Placierung aller deutschen Teilnehmer auf. Gravemeier: „Das müßte für das Finale in Göteborg reichen, da kann eigentlich nichts mehr passieren."

Ein großer Ritt durch Kurt Gravemeier und ein ungewöhnlicher Vorschlag von Paul Schockemöhle – damit setzten sich in Dortmund die deutschen Reiter in Szene. Denn Fernsehurteile sollen jetzt auch den Springreitern helfen. Jedenfalls bemühte sich der dreimalige Europameister in Dortmund, die Richter mit Hilfe von Video-Aufzeichnungen davon zu überzeugen, daß ihm und seinem Wallach Deister beim Großen Preis der Bundesrepublik Deutschland Unrecht geschehen sei.

Die Stange habe nicht richtig in der Halterung gelegen; deshalb sei sie heruntergefallen, als Deister sie nur leicht berührt habe, argumentierte der Reiter. Immer wieder ließ er die Aufzeichnung abspielen, um zu demonstrieren, daß es bei der Entscheidung nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. Unterstützung fand er bei seinem Reiterkollegen Michael Rüping. „Paul hat recht", meinte Rüping, als er den Film sah. Die Richter meinten jedoch, wenn die Stange auch nicht an der üblichen Stelle gelegen habe, so sei sie doch genügend fest gelagert gewesen.

Die französische Dressurreiterin Margit Otto-Crepin gewann auf Corlandus den Grand Prix Special vor Jan Bemelmans (Krefeld) auf Angelino. Dritte wurde die dänische Olympiazweite Anne Grethe Jensen auf Marzog.

RINGEN / Gleich sechs neue Meister bei den deutschen Titelkämpfen im klassischen Stil

Viele Favoritenstürze sorgten für die richtige Würze

sid/dpa, **Mutterstadt**

Serienweise Favoritenstürze belebten die deutschen Ringermeisterschaften im griechisch-römischen Stil in Mutterstadt. Sechs neuen Meistern standen nur vier erfolgreiche Titelverteidigungen gegenüber.

Neben dem Überraschungssieger Rosario Schmidt (Schifferstadt) im Papiergewicht, der den Favoriten Freddy Scherer (Wisenthal) mit 12:2 niederrang, setzten sich auch zwei erfahrene Kämpfer durch: Thomas Passarelli (Schifferstadt) im Federgewicht, der seit 1974 in dieser Klasse seinen neunten Titel gewann, und nach einer vierjährigen Pause auch Günter Klein (Lünen) im Superschwergewicht. Klein hatte zuvor schon fünf Titel (1978 bis 1982) im Schwergewicht gewonnen. Ein dritter aus der Garde der älteren Athleten, Uwe Sachs, beendete mit seiner siebenten Meisterschaft in Folge seine Meisterschafts-Karriere.

Zu den gestürzten Favoriten dieser mitunter auf hohem Niveau stehenden Titelkämpfe zählten Freddy Scherer, Antonio Jannaccone (Aalen), Andreas Steinbach (Lahr), Hans-Hermann Strauß (Aalen), Hans Seelos (Schifferstadt), Gerhard Himmel (Aschaffenburg), Rainer Weber (Nürnberg) und Miloslav Hulboj (Goldbach).

Einer der besten Ringer des Turniers war zweifellos der lange im Schatten von Karl-Heinz Helbing (zehn Weltergewichts-Titel von 1967 bis 1985) stehende Reimund Feser, der in der Klasse bis 74 Kilogramm fünfmal vorzeitig als Sieger die Matte verließ – und insgesamt noch nicht einmal zehn Kampfminuten benötigte.

Bewährt hat sich bei den Ringermeisterschaften die neu eingeführte Teilung der Endkämpfe – jeweils fünf Gewichtsklassen am Samstag und Sonntag – weil dabei erstmals alle Plätze wirklich ausgerungen wurden. Bislang waren oftmals Verletzungen vorgeschoben worden, um dem Placierungsgerangel am Sonntag zu entgehen. So wurde auch nicht unbedingt etwas dafür getan, um für die Kämpfe am Sonntagmorgen noch das Gewicht zu halten. Das alles ist nun anders geworden.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

FUSSBALL

Englischer Pokal, Viertelfinale: Brighton – Southampton 0:2, Luton – Everton 2:2; Achtelfinale, Wiederholungsspiel: Bury – Watford 0:3. – **Erste englische Division**, 33. Spieltag: Aston – Arsenal 1:4, Chelsea – Manchester City 1:0, Ipswich – Nottingham 1:0, Leicester – Coventry 2:1, Sheffield – Birmingham 5:1, Tottenham – Bromwich 5:0, Liverpool – Queens Park 4:1. – Tabellenspitze: 1. Everton 65 Punkte, 2. Liverpool 60, 3. Manchester United 59, 4. Chelsea 57. – **„DDR"-Oberliga**, 16. Spieltag: Rostock – Dresden 2:1, Magdeburg – Dynamo Berlin 0:0, Aue – Brandenburg 1:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 28:9, 1. Dresden 20:12, 3. Jena 17:11, 4. Lok Leipzig 17:13. – **Freundschaftsspiel**: Jülich – Südkorea 1:3.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, Abstiegsrunde, 1. Spieltag: TSV Hagen – Langen 83:74, Osnabrück – Oldenburger Turnerverband 60:71. – **DM**, Damen, Finale, 1. Spiel: Düsseldorf – München 73:54. – **1. Play-off-Runde**, Herren, 1. Spiel: SSV Hagen – Köln 78:66, Bayreuth – Bamberg 78:86, Charlottenburg – Gießen 80:90, Leverkusen – Göttingen 102:69.

BOXEN

Bundesliga, 6. Wettkampftag, Gruppe Nord: Ahlen – Flensburg 17:10. – Gruppe Süd: Eichstätt – Leonberg 12:13.

EISHOCKEY

Bundesliga, Play-off-Runde, Endspiele, 1. Spiel: Köln – Düsseldorf 6:5; um Platz 3: Iserlohn – Rosenheim 4:6. – **Qualifikation zur 1. Bundesliga**: Preußen Berlin – Rießersee 11:2, Augsburg – Bad Tölz 8:2, Frankfurt – Freiburg 11:1, Bayreuth – Duisburg 11:2, Sonthofen – Kassel 5:9.

HANDBALL

WM, Herren in der Schweiz, Finalrunde: Jugoslawien – Ungarn 24:22, um Platz 3: „DDR" – Schweden 24:23; um Platz 5: Spanien – Island 24:22; um Platz 7: Deutschland – Dänemark 25:18; um Platz 9: Rumänien – UdSSR 25:21; um Platz 11: Schweiz – Südkorea 27:22. – **DHB-Pokal**, Frauen, 2. Hauptrunde, Gruppe Nord: Bramfeld – Herzhorn 15:19, Oldenburger SV – VfL Oldenburg 19:29, Hamm/Sieg – Minden 15:22, Greven – Eilbeck 18:9, Leverkusen – List Hannover 24:9, St. Tönis – Harrislee 16:24, Brühl – Braunschweig 25:11. – Gruppe Süd: Bad Soden-Allendorf – Lützellinden 16:24, Kirchhain – Würzburg 12:22.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 16. Spieltag: Steinhagen – Grenzau 6:9, Reutlingen – Heusenstamm 9:0, Grenzau – Altena 9:5, Saarbrücken – Hertha BSC 9:2. – **Damen**, 14. Spieltag: Donauwörth – Stuttgart 9:4, Frankfurt – Großen-Linden 9:0, Kaiserberg – Saarbrücken 9:7, Ahlem – Berlin 5:9, Kleve – Saarbrükken 6:9, Soest – Reinickendorf 5:9.

SKI NORDISCH

Nordische Kombination in Falun/Schweden, Endstand: 1. Deutschland I (Müller, Schwarz, Weinbuch) 1246,3 Punkte, 2. Norwegen 1176,5, 3. Österreich 1166,3, 4. Deutschland II (Wucher, Pohl, Kramer) 1141,66. – Stand in der Weltcup-Länderwertung: 1. Deutschland 381, 2. Norwegen 303. – **30-km-Weltcup-Rennen der Herren in Falun**, klassischer Stil: 1. Wassberg 1:30:44,9 Std., 2. Eriksson (beide Schweden) 1:30:50,0, 3. Hole (Norwegen) 1:31:06,8, 4. Östlund (Schweden) 1:31:27,2, 5. Vanzetta (Italien) 1:31:48,4, . . . 20. Lang 1:34:15,0, . . . 23. Dotzler 1:35:07,0, . . . 38. Behle (alle Deutschland) 1:38:09,0. – Stand im Weltcup: 1. Svan 140, 2. Mogren (beide Schweden) 89, 3. Smirnow (UdSSR) 68, . . . 13. Behle 25.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Friedrichshafen – Fort. Bonn 1:3. – **Damen**: Stuttgart – Feuerbach 1:3, Vilsbiburg – Ettlingen 3:0, Augsburg – Lohhof 0:3, Berlin – Rüsselsheim 3:0.

WASSERBALL

Bundesliga, 5. Spieltag: Spandau – Cannstatt 12:7, Offenbach – Hamm 6:12, Braunschweig – Esslingen 7:11, Würzburg – Hannover-Linden 11:9, Düsseldorf – ASC Duisburg 12:11, Duisburg 98 – Köln 12:3.

EISSCHNELLAUF

Weltcup-Finale in Inzell, Herren: 5000 m: 1. Silk (USA) 7:04,05, 2. Karlstad (Norwegen) 7:04,95, 3. Eminger (Österreich) 7:07,20. – Endstand im Weltcup über 5000 m: 1. Silk 102, 2. Gustafson 100, 3. Eminger 98.

BIATHLON

Weltcup in Lathi/Finnland, 20 km: 1. Angerer (Deutschland) 1:08:34 Std., 2. Matous (CSSR) 1:08:36, 3. Zingerle (Italien) 1:09:31, . . . 9. Fritzenwenger (Deutschland) 1:11:34. – Stand im Weltcup: 1. Angerer 146, 2. Sehmisch („DDR") 108, 3. Eder (Italien) 108.

SKI ALPIN

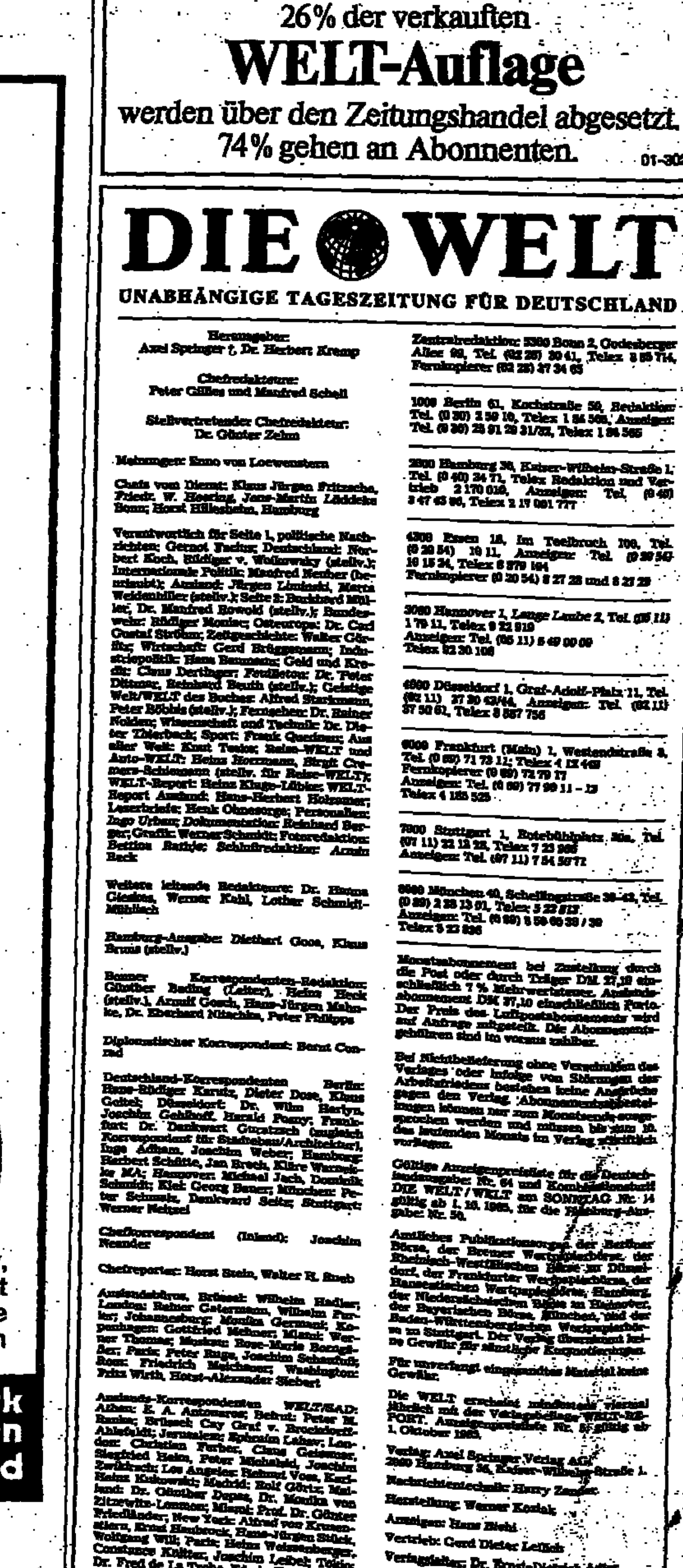
Weltcup-Abfahrt der Herren in Aspen/Colorado: 1. Müller (Schweiz) 1:42,96 Min., 2. Wirnsberger 1:43,25, 3. Stock (beide Österreich) 1:43,35, 4. Mahrer 1:44,11, 5. Zurbriggen (beide Schweiz) 1:44,18, 6. Girardelli (Luxemburg) 1:44,20, . . . 9. Wasmeier (Deutschland) 1:44,43. – Stand im Weltcup: 1. Girardelli 282, 2. Zurbriggen 229, 3. Müller 204, 4. Wasmeier 191. – Stand im Abfahrts-Weltcup: 1. Wirnsberg 120, 2. Müller 115, 3. Mair (Italien) 82. – **Weltcup-Abfahrt der Damen** in Sunshine Valley/Kanada: 1. Walliser (Schweiz) 1:32,37 Min., 2. Gutensohn (Österreich) 1:33,16, 3. Percy 1:33,34, 4. Savijarvi (beide Kanada) 1:33,71, 5. Zeller (Schweiz) 1:33,86, 6. Wiesler 1:34,08, . . . 8. Kiehl (beide Deutschland) 1:34,44. – Stand im Weltcup: 1. Walliser 241, 2. Hess 222, 3. Figini 177, 4. Schneider 170, . . . 8. Gerg 132, . . . 12. Hächer 108, . . . 16. Mösenlechner 78. – Stand in der Abfahrt: 1. Walliser 115, 2. Gutensohn 110, 3. Graham 100, . . . 7. Gerg 48, 8. Kiehl 43, 9. Mösenlechner 42, . . . 14. Wiesler 32.

REITEN

Internationales Turnier in Dortmund, siebtes Weltcupspringen: 1. Whitaker auf Warren Point 0 Fehler/30,86 Sek., 2. Skelton (beide England) St. James 0/30,96, 3. Gravemeier (Deutschland) Wembley 0/31,28.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 5, 14, 17, 33, 37, 43, Zusatzzahl: 32. – **Spiel 77**: 4 7 8 1 0 6 1. – **Toto**, Elferwette: 2, 1, 1, 2, 2, 0, 1, 2, 0, 1, 1. (Ohne Gewähr).



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

Pankraz, die Flöhe und die ewigen Angeklagten

Die „Enthüllungs"kampagne gegen den österreichischen Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim ist ein zwar tristes, aber sehr lehrreiches Stück Vergangenheitsbewältigung. Unübersehbar geht es jetzt nicht mehr gegen einen einzelnen, der sich möglicherweise schuldig gemacht hat, sondern gegen eine ganze Generation, nämlich gegen die deutsche und östereichische Kriegs- und Vorkriegsgeneration, der Waldheim entstammt. Es geht nicht mehr um Schuld, sondern um Angehörigkeit. Die bloße Eintragung in irgendwelchen Pässen oder Organisationskladden, das bloße In-der-Nähe-Gewesensein genügt offenbar, damit einer aus den Reihen der Kriegs- und Vorkriegsgeneration der Kriminalisierung ausgesetzt wird.

„Wir, die Welt der Angeklagten" hieß ein Buchtitel der Nachkriegszeit, der sich freilich selber nicht ganz ernst nahm, weil die These von der sogenannten Kollektivschuld damals von allen Einsichtigen zurückgewiesen wurde. Zu viele wußten noch, wie es wirklich zugegangen war und wie schwer es oft fiel, reinlich zwischen Schuld oder Unschuld zu unterscheiden. Heute, fast ein halbes Jahrhundert danach, scheint die Kriegs- und Vorkriegsgeneration tatsächlich *in toto* auf die Anklagebank gerückt. Mit dem Rückgang konkreten Einzelwissens stieg die Zahl der Pauschalbeschuldigungen und Kollektivbezichtigungen, mit der Ausdünnung der Anklagesubstanz steigerte sich die schäumende Wut (oder auch das schlaue Kalkül) des Anklagewillens.

Das hängt natürlich auch damit zusammen, daß sich die angeklagte Generation immer weniger wehren kann. Setzt man ihre Spannweite realistischerweise etwa zwischen 1895 (Geburtsjahr von Ernst Jünger, Hauptmann i.R.) und 1926 (Geburtsjahr von Siegfried Lenz, Flakhelfer) an, dann ergibt sich, daß die meisten ihrer noch lebenden Angehörigen entweder längst Rentner sind oder demnächst ins Rentenalter einrücken. Gegen solche Jahrgänge läßt sich leicht in Selbstgerechtigkeit machen.

Wem es indessen nicht um anmaßungsvolle Selbstgerechtigkeit, sondern um historische Gerechtigkeit zu tun ist, den ergreift wohl, wenn er die Lebensstrecke der in Frage stehenden Generation abmustert, eine tiefe Erschütterung und eine mit Mitleid und Grauen untermischte Bewunderung für diese Menschen, die soviel durchmachen mußten, die existentiell so ungeheuer gefordert wurden – gefordert wie noch keine deutsche Generation zuvor – und von denen dennoch so viele ihr Leben und ihren Tod so tapfer bestanden haben.

Man muß sich klar machen, daß sich die allermeisten Angehörigen einer Generation nicht als Gestalter, sondern als Opfer der geschichtlichen Prozesse sehen, und zwar vollkommen zu Recht. Es gibt jeweils nur wenige echte Täter und unter denen allenfalls ein Häuflein dämonischer Assozialer, die sich über alle Regeln und Normen hinwegsetzen und bewußt das Verbrechen wählen. Die anderen sehen sich „in der großen Drift", wie Rudolf Krämer-Badoni das einmal genannt hat, die Ereignisse „kommen über sie", und sie haben alle Hände voll zu tun, zu reagieren und zu überleben, ihre Familie satt zu machen und dabei halbwegs anständig zu bleiben.

Schon der vielfache Wechsel der Regierungsformen in Deutschland, von der Monarchie über die Weimarer Republik und über die Diktatur zu den unterschiedlichen Nachkriegsordnungen, war sehr viel mehr, als eine einzige Generation gerechtermaßen aushalten kann. Nicht einmal den Zeitgenossen der französischen Revolution und Napoleons (1789 bis 1815) sind derartige Umbrüche zugemutet worden, ganz abgesehen davon, daß ein Regimewechsel damals bei weitem nicht so gründlich und so schnell auf sämtliche Lebensverhältnisse durchschlug wie heute, die Menschen also sehr viel mehr Zeit zur Anpassung hatten.

Der Deutsche der Kriegs- und Vorkriegsgeneration mußte sich innerhalb kürzester Zeit gleich mehrere Male in seiner staats- und gesellschaftspolitischen Loyalität entscheiden, und jede seiner Entscheidungen hatte Folgen für Leib, Leben und Glauben. Er sah sich, zwischen den Kriegen, nicht nur als Besiegter, sondern durch den Versailler Vertrag zum Paria der Welt degradiert, in seiner industriellen Tüchtigkeit behindert, am Ende ins pure Elend gestürzt. Nach dem zweiten Krieg, zweifellos dem härtesten Krieg der Weltgeschichte, wurden Hunderttausende seinesgleichen in der Gefangenschaft in Jugoslawien zu Tode gefoltert, Millionen in Sibirien als Arbeitssklaven verbraucht, auf der Flucht erschlagen, abgeurteilt, „umerzogen", in Lager gebracht, in riesigen Elendszügen über die Grenzen des vielfach zerteilten Landes hin- und hergeschoben.

Bedenkt man das alles, dann hat man wirklich Grund, darüber zu staunen, wie gut der Aufbau nach 1945 geriet, zumindest dort, wo man nicht wiederum politische Hindernisse errichtete. Es war ja dieselbe Generation der Jahrgänge zwischen 1895 und 1926, die Väter und Großväter der heute lebenden Deutschen, die diesen Aufbau leisteten! Es waren die aus der Gefangenschaft heimgekehrten Offiziere, die die neuen großen industriellen Unternehmen schufen, die den Welthandel organisierten, den Wohlstand und die soliden, leidlich zivilisierten politischen Umgangsformen, von denen die nachgewachsenen Generationen profitieren.

Wenn sich diese nachgewachsenen Generationen (von denen zur Zeit nicht einmal sicher ist, ob sie den biologisch-genetischen Bestand ihres Volkes zu sichern imstande sein werden) nun zu Dauerrichtern über die Väter- und Großvätergeneration aufwerfen, so beweisen sie damit nur ihre Außenleitung und historische Ignoranz. Ihre Unerheblichkeit wird vielleicht einmal als gravierendster Vorwurf gegen die Kriegs- und Nachkriegsgeneration übrigbleiben. Diese hat Drachen gesät, um Flöhe zu ernten, und vor solchem Pech schützt offenbar nicht einmal die Anklagebank.

Pankraz

Sydney Pollacks für elf Oscars nominierter Film „Jenseits von Afrika", nach Karen Blixens Erinnerungen

Einmal Baronin auf einer Plantage sein



Fasziniert von Afrikas „dunkel lockender Welt": Meryl Streep als Karen Blixen in Sydney Pollacks Film FOTO: UIP

Sie erzählt Geschichten wie kaum jemand sonst, die junge Dänin Karen Blixen. Auf ihrer Kaffeeplantage im Hochland Kenias serviert sie sie manchmal am Abend ihren Freunden zum Dessert, und die geraten ins Träumen – bis alle Kerzen heruntergebrannt sind.

In Sydney Pollacks Film „Jenseits von Afrika" begegnen wir Karen im Jahre 1914 auf einer Jagdgesellschaft in Dänemark. Sie ist knapp dreißig, vermögend, unbemannt und abenteuerlustig. Sie macht dem schwedischen Baron Bror Blixen, einem rechten Lotterbuben, der keinen roten Heller besitzt, einen Heiratsantrag. Der nimmt an – und Karen wird Baronin.

Die Frischvermählten kaufen sich eine Kaffeeplantage im damals noch britischen Kenia. Doch Bror erweist sich bald als höchst unzuverlässiger Partner – auf der Farm wie in der Ehe, die folglich unglücklich wird. An der Seite dieses Mannes wird sich Karen aber ihrer Kraft bewußt. Sie wird die ungewöhnlichste Frau der Kolonie, nicht nur weil sie ein enormes Geschick im Umgang mit den Eingeborenen entwickelt.

Pollacks Film basiert auf Karen Blixens Erinnerungsbuch „Out of Africa", das sie 1937, nach Dänemark zurückgekehrt, unter dem Pseudonym Isak Denisen publiziert hat und mit dem sie schlagartig berühmt wurde. Der Film trifft ungeheuer exakt den Erzählton der Blixen, aus deren Perspektive Afrika auch geschildert wird. Er mutet folglich sehr weiblich an, kommt inmitten all der Action- und Weltraumabenteuer Hollywoods geradezu altmodisch daher, in den Kostümen wie in den Gefühlen. Vielleicht hat ihm gerade das die elf Oscar-Nominierungen eingebracht, die ihn Ende März wahrscheinlich zum Sieger im Rennen um die begehrte Filmtrophäe machen werden.

Natürlich steht und fällt dieser schöne Film mit seiner Hauptdarstellerin. Meryl Streep gelingt als Karen Blixen wiederum eines jener einfühlsamen Frauenporträts, mit denen sie zur „first lady" der amerikanischen Schauspielkunst avancierte. Die Karen, so wie die Streep sie sieht und auch spielt, ist, bei aller Unabhängigkeit, bei allem Selbstbewußtsein, bei aller Entschlossenheit, mit der sie ihre Plantage führt, alles andere als eine Emanze. Sie ist eine verkappte Romantikerin, der das Leben alle Träume auszutreiben versucht.

Nur für Augenblicke findet sie jenes private Glück, nach dem sie sich sehnt. Ihr Mann Bror, dem Klaus Maria Brandauer mit einem offenen, ehrlichen Gesicht immerhin ein paar sympathische Züge abtrotzt, steckt sie mit Syphillis an, die sie in Dänemark kurieren lassen muß. Zurück in Afrika, begegnet sie der großen Liebe ihres Lebens, dem englischen Safari-Jäger Denys Finch-Hatton. Robert Redford zeigt ihn als einen Aristokraten nicht nur von Geburt, als einen Gentleman des Gemüts. Er liebt Karen, doch keineswegs mit der Ausschließlichkeit, die sie sich so sehr wünscht. Beider Schicksal erfüllt sich in Afrika.

Karens Farm wird von einem Brand zerstört, sie muß den geliebten Kontinent nach knapp zwanzig Jahren (die der Film auf zehn Jahre verkürzt) verlassen. Finch-Hatton stürzt mit seinem neuen, leuchtend gelben Doppeldecker ab. Zuvor freilich geben Hattons Flugkünste Pollack reichlich Gelegenheit, das Hochland von Kenia in seiner kontrastreichen Schönheit aus der Luft zu präsentieren: die Küste des Indischen Ozeans, die weiten Hochflächen, die von Vulkanen überragten Steppen und Savannen, das fruchtbare Farmland, die Regenwälder, die Halbwüste, die riesigen Nationalparks und Wildschutzgebiete.

Der Schauplatz Kenia, so subjektiv getönt er hier auch erscheint, macht den wohl größten Reiz dieses so reizvollen Films aus, in dem die Ocker-Töne, die kräftigen Farben der afrikanischen Erde, dominieren. Ab und zu streift er vielleicht bei dem Versuch, Natur und Menschen dieser Landschaft in ihrem unmittelbaren, mythischen Zusammenhang zu begreifen, das Kunstgewerbe, und die Bilder degenerieren zu Postern im Stil von Zigarettenwerbung. Doch das bleiben feine Haarrisse in Anbetracht der großen Qualitäten, die der Film bietet.

Da gibt es nicht nur zarte Gefühle im nächtlichen Feuerschein, wenn Karen mit Finch-Hatton auf Safari ist. Pollack kontrastiert die Idylle mit dynamischen Massenszenen, in denen tausende von Statisten auf den Plan treten. Es gibt afrikanisches Stammesleben von Kikujus, Somalis, Masai. Urenglisches, urkomisch kariertes Clubleben. Harte Arbeit in Blixens Kaffeefaktorei. Quirlige Bazare in Nairobi. Rickschas neben ersten Automobilen. Afrikanische Häuptlinge mit Regenschirm als Statussymbol. Schwarze Kinder, die vor einer Schwarzwälder Kuckucksuhr erschrecken.

Und was wäre ein Film über Afrika ohne die Tiere! Herden von Büffeln setzen sich in stampfende Bewegung, Antilopen, Gazellen, Elefanten, Löwen. Und dreiste Paviane hocken auf Finch-Hattons Grammophon und hören Mozart. Die Tieraufnahmen stekken der melancholisch-traurigen Romanze zwischen Karen Blixen und Denys Finch-Hatton am Abend des kolonialen Zeitalters die wohl schönsten Glanzlichter auf. Auch sie machen Pollacks Film zu einem hinreißenden Stück epischen Kinos, wie wir es alle so nötig haben.

DORIS BLUM

Erlangen: Der „Trans-Media-Kongreß" der fernsehkritischen Initiative „Bürger fragen Journalisten"

Wenn Macher ihre Lügen am Ende selber glauben

Wie die Urteilsbildung im Zeitalter der televisionären Unterhaltungsindustrie vonstatten geht, hat Neil Postman gerade analysiert. Wir amüsieren uns zu Tode, lautet sein Fazit. Wirklich? Wahrscheinlich ist das Amüsement am Fernsehen noch das Beste. Gefährlich wird dieses Medium erst, wenn es mit dem Anspruch daherkommt, Transformator wichtiger politischer wie kultursoziologischer Botschaften zu sein.

Genau in diese Richtung hat sich die elektronische Bewußtseinsindustrie hierzulande in den knapp 30 Jahren ihres Bestehens entwickelt. Möglich nun, daß TV mit der ihm eigenen medialen Metaphorik schon die einflußreichste Kraft im Lande ist.

Hat das Fernsehen eigentlich immer Recht? Dieser naheliegenden Frage ging auf dem 1. „Trans-Media"-Kongreß der fernsehkritischen Initiative „Bürger fragen Journalisten" in Erlangen eine Handvoll professoraler und medialer Reichweitenträger nach: die Universitätslehrer Kepplinger, Rohrmoser, Scheuch, Kriele, Silbermann, Steinbuch, die Publizisten Rudorf und Sweerts-Sporck. Ihre Plädoyers gerieten zur längst fälligen Generalabrechnung mit dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Die Friedensbewegung, die alternative Bewegung – sie und ähnliche „Bewegungen" waren zuerst ausgesprochene Minderheitserscheinungen. Durch das Fernsehen wurden sie zu „deutschen Globalbewegungen" emporstilisiert. Der Sozialphilosoph Rohrmoser schloß an diese Analyse die Perspektive, daß die elektronischen Medien eines Tages möglicherweise eingehen könnten an der geistigen Verödung, der sie selbst den Weg geebnet hätten.

Das Monopol hat jedoch seine eigenen Gesetzmäßigkeiten, seine Inzucht, seine innere Zirkulation. Deshalb kann es sich auch in seiner Selbstisolation immer nur bestätigen (Rudorf), woraus folgt: Das Fernsehen hat tatsächlich immer Recht.

Es ist ja so: Viele Macher treten auf, als verkörperten sie einen Wert an sich. Die journalistische Wahrhaftigkeit, auch in der Schilderung zeitgenössischer Vorgänge, spielt da, wenn überhaupt, eine untergeordnete Rolle. Martin Kriele, gerade bundesweit im Gespräch wegen seines Austritts aus der SPD, konnte das auf der Erlanger Tagung belegen am Fall der jüngsten Wahlen in Nicaragua.

Dort hatten zwar verschiedene staatliche Repräsentationsorgane zur Wahl gestanden, nicht aber die Commandantes, die eigentlichen Machthaber. Kriele: „Die stehen außerhalb, oberhalb von Recht und Gesetz und standen überhaupt nicht zur Wahl." Freilich habe keiner der deutschen Auslandskorrespondenten dieses Faktum dem Publikum mitgeteilt. Kriele nannte das „bewußte, planmäßige Irreführung der Zuschauer."

Das Strickmuster der einschlägigen Fernsehberichte über Nicaragua („Die Sandinisten sitzen da und tun nichts, die Amis machen Aggression, die Sandinisten wehren sich") nannte Kriele angesichts der tatsächlichen Verhältnisse grotesk, aber mehr noch erschüttere ihn, daß die Fernsehjournalisten, die jahrelang diesen Schwindel verbreitet hätten, „langsam anfangen, ihren eigenen selbstverfaßten Unsinn zu glauben".

Will sagen: Die Fernsehberichterstattung ist bei uns außer Kontrolle geraten. Ursache dafür ist nach Ansicht des Kölner Soziologen Erwin K. Scheuch der Umstand, daß Medienpolitik im bürgerlichen Spektrum immer noch nicht als ein Stück Gesellschaftspolitik akzeptiert sei, weshalb sich die Gesellschaft schwer tue mit der Durchsetzung ihrer Kritik im Fernsehen. Scheuch zeichnete eine polemische Morphologie der deutschen Fernsehlandschaft. Für ihn ist beispielsweise der Berliner Krach um SFB-Intendant Loewe der „Versuch der Gewerkschaft, sich an die Stelle des Intendanten zu setzen".

Es ist ein Merkmal des Mediums, daß es ständig Alarmmeldungen, aber so gut wie nie Entwarnung verbreitet. Die Ursache dafür sieht Scheuch in der Degenerierung journalistischer Grundsätze: „Eine Behauptung zu bringen, die schlicht wahr ist, ist allemal schlechter als ein Streit über diese Behauptung." Und dann komme dazu noch die Problematik der anstaltsinternen Lob- und Tadelsspirale.

Jede Form der Auseinandersetzung mit dem Medium ist heute erschwert durch das Vertrauen des Publikums ins Fernsehen. Umfragen belegen, daß die Zuschauer (aus dem falschen Gefühl, direkt dabeizusein) eine besondere Glaubwürdigkeit ins Medium hineininterpretieren. Tatsächlich ist das völlig anders: „Würde die Ideologie-Industrie ihre Produkte so sorgfältig prüfen wie die Pharma-Industrie, stünde es besser um unser Land." (Steinbuch).

Die Frage freilich, wie diesen offenkundigen systeminamenten Mißständen von außen beizukommen wäre, konnte auch in Erlangen nicht geklärt werden. Vielleicht ist die Initiative „Bürger fragen Journalisten" wirklich ein zeitgemäßer Versuch dazu.

HANS HERMANN TIEDJE

Otto H. Kühner wird 65

Pummerers Liebe auf dem Dorfe

Eine große Zahl von Lesern kennt ihn als den Verfasser von kurzen, spaßhaft-nachdenklichen Gedichten, die er fast allwöchentlich veröffentlicht und in denen er selbst unter dem Namen Pummerer auftritt. Diese Figur hat große Ähnlichkeit mit Christian Morgensterns „Palmström" und in dessen Nachfolge reiht sich Otto Heinrich Kühner, der heute seinen 65. Geburtstag feiert, ganz bewußt ein.

O. H. Kühner hat sehr Scharfsinniges über die die Satire und die Nonsens-Dichtung gesagt und welche Rolle der Unsinn spielen könne, um durch das freie Spiel des Geistes mit allen seinen Möglichkeiten, namentlich dem Mittel der Sprache den eigentlichen Sinn erst aus seinem Versteck zu locken. Seine „Pummerer-Gedichte", die in mehreren Taschenbüchern gesammelt vorliegen, liefern dafür vortreffliche Beispiele.

Doch der 15 Jahre lang als Lektor und Dramaturg am Süddeutschen Rundfunk tätige Kühner hat sich bei seinem eigenen literarischen Schaffen keineswegs auf das Grotesk-Komische beschränkt. In einigen Prosa-Bänden („Aschermittwoch" und „Lebenslauf eines Attentäters") hat er sich mit der deutschen Gegenwart beschäftigt und gemeinsam mit sechs anderen Autoren schon zu einem frühen Datum eine zeitkritische Reihe seines Senders über den Zweiten Weltkrieg zu einem Buch mit dem Titel „Wahn und Untergang" ausgestaltet. Sein eigenes Kriegserlebnis hat er in dem Roman „Nikolskoje" eingehen lassen.



Mit den Mitteln der Sprache dem Nonsens seinen Sinn entlockt: Otto Heinrich Kühner FOTO: DPA

Er hat in Form von Tagebuchblättern den Einsatz einer sogenannten Ostreiterabteilung zum Gegenstand, die sich aus einer Handvoll deutscher Soldaten und rund 200 Tataren und Kosaken nebst ihren Pferden zusammensetzt und deren Aufgabe es ist, Partisanen zu bekämpfen. Es handelt sich schon um die Zeit des Rückzuges aus den Weiten Rußlands, und es herrscht eine Atmosphäre der Ungewißheit und ständigen Bedrohung vor, die das Buch zu einem der düstersten aller Kriegsbücher machen. Trotzdem ist Platz für eine sehr zarte Liebesgeschichte darin, mit einer Dorfschullehrerin, in deren Haus der Tagebuchschreiber einquartiert ist.

HELLMUT JAESRICH

Mozarts „Don Giovanni" als belesener Held – Ruggero Raimondis gescheitertes Regiedebut in Nancy

Was ein Verführer in Sevilla alles lernen kann

Zu vorgerücktem Zeitpunkt der Karriere gilt es für einen Sänger, an seine Altersversorgung zu denken. Das Inszenieren ist *eine* der Möglichkeiten. Ruggero Raimondi war seinen Kollegen Renato Bruson und René Kollo, die sich in den kommenden Wochen in dieses Abenteuer stürzen, eine Nasenlänge voraus, als er jetzt Mozarts „Don Giovanni" in Nancy inszenierte und dabei, wie hunderte Male zuvor, die Titelpartie übernahm.

Das Ergebnis kann sich streckenweise sehen lassen – zumindest als Oberseminar in Sachen „Don Giovanni". Raimondi stellt den Vorbildern von Graf, Rennert, Noelte, Zeffirelli, Losey und Béjart, derer er sich im Programmheft erinnert, zwar kein in sich geschlossenes Konzept entgegen, sein „Don Giovanni" ist vielmehr ein aus zahlreichen Einzelbeobachtungen zusammengepuzzeltes Bild. Wenn Raimondis „Don Giovanni" schon mit einem Etikett versehen werden soll, dann ist es das des belesenen Helden. Er weiß alles über den spanischen Verführer und folgt in jeder Szene der interessantesten Deutung. Dadurch trägt die Inszenierung die Züge einer Fleißarbeit fürs Regiepraktikum.

Don Giovanni ist der Verführer auf der Flucht, der allseits unbekannt bleiben will. Raimondi gibt ihm eine Identität, ein Gesicht, und er läßt ihn nicht im luftleeren geistigen Raum zappeln, sondern stellt ihn in sein spanisches Ambiente. Da Raimondi Mozarts „dramma giocoso" endlich einmal als Komödie begreift, keine Tiefsinnigkeiten in diese damals ganz übliche Genre-Bezeichnung hineingeheimnißt, ist klar, daß seine Figuren auch einen fest umrissenen Lebensraum brauchen. Carlo Tommasis bewegliche Häuserblöcke bilden jenes sevillanische Labyrinth, in dem sich Giovanni während seiner letzten Stunden verrennt.

Nichts wurde vergessen bei Donna Annas überstürzter Flucht auf die Straße; das Ringen mit dem Don ist nicht nur posierendes Opernspiel. Raimondi-Giovanni schiebt die Überfallene vor sich her, bemüht, sein Gesicht zu verhüllen. Doch plötzlich blicken sich beide in die Augen. Anna erliegt der Faszination des Dämons, schmilzt in Don Juans Armen unter einem Kuß dahin. Heftiger Zweikampf mit dem Vater, der Komtur fällt, das Haus ist in Aufregung.

Die Diener, die Haushälterin scheinen einmal nicht aufs Stichwort gewartet zu haben. Logisch wird das Erscheinen des von Anna herbeigezerrten Don Ottavio. Als „Mantel- und Degenstück" geht es weiter. Immer spannend und penibel zugleich, manchmal, wenn es gilt dramatische Konstellationen zu entwirren, nur noch penibel.

Mehr und mehr aber geht Raimondi die Luft aus. Letztlich bleibt nur noch die Komödie, das Verkleidungsstück übrig. Noch einmal bekommt er das Stück allerdings in den Griff. Beim Erscheinen des steinernen Gastes weicht die Sevilla-Szenerie zurück, bleibt nur noch das überirdische Gerichtsverfahren, bevor wir erneut auf dem Friedhof anlangen, wo der Komtur den Frevler mit in sein Grab hinabzieht.

Den Eindruck einer gehobenen Studentenaufführung weckt in Nancy vor allem der Dirigent Marc Soustrot, der sein Orchester nur selten von einem mulmigen Klangbrei abbringen kann. Überraschende Leistungen bei den Sängern. Karen Huffstodts Anna besitzt hochdramatische Grandeur, die sich freilich noch etwas zu unkontrolliert in den Arien austobt.

Jérome Pruett ist ein lieber Kumpel, nicht so unbeholfen wie andere Ottavios, doch ein Bubi eben, der sich mit Anstand seiner vokalen Lektionen entledigt. Attraktiv mädchenhaft ist Mariette Kemmers Elvira, ansprechend Zehava Gals Zerlina. Carlos Chaussons Leporello gerät zusehends zum imposanten Ebenbild seines Herrn.

Raimondi selbst durcheilt Sevillas Winkel mit senioraler Omnipräsenz, verläßt sich auf die eherne Unerschütterlichkeit seines Parlandos, das der „anima di bronzo" wie angegossen scheint, nur in der Höhe den Streß zwanzigjähriger Verführungskunst verrät. Die gesammelten Lehrstunden mit Mozarts Meisterwerk will Ruggero Raimondi demnächst auch als Buch herausbringen.

ROLF FATH

JOURNAL

Stagnation bei der Krebsforschung?

DW, München

Bei der Krebsforschung herrscht nach Meinung von Prof. Christian Herfarth (Heidelberg) gegenwärtig eine Phase der Stagnation, Skepsis und Zurückhaltung. Die Strategien zur Behandlung, so Herfarth zum Abschluß des 18. Deutschen Krebskongresses in München, seien weitgehend erschöpft. Ein Durchbruch in der Forschung sei noch nicht erreicht. Lediglich Prof. Carl Gottfried Schmidt (Essen) berichtete von positiven Ergebnissen beim Einsatz von Interferon zur Behandlung der chronischen myeloischen (= das Knochenmark betreffend) Leukämie, die bislang als unheilbar galt. Bei dreiundneunzig Prozent der mit Interferon behandelten Patienten hätte sich eine Normalisierung der Leukozytenzahl und eine Rückbildung des Krankheitsbildes um fünfzig Prozent ergeben.

Billy Wilder für Lebenswerk geehrt

dpa. Hollywood

Der amerikanische Regisseur Billy Wilder ist in Hollywood mit dem seltenen „Life Achievement Award" für sein fünf Jahrzehnte umfassendes Lebenswerk ausgezeichnet worden. Wilder, 1906 in Österreich geboren, erhielt den Preis des American Film Institute unter anderem für Meisterwerke wie „Sunset Boulevard", „Some like it hot" und „Stalag 17". Der „Live Achievement Award" ist bislang insgesamt vierzehn Mal vergeben worden; zu den Preisträgern gehören Alfred Hitchcock, Orson Welles und Henry Fonda.

Besetzungsliste von Bayreuth

AP. Bayreuth

Peter Hofmann wird bei den Bayreuther Festspielen 1986, die vom 25. Juli bis zum 28. August dauern, zum ersten Mal den Tristan singen. Die Festspieldirektion veröffnetlichte jetzt die endgültige Besetzungsliste. Die Rolle der Isolde wird mit der amerikanischen Sängerin Jeannine Altmeyer besetzt. Mit der Wiederaufnahme von „Tristan und Isolde" unter der musikalischen Leitung von Daniel Barenboim und in der Inszenierung von Jean-Pierre Ponnelle werden die Festspiele eröffnet. Eine Neuinszenierung steht in dieser Saison nicht auf dem Programm.

Harold Pinter als Schauspieler

sad. London

Der englische Dramatiker Harold Pinter arbeitet zur Abwechslung wieder in seinem alten Beruf als Schauspieler. In einer Bearbeitung seines Stücks „The Birthday Party" für das BBC-Fernsehen hat er die Rolle des Goldberg übernommen. Neben Pinter spielen Stars wie Colin Blakeley, Julie Walters und Joan Plowright. Produzentin Rosemary Hills betonte, man wolle das Stück mit seinen berühmten Pausen mit größtmöglicher Originaltreue in Szene setzen.

Béjart bereitet Debussy-Abend vor

Reg. Paris

Maurice Béjart, Ballettchef in Brüssel, choreographiert zur Zeit für die Pariser Opéra zu Musik aus Gounods „Faust"-Oper und Kompositionen von Hughes Le Bars sein Ballett „Arépo", ein Stück, das im Rahmen eines Béjart-Abends am 24. März Premiere hat. Anschließend erarbeitet er für das Tokyo Ballet ein neues Werk mit dem Titel „Kabuki". Debussys „Le Martyre de Saint-Sébastien" wird in seiner Fassung am 24. Juni an der Mailänder Scala uraufgeführt und am 12., 13. und 15. August bei den Salzburger Festspielen wiederholt.

Hubert Fichte tot

dpa. Hamburg

Nach kurzer, schwerer Krankheit und Operation einer bösartigen Geschwulst ist der Schriftsteller Hubert Fichte in Hamburg gestorben. Der am 21. März 1935 in Perleburg geborene Fichte wuchs in Hamburg, Oberbayern und Schlesien auf. Nach der mittleren Reife ließ er sich zum Schauspieler ausbilden, arbeitete später als gelernter Landwirt und lebte als Schäfer in der Provence, bevor er sich seit 1963 als freier Schriftsteller, Journalist und Kunstkritiker betätigte. Mehrere Jahre hielt er sich zu anthropologischen Studien in Bahia, Haiti und Trinidad auf. In seinen „Interviews aus dem Palais d'Amour" aus dem Jahre 1972 und seinem Gespräch mit Jean Genet vom Dezember 1975 verhalf Fichte der journalistischen Stilform des Interviews zu literarischen Qualitäten. In seinem zweiten Roman „Die Palette" schrieb er nieder, was er als täglicher Gast des gleichnamigen Kellerlokals in Hamburg während dreier Jahre an Lebensläufen und Bekenntnissen erfuhr. Die besondere Weltsicht der Kinder und Jugendlichen war ein zentrales Thema Fichtes. Er erhielt zahlreiche Auszeichnungen für seine Werke.

Palermos Loge nach dem „alten Ritus"

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Während in Palermo der Mammutprozeß gegen die Mafia nach vierwöchigem *Prozedurstreit langsam* in Gang kommt, macht in Italien eine neue Affäre um die „Ehrenwerte Gesellschaft" Schlagzeilen: die Aufdekkung von Querverbindungen zwischen Mafiosi und Freimaurern. Im Zuge der Ermittlungen gegen den internationalen Rauschgifthandel stieß Staatsanwalt Alberto Di Pisa auf eine Freimaurerloge, in deren Räumen im Zentrum von Palermo eine Mitgliederliste mit den Namen von gesuchten Mafia-Verbrechern, Rauschgifthändlern, renommierten Rechtsanwälten, Geschäftsleuten, Industriellen und Journalisten sowie drei Richtern gefunden wurde.

Die 2000 Namen umfassende Liste wurde von der Staatsanwaltschaft dem zuständigen Ermittlungsrichter übergeben. Dieser antwortete nach einer ersten Sichtung des Materials auf die Frage, ob es eine enge Verbindung zwischen Mafia und Freimaurerei gebe: „Sicherlich, daran gibt es keinen Zweifel."

Besuche in der Via Roma

Bisher sind auf der Liste der Logenmitglieder nur drei Namen bekanntgeworden: Salvatore Greco, Totò Greco und Giovanni Lo Cascio. Salvatore Greco, in Mafia-Kreisen „der Senator" genannt, ist der Bruder des vor einigen Tagen verhafteten *mutmaßlichen Chefs der Verbrecher*organisation, Michele Greco. Im Prozeß gegen die Mörder des Richters Chinnici wurde er in Abwesenheit zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Er ist flüchtig – ebenso wie sein Cousin Totò Greco, genannt „der Ingenieur", nach dem die Polizei schon seit zehn Jahren vergeblich sucht. Lo Cascio, ein reicher Textilkaufmann, wurde dagegen als Drogenhändler bereits dingfest gemacht.

Über ihn stießen die Fahndungsbehörden überhaupt erst auf die Loge, die unter dem Namen „Universale *Freimaurerei des alten und anerkann*ten schottischen Ritus" figuriert. Die italienische Polizei war durch die Amerikaner auf Lo Cascios Spur gesetzt worden, die diesen in Florida bei einem Rauschgiftgeschäft beobachtet, aber nicht festgenommen hatten. Er wurde daraufhin, als er nach Sizilien zurückkam, beschattet.

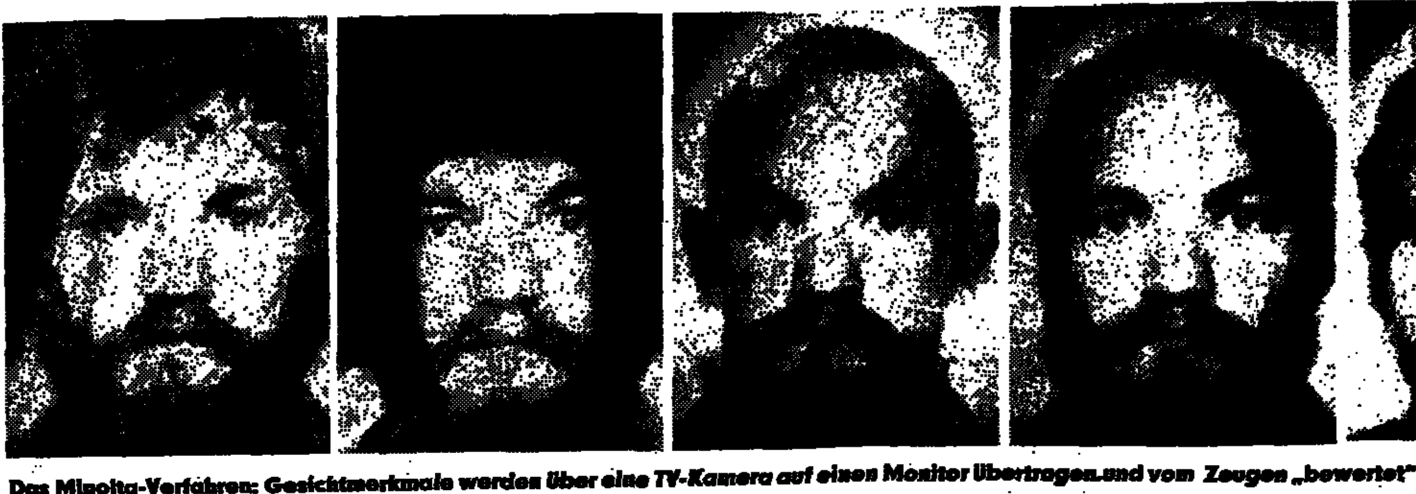
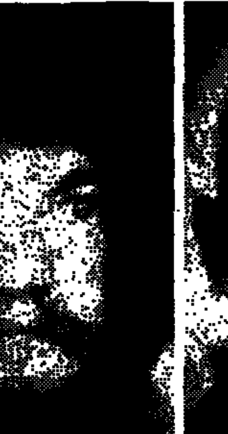
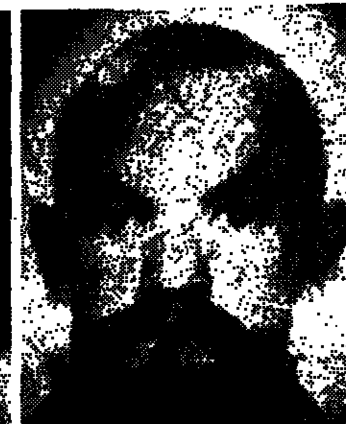
Man entdeckte dabei, daß er in Palermo immer wieder den Sitz der – nicht geheimen – Freimaurerloge in der Via Roma aufsuchte. Als dann der Rauschgiftring, dem Lo Cascio angehörte, aufflog und von Palermo über *Marseille bis* in die *USA insgesamt 21* Personen verhaftet wurden, machte die Polizei auch eine Haussuchung bei der Loge und stellte die Mitgliederliste sicher.

Auch Richter beteiligt?

In der italienischen Öffentlichkeit wurde nach der Veröffentlichung der ersten sehr vagen Meldungen über die Logenliste sofort die Frage laut, ob etwa auch Richter des jetzt laufenden Mafia-Prozesses oder Ermittlungsrichter in anderen Mafia-Verfahren zu den Logenbrüdern gehören.

Generalstaatsanwalt Viola von Palermo antwortete darauf mit einem entschiedenen Nein. Er versicherte: „Die Meldung über die Mitgliederschaft von Richtern muß stark eingeschränkt werden. Kein jetzt noch diensttuender Richter gehört der Loge an. Bei den drei Mitgliedern aus dem Richterstand handelt es sich entweder um Tote oder um Pensionäre." Namen nannte er nicht, nur die Geburtsjahre: 1889, 1891 und 1908.

Auf der Suche nach dem Palme-Mörder wurde ein Bildmontage-Gerät aus Wiesbaden eingesetzt




Das Minolta-Verfahren: Gesichtsmerkmale werden über eine TV-Kamera auf einen Monitor übertragen und vom Zeugen „bewertet" FOTOS: SIPA-PRESS

Auch ein Hilfsmittel für Chirurgen

Flughafen Stockholm. Mitte vergangener Woche. *Die Männer,* die der Linienmaschine aus Frankfurt entsteigen, unterscheiden sich von ihrem Äußeren her durch nichts von den anderen Passagieren. Und niemand sieht ihren Koffern und Taschen an, daß sie enthalten, worauf Schwedens Polizei bereits sehnsüchtig wartet. Die Männer sind Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) in Wiesbaden, der Inhalt ihrer Koffer und Taschen: ein Bildmontage-Apparat. Die 90 Kilogramm schwere Einheit aus Bildmischgerät, kleiner Fernsehkamera, Monitor und einer dicken Mappe mit Fotos soll den *Schweden das Phantombild des zur* Zeit meistgesuchten Mannes liefern, des Mörders von Ministerpräsident Olof Palme.

Eine Zeugin will ihn noch am Tatort im Schein einer Straßenlaterne so deutlich gesehen haben, daß die Kriminalisten in Stockholm sich von ihrer Beschreibung des Täters einen wesentlichen Beitrag zu seiner Identifizierung und schließlich Festnahme versprechen. Ins Bild gesetzt werden sollten die Angaben der Frau von dem wohl besten Verfahren für Phantombilder, der Fotomontage mit dem Minolta-System.

Bereits in den fünfziger Jahren hatte der japanische Optik-Riese Minolta dieses „Montage Unit 401 p" genannte Gerät entwickelt. Allerdings dachte damals noch niemand daran, es für die Polizeiarbeit einzusetzen. Zielgruppe waren vielmehr Ärzte für plastische Chirurgie. Die konnten in den Bildmischer das Foto eines Kunden eingeben und diesem schon vor dem korrigierenden Eingriff exakt simulieren, wie er nach der Schönheitsoperation aussehen würde, mit anliegenden Ohren etwa, schmaler gerader Nase oder verkleinerter, straffer Brust. Unliebsame Überraschungen konnten so vermieden werden.

1972 wurde das Gerät auf der „Photokina" in Köln gezeigt. Unter den Messebesuchern auch Kriminaldirektor Dieter Fänger vom Landeskriminalamt (LKA) in Düsseldorf. Er war trotz aller Skepsis von dem neuartigen Verfahren angetan und bestellte das Gerät. Kostenpunkt: 15 000 Mark. Die Investition sollte sich lohnen. Heute spricht man im LKA von einer Erfolgsquote von etwa 20 Prozent, ein gutes Ergenis, vergleicht man die Erfolgsrate anderer Verfahren. Den spektakulärsten Erfolg erzielte der „Mobile Einsatztrupp zur visuellen Identifizierung" bei der Fahndung nach dem Mordanschlag auf Bundes*anwalt Buback. Das nach Angaben* von Zeugen im Bildmischer montierte Phantombild führte binnen kürzester Zeit zur Identifizierung des Terroristen Sonnenberg.

Mitte der siebziger Jahre entschloß sich auch das Bundeskriminalamt zur Anschaffung des Geräts. Da Minolta aber mangels Nachfrage 1975 die Produktion eingestellt hatte, mußten die Wiesbadener Fahnder das Gerät nachbauen. Es wird den Länderpolizeien zur Verfügung gestellt oder auch schon mal bei Amtshilfe im Ausland eingesetzt.

Das Verfahren ist einfacher, als es sich anhört. Der Zeuge sucht aus einem nach Alter sortierten Archiv von rund 3500 Polizeifotos den „Grundtyp" der Gesichtsform (rund, oval) aus. Nun können aus weiteren Originalfotos Gesichtsmerkmale hineinprojiziert werden. Dies geschieht über eine kleine Fernsehkamera. Sichtbar werden diese Veränderungen *auf einem Monitor. Der Zeuge* kann also jede Veränderung sofort beurteilen und überprüfen.

Proportionen des Gesichts entscheiden mehr als die Form einzelner Teile über den Gesamteindruck. Und gerade hier zeigen sich die Vorzüge des Bildmisch-Verfahrens. Mit ihm kann man bestimmte Teile nach oben, unten oder in die Breite verschieben. So ist es ein *Leichtes, das* Erscheinungsbild eines Menschen mit nur wenigen Handgriffen völlig *zu verändern, je nachdem, ob* seine Augen weit auseinanderliegen oder eng stehen, die Kinnpartie schmal, spitz oder breit ist. Ähnliche Effekte erzielt auch die „Einspiegelung" einer Stirnglatze oder eines Oberlippenbartes.

Der Zeitaufwand ist gering. Das Bild entsteht sehr viel schneller als bei anderen Verfahren, etwa den *meist gebräuchlichen* Phantomzeichnungen. Zudem bedarf es keiner verbalen Fähigkeiten von seiten des Zeugen oder Opfers. Es genügt nach jeder Änderung am Monitor ein schlichtes Ja oder Nein.

Die visuelle Identifizierung, auch das durch Bildmischung entstandene Phantombild, bleibt weiterhin ein nicht unproblematisches Mittel der Fahndung. Denn trotz aller technischen Finessen kommt es letztlich immer auf die Erinnerungsfähigkeit des Zeugen an. Kriminalbeamte können ein Lied davon singen.

RUDOLF ZEWELL

Im Cliveden werden die Gäste mit einem Hofknicks begrüßt

SIEGFRIED HELM, London

Englands jüngstes Grandhotel ist ein Haus mit alter Tradition, ehrwürdig und anrüchig-pikant zugleich und schon vor seiner Eröffnung ein Begriff. Cliveden an der Themse, von wo der Blick weit in die Grafschaft Buckinghamshire schweift, hat Geistesfürsten wie George Bernard Shaw und Rudyard Kipling, Politiker wie Hitlers Botschafter von Ribbentrop, Winston Churchill, aber auch den Pechvogel John Profumo als Hausgäste beherbergt. Jetzt erlebte der grandiose Adelssitz der Astors seine „Demokratisierung" als Nobelherberge für den Geldadel.

Bedurfte es einst der allerbesten Beziehungen für das Entree, so genügt heute prosaische Solvenz. Die „Lady Astor Suite" kostet rund 1600 Mark, andere Suiten an die 1000 Mark. Pro Nacht. Mit Frühstück. Aber ohne Dinner.

Es gibt Luxushotels, die einst Paläste von Maharadschas, Chateaux von Aristokraten, Trutzburgen von Raubrittern oder Klöster waren, wie Paradores in Spanien und Poussadas in Portugal. Cliveden will mehr bieten als historische Kulisse. Dort soll dem Gast der aristokratische „Way of Life" zum Erlebnis werden.

Es beginnt damit, daß es in diesem Hotel keine Rezeption gibt. Der Gast wird erwartet. Er braucht sich nicht einzutragen. Pagen nehmen ihn in Empfang, der Chefsteward geleitet ihn in eines der 27 Gästezimmer. Statt Zimmermädchen warten ihm Kammerzofen auf. Sie mußten in einem Intensivkurs den Hofknicks meistern. Eine von ihnen lernte ihr unzeitgemäßes Handwerk im Dienst der Queen auf Schloß Windsor. Ansonsten holte man sich das Know-how von Rosina Harrison (86), die 35 Jahre lang als Zofe Rose bei Lady Astor in Diensten war.

Sie tragen, wie die Kammerdiener, Livree. Make-up und Schmuck sind als Stilbruch verpönt. Der einzige Anachronismus: Die Kammerzofen haben Sprechfunkgeräte.

Die peinliche Vermeidung von Stilbrüchen führte zur Ausbildung einer den sozialhistorisch unvorbelasteten Hotelgast verwirrenden Terminologie. Nach dem Kellner zu fragen, wäre stillos, zumal einem in Cliveden Butler und Stewards aufwarten. Wer nach dem Restaurant fragt, muß schleunigst den Euphemismus „Dining Room" lernen. Dort wird er vergeblich die Speisekarte fordern. Man läßt ihn wissen, was der Koch heute Exquisites vorbereitet hat. Spricht man nicht von Dienern, ist die Bedienung fast beleidigt.

Kammerzofe Sarah Pickering (23) ist über den Rückschritt in die Klassengesellschaft hellauf begeistert: „Bedienstete zu sein, ist ganz was anderes als eine gewöhnliche Hotelangestellte." Hoteldirektor John Sinclair brauchte nicht erst umzulernen. Er ist als Sohn und Erbe von Lord Thurso der „Honourable John Sinclair". Den letzten Schliff verpaßte man ihm im Nobelinternat Eton. Er versteht etwas vom Hotelgewerbe, er war in Paris Direktor des Lancaster Hotels. In Cliveden führt er die Hohe Schule der Vermarktung einer großen Vergangenheit vor.



Der ehemalige Sitz der Astors wurde ein Hotel mit aristokratischem „Way of Life" FOTO: SAD

Die begann bereits unter dem Herzog von Sutherland, der sich den opulenten Neubau 1850 im klassizistischen Stil von Sir Charles Barry aufführen ließ, dem Architekten des Londoner Parlamentsgebäudes. Doch sie erreichte ihren Höhepunkt erst unter den Nachkommen des Amerika-Auswanderers Johannes Jakob Astor aus Walldorf bei Heidelberg. Sein Enkel, Europa-Heimkehrer William Waldorf Astor, erwarb 1893 Cliveden. „W. W.", später zum Lord erhoben, gab es 1906 seinem Sohn und dessen amerikanischer Braut Nancy als Hochzeitsgeschenk.

Nancy, Lady Astor, die 1919 als erste Frau ins Unterhaus gewählt wurde, war der Magnet, der Cliveden zur Stätte der Begegnung für Geist und Macht im Königreich werden ließ. Sie lud zu jenen exklusiven Hauspartys, deren Stammgäste als „*Cliveden Set" in die Geschichte* eingingen. Lawrence of Arabia erzählte von seinen Heldentaten in Arabien. Die führenden Literaten konnten „G. B. S." zu messerscharfen Repliken herausfordern. Churchill kam, obwohl ihm Lady Astor als Apologetin einer Verständigungspolitik mit Hitler ein Dorn im Auge war. Ribbentrop konnte hier Desinformation in *Englands High Society betreiben.*

Die nachgeborenen Hotelgäste baden heute in dem Swimmingpool, an dem Heeresminister John Profumo 1961 der außerordentlich verführerischen Christine Keeler vorgestellt wurde. Doch Cliveden gehörte den Astors nicht mehr, als es als Prominententreff in seine dekadente Spätphase eintrat.

Cliveden war 1942 in den Besitz des Staates übergegangen. Der National Trust verpachtete als Sachwalter des Staates das Haus für 45 Jahre an die Hotelgruppe Blakeney Hotels, die nach einer Restaurierung noch 7,6 Millionen Mark investierte, unter anderem für den Ankauf von Antiquitäten für die Einrichtung. Die Umgestaltung zum Hotel erfolgte unter den wachsamen Blicken der Denkmalschützer. Jedem Hotelgast werden sieben Mark „Eintritt" für den National Trust abgenommen, der den riesigen Park und an zwei Tagen auch einige *Räume im Erdgeschoß* weiterhin für Besucher offen hält.

Der Start als Hotel der musealen Luxusklasse hat sich trotz der Preis*hürde bestens angelassen. Ob die Gä*ste den Anforderungen von Butlern, Pagen und Kammerzofen gewachsen sind oder auf dem historischen Society-Parkett durch ständige Ausrutscher kreuzlahm geschlagen *zu* bescheidener Selbsterkenntnis zurückfinden, bleibt abzuwarten. (SAD)

WETTER: Niederschlagsfrei

Lage: Deutschland liegt an der Südwestflanke eines Hochs über dem *Baltikum unter Zufuhr* wolkenreicher Luft aus Südosten.

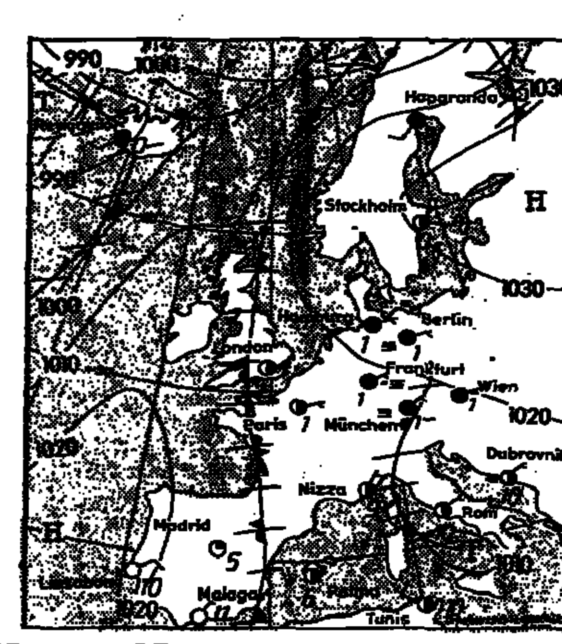
Vorhersage für Montag: Im Westen und Süden nach Auflösung von Frühnebelfeldern teils aufgeheitert, teils stärker bewölkt und niederschlagsfrei. Im Norden und Osten überwiegend stark bewölkt und strichweise etwas Schneeregen. Nachmittagstemperaturen im Westen und Süden um 7 Grad, sonst um 4 Grad. Nächtliche Tiefstwerte um *den Gefrierpunkt.* Örtlich Reifbildung. Meist nur schwacher Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Weiterhin niederschlagsarm. Temperaturen wenig verändert.

Sonnenaufgang am Dienstag: 6.47 Uhr*, Untergang: 18.19 Uhr; **Mondaufgang:** 7.22 Uhr, Untergang: 19.23 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 10. März, 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Kaltfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	3	bd
Bielefeld	3	bd
Braunlage	-1	S
Bremen	1	S
Dortmund	3	bd
Dresden	5	bd
Düsseldorf	8	he
Erfurt	1	S
Essen	5	he
Feldberg/S.	-3	bw
Flensburg	0	S
Frankfurt/M.	6	he
Freiburg	5	bw
Garmisch	2	bd
Greifswald	1	bd
Hamburg	1	S
Hannover	1	Sr
Kahler Asten	-1	IW
Kassel	2	Sp
Kempten	2	bd
Kiel	0	S
Koblenz	–	–
Köln-Bonn	6	bw
Konstanz	5	bw
Leipzig	3	R
List/Sylt	-1	S
Lübeck	0	S
Mannheim	5	bd
München	3	bd
Münster	3	bw
Norderney	1	S
Nürnberg	3	Sp
Oberstdorf	2	bd
Passau	2	Ne
Saarbrücken	4	bw
Stuttgart	3	bd
Trier	6	bw
Zugspitze	-5	he

Ausland:		
Algier	13	bw
Amsterdam	2	bw
Athen	13	bw
Barcelona	13	he
Belgrad	8	bw
Bordeaux	10	he
Bozen	7	bw
Brüssel	8	he
Budapest	9	he
Bukarest	6	bd
Casablanca	15	he
Dublin	8	R
Dubrovnik	16	he
Edinburgh	9	he
Faro	15	he
Florenz	16	bw
Genf	5	he
Helsinki	-1	bd
Hongkong	22	bw
Innsbruck	5	bd
Istanbul	5	bd
Kairo	22	he
Klagenfurt	5	bd
Konstanza	3	bd
Kopenhagen	0	bd
Korfu	13	bd
Las Palmas	19	he
Leningrad	1	bd
Lissabon	15	he
Locarno	7	R
London	7	R
Los Angeles	10	he
Luxemburg	4	he
Madrid	9	he
Mailand	9	bd
Malaga	17	he
Mallorca	15	he
Moskau	3	bd
Neapel	19	bw
New York	-1	bd
Nizza	14	he
Oslo	8	bd
Ostende	7	he
Palermo	17	he
Paris	5	he
Peking	7	he
Prag	3	bd
Rhodos	18	he
Rom	13	bw
Salzburg	5	bw
Singapur	25	R
Split	14	he
Stockholm	8	bd
Straßburg	6	bw
Tel Aviv	19	bw
Tokio	17	he
Tunis	16	bw
Valencia	15	he
Varna	3	bd
Venedig	12	he
Warschau	4	bd
Wien	5	bw
Zürich	6	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Hetzjagd über 37 Schweizer Gipfel

WALTER H. RUEB, Zinal

Im Walliser Bergdorf Zinal ganz *hinten im Anniviers-Tal* ging vor wenigen Tagen eine alpinistische Supertour zu Ende, die von Fachleuten vorher für unmöglich gehalten, hinterher aber als ein bergsteigerischer Weltrekord gefeiert wurde: Die beiden Schweizer Bergführer *Erhard Lore*tan (26) und André Georges (32) bestiegen auf einer 20tägigen Hetzjagd 37 der höchsten Gipfel im Herzen der Alpen, darunter sämtliche 28 Viertausender der Region um Saas-Fee und Zermatt.

Gestartet wurde die Tour in Grächen auf einem Hochplateau über dem Mattertal. Von dort aus wurden alle Gipfel der Mischabelgruppe erstürmt, darunter Bergriesen wie Nadelhorn (4327 m), Lenzspitze (4294 m), Dom (4545 m) und Täschhorn (4490 m). Anschließend gings über die Viertausender Alphubel, Rimpfischhorn und Strahlhorn hinunter zur nur 3804 Meter hohen Cima die Jazzi an der schweizerisch-italienischen Grenze.

Der anschließende Aufstieg zum Jägerhorn und schließlich zum höch*sten Berg der Schweiz, der 4636 Meter* hohen Dufourspitze im Monte-Rosa-Massiv, wurde für Tausende von Zuschauern zum erregenden Schauspiel: Von den Gipfelrestaurants auf Gornergrat (3132 m) und Stockhorn (3532 m) oberhalb Zermatt konnten sie die tollkühnen Alpinisten mit Feldstechern und teilweise bloßem Auge stundenlang beobachten.

Im Monte-Rosa-Massiv wurden drei der insgesamt neun Gipfel erstiegen, dann zum Lyskamm (4527 m) hinübergewechselt und „im Vorbeigehen" noch Castor, Pollux und der leichteste Viertausender der Alpen, das Breithorn (4165 m), erstürmt. Das Matterhorn (4478 m) erkletterten die beiden Männer bei gutem Wetter, hinterher *folgten Gipfelsiege* an *Dent* d'Hérens (4171 m), Dent Blanche (4357 m), Obergabelhorn (4063 m), Zinalrothorn (4221 m), Weißhorn (4506 m), Bishorn (4159 m) und Brunegghorn (3838 m). Von dort war es nur noch ein Katzensprung hinunter zur Tracuit-Hütte auf 3256 Meter, wohin ein Helikopter Skis für die Abfahrt nach Zinal gebracht hatte.

Angehörige, Freunde, Kollegen, Behördenvertreter und Feriengäste bereiteten den Bergsteigern einen begeisterten Empfang. Beide waren erschöpft, doch gesund und unversehrt. Sie waren auf der 150 Kilometer langen Strecke mit fast 100 000 Höhenmetern nie ins Tal abgestiegen. Die Nächte verbrachten sie in Hütten oder Biwaks.

Sämtliche Klettertouren wurden unangeseilt bewältigt, das Gepäck der beiden Gipfelstürmer betrug mit Proviant und Ausrüstung je 20 Kilo. Nachts sank die Quecksilbersäule oft in die Nähe von 30 Grad minus, oft gab es Sturm, Nebel und Schneefall.

Für die beiden Super-Bergsteiger jedoch nichts Ungewohntes: Georges, Vater von drei Kindern, ist seit zehn Jahren Bergführer und zwanzigfacher Erstbesteiger von *Alpenriesen im Winter sowie* Teilnehmer an mehreren Himalaya-Expeditionen. Sein unverheirateter Walliser Landsmann Loretan ist erst seit vier Jahren Bergführer, doch Sieger über mehrere Sechstausender in Peru und Achttausender im Himalaya.

Und in den Alpen *sind 30* neue Routen auf schwierige Gipfel mit seinem Namen verbunden, denn in den Dolomiten, im Mont-Blanc-Gebiet und auch in der Schweiz tat er sich immer wieder als Erstbesteiger hervor.



Eine Torte mit den bezwungenen Gipfeln für A. Georges (links) und E. Loretan FOTO: KEYSTONE

Zwölf Gänse bewachen Haus von „Baby Doc"

SAD, Paris

Ungewöhnliche Wächter hat die französische Regierung einem „unwillkommenen Gast", dem ehemaligen Diktator von Haiti, Jean-Claude *Duvalier, zugeteilt:* zwölf Gänse. „Baby Doc" sollen sie in seiner neuen Bleibe in Grasse an der Côte d'Azur vor zudringlichen Journalisten und Fotografen warnen. Das Federvieh ist *nach Meinung* der Polizei zuverlässiger als jeder Hund. Sie schnattern beim kleinsten Geräusch, wie übrigens vor Jahrtausenden schon die kapitolinischen Gänse: Ihnen wird nachgesagt, bei der Zerstörung Roms durch die Gallier (387 v. Chr.) das Kapitol durch ihre Wachsamkeit gerettet zu haben.

Keine Geschenk-Treffs

DW. Berlin

Berlins Bundessenator Professor Rupert Scholz erinnerte rechtzeitig vor Beginn der Osterreisewelle daran, daß man sich beim Transit durch die „DDR" nicht mit Freunden und Bekannten treffen darf. Das Transit-Abkommen verbiete auch die sogenannten Geschenk-Treffs in Raststätten, bei denen eigene Mitbringsel oder Geschenke aus den dort eingerichteten „Intershops" übergeben werden. Wer sich nicht daran hält, muß mit Verdachtskontrollen, Geldstrafen und vor allem *Unannehmlichkeiten* für die „DDR"-Verwandten rechnen.

16 Lawinenopfer

AFP, Oslo

Bei dem schweren Lawinenunglück vom vergangenen Mittwoch während der NATO-Winterübung im Norden Norwegens kamen insgesamt *16 Soldaten ums* Leben. Das teilte ein Militärsprecher in Oslo am Samstag mit, nachdem zuvor die beiden letzten Opfer geborgen worden waren.

Stagnation in Flensburg

dpa, Flensburg

Die Namensliste der Flensburger „Verkehrssünderkartei" ist 1985 im Vergleich zum Vorjahr nicht länger geworden. Am Jahresende standen nach wie vor 3,92 Millionen Personen im Verkehrszentralregister des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA), teilte die Behörde am Samstag mit. Danach kamen im Verlauf des vorigen Jahres rund 1,3 Millionen neue Namen in das Register. Von den Magnetbändern der KBA-Computer wurden gleich viele Namen gelöscht und die dazugehörigen Akten vernichtet.

Köhnlechner weitet aus

DW. Goslar

Heilpraktiker Manfred Köhnlechner plant nach dem bayerischen Griesbach auch im Norden und Westen der Bundesrepublik Deutschland „Stützpunkte" einzurichten. Am Wochenende sah sich der 60jährige zwei Hotels in den Kurorten Goslar-Hahnenklee (Harz) und in Bad Laasphe bei Siegen an, in denen vom Sommer an Patienten stationär und ambulant behandelt werden sollen. Mit den neuen Niederlassungen sollen Wartezeiten verkürzt werden.

Selbstmorde in München

dpa, München

Innerhalb von 24 Stunden haben sich in München am Wochenende drei Menschen aus Verzweiflung aus dem Fenster gestürzt. Alle drei waren auf der Stelle tot. Sie hinterließen nach Angaben der Polizei keine Abschiedszeilen. Eine 23jährige stürzte sich am Samstag von ihrem etwa 25 Meter hochgelegenen Balkon. Zwölf Stunden später sprang ein 38jähriger Anwaltsgehilfe vom Balkon eines 14stöckigen Mietshauses. Vermutlich wegen seiner Alkoholabhängigkeit und depressiver Stimmungen wählte ein 41jähriger Postbeamter auf gleiche Weise den Freitod.

Rowdys festgenommen

AP, München/Wiesbaden

26 Fußballfans, jeweils 13 Anhänger der Bundesligavereine Fortuna Düsseldorf und Bayern München, wurden am Rande des Spiels ihrer Clubs am Samstag in München festgenommen. Sie sollen dem Ermittlungsrichter vorgeführt werden. Die Gründe für die Festnahmen reichen nach Angaben der Polizei von Körperverletzung bei Massenschlägereien im Münchner Olympiastadion sowie in der Münchner Innenstadt, Ladendiebstählen und Sachbeschädigung bis zum Landfriedensbruch.

Wolkenbruch in Rio

dpa, Rio de Janeiro

Bei schweren tropischen Regenfällen kamen am Samstag in Rio de Janeiro mindestens elf Menschen ums Leben. Die an Berghängen gelegenen Hütten in Armenvierteln brachen unter den vom Regen losgelösten Erdmassen zusammen.

ZU GUTER LETZT

„In den Ferienorten liegen auch Baby-Wandervorschläge aus." Mit diesem Hinweis umwirbt der Fremdenverkehrsverband Lieser- und Maltatal in Oberkärnten die jüngsten Urlaubsgäste. (Es handelt sich übrigens um Wanderwege, die mit dem Kinderwagen befahrbar sind.)